Nr. 19. 30. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Dem Balkanfrieden entgegen!

Rascher als man hoffen konnte, ist die Entscheidung gefallen und sie ist für den Frieden gefallen. Das Ministerium hat beschlossen, Frieden zu schließen und der „Große Rat" hat diesen Beschluß bestätigt. Damit darf wohl der Balkanfrieden als gesichert gelten trotz aller Schwierigkeiten, die noch zu überwinden bleiben, und die akute Kriegsgefahr, die zu einem Weltzusammenstoß zu führen drohte und wie ein Alp auf Europa lag, ist vorüber — wenigstens für diesmal vorüber.

Es ist der Türkei nicht leicht gefallen, die Konsequenz aus ihren Niederlagen zu ziehen und sie tat es nur in der äußersten Not, in der Erkenntnis ihres militärischen und finanziellen Bankrotts noch mehr als unter dem Druck der Mächte. Aber dieser Druck war notwendig, um der Türkei das Nachgeben vor dem eigenen Lande zu erleichtern; den Mächten konnte eher zugestanden werden, was man den kleinen Balkanstaaten, den früheren Vasallen, nicht gewähren wollte. Eine Uneinigkeit unter den Mächten hätte der Türkei noch immer die Hoffnung auf Rettung durch einen feindlichen Zusammenstoß anderer Staaten gelassen. Ihr gemeinsames Auftreten ließ ihr keinen anderen Ausweg.

Aber der Türkei sollte auch eine letzte Demütigung, die Anwendung von Drohung und Zwang nicht erspart bleiben. Die kurze Pause zwischen der Ueberreichung der Note und der Antwort hat Rußland benutzt, um selbständig einzugreifen.

Der russische Minister des Auswärtigen Ssasonow hatte mit dem türkischen Botschafter in Petersburg eine Unterredung, über die dieser folgendes nach Konstantinopel telegraphierte:

„Minister Ssasonow sagt mir, daß Rußland in Anbetracht der Siege der Verbündeten und der finanziellen Lage der Türkei der Pforte den Ratschlag erteilt, den Frieden abzuschließen und Adrianopel ohne Bedingung abzutreten. Rußland rät ferner der Türkei, den Mächten die Regelung der Inselfrage zu überlassen. Wenn die Türkei die Verhandlungen hinzieht, gefährdet sie die Lage der europäischen Politik, und in diesem Falle wäre Rußland verpflichtet, die Türkei zum Nachgeben zu zwingen. Rußland würde diesen Zweck durch die Besetzung der Wilajets Wan, Bitlis, Erzerum und Trapezunt ausüben und durch ein gewaltsames Vorgehen in den Meerengen unterstützen. Die russische Regierung kann der öffentlichen Meinung nicht länger widerstehen und fordert eine sofortige Antwort."

In Konstantinopel selbst drängte der russische Botschafter auf Antwort, und er wurde dabei auf das kräftigste unterstützt von dem Vertreter Frankreichs.

Es ist ein Meisterstreich asiatisch-tückischer Diplomatie, den da die russische Regierung geliefert hat. Die russische Regierung hat den Balkanbund in seiner Entstehung gefördert; ohne ihr Einverständnis hätten sich die Balkanstaaten, von Oesterreich und Rumänien bedroht, nie in den Krieg wagen können. Aber die Haltung, die Rußland während des Krieges eingenommen hatte, erfüllte die hochgespannten Erwartungen der Balkanslawen keineswegs. Durch die Nachwirkungen des japanischen Krieges und der Revolution geschwächt, in Ostasien auf neuen Raub bedacht, inmitten einer früher dem agrarischen Reiche unbekannten Hochkonjunktur, zeigte die russische Regierung kein Verlangen, die alte Rechnung mit der Türkei zu begleichen, die nur durch einen äußerst ungewissen Krieg zu begleichen gewesen wäre. Die Balkanstaaten waren enttäuscht. Da, im letzten Moment, als die Entscheidung eigentlich schon gefallen, kommt die russische Kriegsdrohung. Rußland separiert sich von den anderen Mächten und erscheint nochmals in seiner alten Rolle als Slawenbefreier. Sein Eingreifen erzwingt die Kapitulation der Türkei.

Freilich, ob dieses Manöver dauernde Wirkung auf die Balkanstaaten haben wird, steht dahin. Schon einmal glaubte Rußland nach dem Frieden von San Stefano in den damals entstehenden Balkanstaaten gehorsame Vasallen für alle Zeiten sich geschaffen zu haben. Es ist anders gekommen und der Selbständigkeitsdrang der jungen Nationen wollte von der russischen Vormundschaft nicht viel wissen. Erst die schweren Fehler der österreichischen Balkanpolitik trieben die slawischen Kleinstaaten wieder in die Arme Rußlands. Jetzt nach ihren Siegen, nach den Neueroberungen werden die Balkanstaaten erst recht eifersüchtig über ihre Unabhängigkeit wachen. Es wird von der Politik abhängen, die die anderen Staaten, vor allem Oesterreich-Ungarn einschlagen werden, ob der russische Streich mehr als eine vorübergehende Wirkung haben wird.

Den anderen Mächten ist wohl die russische Drohung nicht ganz unerwartet gekommen. Spricht ja schon ihre Note von den Gefahren, die die asiatische Türkei bedrohen, eine deutliche Anspielung auf ein etwaiges Vorgehen Rußlands in Armenien.

Der Beschluß des Pfortenrates bedeutet das Ende der europäischen Türkei. Die Türkei hat von dem gewaltigen Gebiet, das der asiatische Nomadenstamm einst eroberte, nur noch eine Stadt mit ein wenig Hinterland, in dem nur Türken wohnen. Die einst unterworfenen Nationen sind jetzt frei, zu eigenem staatlichen Leben erstanden. Der alte national-religiöse Gegensatz ist verschwunden, der bisher stets eine der Triebkräfte in den orientalischen Verwickelungen gewesen ist. Aber an die Stelle der nationalen Probleme, die zugleich Probleme der kontinentalen Politik der Großmächte gewesen, treten jetzt die imperialistischen Fragen, die zur Lösung drängen. Die Türkei hat freilich in Europa jetzt nur eine Stadt, aber diese Stadt heißt Konstantinopel. Konstantinopel ist heute in dem Zeitalter, das den Kampf um die Herrschaft über den Stillen Ozean sieht, nicht mehr, wie der korsische Eroberer meinte, der Schlüssel zur Weltherrschaft; aber es ist doch der begehrenswerteste Besitz geblieben, der in Europa zu besetzen ist. Die Türkei im Besitz von Konstantinopel bleibt ein Herd gefährlichster Krisen, und auf ihren asiatischen Besitz sind schon heute die gierigen Blicke der Imperialisten gerichtet.

Der Balkankrieg geht seinem Ende entgegen. Aber die Niederlage der Türkei, die Desorganisation dieses Staates, auf dessen Ende so viel Mächtige lauern, wird neue noch größere Gefahren über die kapitalistische Welt heraufbeschwören. Auch dieser Friede droht nur eine Episode zu sein in der Aera der Kriege, die die imperialistische Epoche heraufgeführt hat.

Das Ministerium für den Frieden.

Konstantinopel, 21. Januar, abends 10 Uhr. Von unterrichteter Seite wird bestätigt, daß die Regierung endgültig beschlossen hat, Frieden zu schließen. Der Sultan ist für den Friedensschluß. Die Antwortnote der Pforte wird morgen abend übergeben werden. Im Ministerium des Aeußern wird offen zugegeben, daß die Regierung zu einer bedingungslosen Uebergabe Adrianopels entschlossen ist.

Der Beschluß des großen Rates.

Konstantinopel, 22. Januar, 4 Uhr 45 Minuten nachmittags. Der Pfortenrat hat sich für die Annahme der Note der Mächte und für den Abschluß des Friedens ausgesprochen.

Die entscheidende Sitzung.

Konstantinopel, 22. Januar. (Ausführliche Meldung.) Der Pfortenrat begann sich um 12½ Uhr im Palais Dolmabagtsche in dem auf das Meer hinausgehenden Saal in der zweiten Etage, der für den Empfang der Botschafter bestimmt ist, zu versammeln. Von Neugierigen vor dem Palais war zunächst noch nichts zu bemerken. Der frühere Großwesir Hakki, der frühere jungtürkische Minister Mahmud Schewket und Prinz Said Halim wohnten der Beratung bei. Das gesamte Kabinett war in der Versammlung anwesend.

Die Zusammensetzung des Rates.

Konstantinopel, 21. Januar. Einladungen zu der beratenden Versammlung sind ergangen an die Senatoren mit Ausnahme der bulgarischen, serbischen und walachischen, an die Präsidenten der Departements des Staatsrats und der Senate des Kassationshofs, an zwei muselmanische geistliche Würdenträger, an zwei ehemalige Deputierte, die muselmanische Geistliche sind, an den Chef und den Unterchef des Generalstabes, an den ehemaligen Kommandanten der Ostarmee, Abdullah Pascha, an die Sektionschefs im Kriegs- und Marineministerium, an den Hafenpräfekten von Konstantinopel und an die Unterstaatssekretäre der Ministerien des Innern und des Aeußern. Auch Prinz Sabah Eddin ist eingeladen. Die Zahl der Teilnehmer wird möglicherweise hundert erreichen. Nichtmuselmanische Religionsoberhäupter sind nicht eingeladen.

Die Regierung wird der Versammlung ein Exposé über die militärische und finanzielle Lage erstatten und ihr die diplomatische Korrespondenz mit den türkischen Botschaftern und die Erklärungen der auswärtigen Gesandten seit dem Ausbruch des Krieges mitteilen. Insbesondere werden die Erklärungen Ssasonows und die vom Generalstab über die Frage der Wiederaufnahme bezw. Nichtwiederaufnahme der Feindseligkeiten ausgearbeiteten Berichte vorgelegt werden. Die Regierung wird auch ihre Entschlüsse auseinandersetzen und diejenigen Persönlichkeiten, die ihre Ansichten teilen, ersuchen, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen.

Die Ueberreichung der Antwort.

Konstantinopel, 22. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Korr.-Bureaus.) Der Ministerrat, der sich mit der Abfassung der Antwortnote beschäftigte, vertagte sich auf morgen. Die Antwort wird morgen nachmittag den Botschaftern überreicht werden.

Eine Frage an die Mächte.

Konstantinopel, 22. Januar. „Ifham" schreibt, die Pforte werde an die Mächte die Frage richten, ob die Verbündeten auch nach Annahme der Ratschläge der Mächte durch die Pforte noch weitere Ansprüche erheben werden, und wünsche weiter zu wissen, welcher Natur die von den Mächten zugesagte finanzielle Hilfe sein solle.

Die Haltung der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. Januar. Die Führer des Jungtürkischen Komitees, die vorgestern beim Prinzen Halim zusammenkamen, nahmen Kenntnis von dem Bericht über die diplomatische Lage, den der frühere Minister des Auswärtigen, Assim Bei, der sich in Wien aufhält, erstattet hatte. Die jungtürkischen Führer beschlossen, daß, falls die von der Nationalversammlung heute abzugebenden Erklärungen unzureichend sein würden, ein Senator der Jungtürkischen Partei vorschlagen solle, daß die Regierung die Nationalversammlung noch einmal einberufe und alle Offiziere bis zum Brigadegeneral sowie alle Würdenträger und früheren Minister zuziehe, um sie einen Beschluß über Frieden oder Krieg fassen zu lassen.

Die Abgrenzung Albaniens.

Wien, 22. Januar. (H.-B.) Wie der „Neuen Freien Presse" mitgeteilt wird, hat die russische Regierung bezüglich der Abgrenzung Albaniens Zugeständnisse gemacht, die sich dem Standpunkte des Dreibundes in dieser Frage wesentlich nähern.

Jugend, Witwen und Waisen.

Die Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern, die der Reichstag am Mittwoch fortgesetzt hat, führte zu einer sehr bedeutungsvollen Aussprache über die bürgerliche und proletarische Jugendbewegung.

Der Etat fordert u. a. wie im vorigen Jahre 12 500 M. als Beitrag für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Genosse Schulz wies nach, daß die Zentralstelle fast ausschließlich mit Zuschüssen des Reichs und der Bundesstaaten wirtschafte und dennoch neben manchen einwandfreien Bestrebungen den Kampf gegen die Sozialdemokratie führe. So unterstütze sie einseitig die bürgerlichen Jugendvereine und nehme Stellung gegen die proletarische Jugendbewegung. Für solche Zwecke dürften Gelder des Reichs und der Bundesstaaten nicht verwendet werden. Am besten wäre es, wenn die Jugendbewegungen überhaupt von den parteipolitischen Streitigkeiten fern blieben. Unerhört aber sei es, daß der Staat die bürgerlichen Jugendvereine in jeder Weise stütze und fördere, während er die proletarische Jugendbewegung mit allen nur möglichen Mitteln bekämpfe.

Die Abgg. Prinz zu Schönaich-Carolath von den Nationalliberalen und Dr. Pieper vom Zentrum, welche Vorstandsmitglieder der Zentralstelle sind, wendeten sich lebhaft gegen den Vorwurf, daß die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in irgendeiner Weise Parteipolitik treibe. Die Herren halten alle Bestrebungen der Zentralstelle für ganz unparteiisch — selbstverständlich müsse aber die Zentralstelle in manchen Fragen die Sozialdemokratie bekämpfen, da sie „auf dem Boden des heutigen Staates" stehe und sowohl die Regierungen, als auch die anderen für die Zentralstelle maßgebenden Herren eine solche Haltung erwarteten. Die Redner drehten aber den Spieß um und mühten sich mit dem Nachweis ab, daß die proletarische Jugendbewegung sozialdemokratische Parteipolitik treibe, da sie die Jugend zur sozialdemokratischen Weltanschauung erziehen will. In dasselbe Horn stieß selbstverständlich Ministerialdirektor Dr. Richter.

Noch weiter gingen die Abgg. Bruckhoff von der Fortschrittlichen Volkspartei und Dr. Bell vom Zentrum. Sie machten große Worte darüber, daß sich alle bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die proletarische Jugendbewegung zusammenfinden mögen — zum Schutze des heutigen Staates.

Die Genossen Davidsohn und Schulz verwiesen unsere Gegner darauf, daß auch die Sozialdemokraten zum Staate gehören und zu den Staatssteuern herangezogen werden. Die Sozialdemokraten haben dieselben Pflichten wie die anderen Parteien; deshalb haben sie auch dieselben Rechte zu beanspruchen. Außerdem belehrten sie unsere Gegner über den Unterschied zwischen einer Erziehung der Jugend zu politischem Verständnis auf der einen Seite und einer Behelligung der Jugend mit politischen Streitfragen auf der anderen Seite. Letzteres sei dann ganz besonders bedenklich, wenn es tatsächlich auf die Verhetzung der Kinder gegen ihre Eltern hinauskomme.

Der Zuschuß für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Genosse Peus ging sodann auf die Bedeutung ein, die die innere Kolonisation haben kann, wenn sie in sachgemäßer Weise durchgeführt wird.

Die Belastung des Reiches aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen veranschlagt der Etat auf 57 120 000 M. Genosse Molkenbuhr hatte bereits in der Budgetkommission vorgerechnet, daß die Statistiker des Reichsamts des Innern sich arg

verhauen haben, als sie die Höhe der Ausgaben der Reichsversicherung für die Witwen und Waisen bestimmten. Die Summen sind viel zu hoch. Daher empfahl die Budgetkommission, daß möglichst bald eine neue Berechnung der Ausgaben erfolge und die Leistungen der Versicherung für die Witwen und Waisen erhöht werden, wenn das zulässig erscheint. Diese Forderungen nahm auch das Plenum an, nachdem Genosse Molkenbuhr seine Rechnung auch gegen die Abschwächung und Entschuldigungsversuche des Ministerialdirektors gerechtfertigt hatte.

Bei dieser Gelegenheit gingen mehrere Redner auf die Schmähschrift des Professor Bernhard gegen die Arbeiterversicherung ein. Auch der Staatssekretär stimmte in das abfällige Urteil über die Leistung des Professors ein und versprach, daß auch das Reichsamt des Innern sich in geeigneter Weise dagegen wenden werde.

Zu Beginn der Sitzung stimmte der Reichstag über eine lange Reihe von Resolutionen ab, von denen die meisten noch aus dem vorigen Jahre sind. Dabei kam es über eine Resolution von verhältnismäßig geringer Bedeutung zum Hammelsprung. Hervorzuheben ist aber, daß der konservative Antrag gegen das Streikpostenstehen in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde. Fünf Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.

Der Herren Heydebrand und Westarp Gefolgschaft hat sich also in diesem Jahre noch um zehn Stimmen vermindert!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar 1913.

Agrarische Wünsche.

Die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums der landwirtschaftlichen Verwaltung lieferte aufs neue den Beweis dafür, wie sehr die Mehrheit des Abgeordnetenhauses, nicht genug damit, daß sie dem Volke seine Rechte und Freiheiten vorzuenthalten sucht, auch in der Ausplünderung der Proletarier ihr einziges Lebensziel erblickt. In holder Eintracht finden sich Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, Zentrum und Regierung zusammen, um die augenblicklichen Erleichterungen der Fleischeinfuhr, so unbedeutend sie auch sind, wieder rückgängig zu machen, und der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer versicherte hoch und heilig, daß er seinen agrarischen Freunden diesen kleinen Liebesdienst erweisen werde. Das Volk muß sich allmählich, wie der Minister meinte, an die hohen Preise gewöhnen. Hoffentlich zieht er aus seinen Worten auch die Konsequenz und sorgt nicht nur als Ressortminister, sondern vor allem als Staatsminister dafür, daß den Arbeitern bei ihrem Streben auf Erringung höherer Löhne zum Ausgleich der Teuerung keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Einen erfreulichen Lichtblick in der Debatte bedeutete die zweistündige Rede unseres Genossen Leinert, der mit herzerfrischender Deutlichkeit den Zollwucherern ihre Sünden vorhielt, die Mißwirtschaft der Großgrundbesitzer geißelte und als einziger aus dem Hause sich der Landproletarier annahm.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

Der an die Kette gelegte Fortschritt.

Die „Freis. Zeitung" wehrt sich entrüstet gegen unsere Feststellung, daß der Freisinn, den Herr Fischbeck so überflüssiger- und unsinnigerweise gegen angebliche Demütigungsabsichten der Sozialdemokratie verwahrt, so flugs unter das kaudinische Joch der Nationalliberalen gekrochen sei. Das sei nicht wahr: der Freisinn stehe bei dem fortschrittlich-nationalliberalen Bündnis „auf dem Boden vollständiger Gleichberechtigung". Das ist denn doch — das Blatt des Herrn Wiemer verzeihe uns das harte Wort — nichts als ausgemachter Schwindel! Denn mit keiner Silbe wagt die „Freisinnige Zeitung" unserer Mitteilung zu widersprechen, daß die Nationalliberalen dem Fortschritt die entwürdigende Bedingung auferlegt haben, daß er nirgends, wo er gemeinsam mit den Nationalliberalen den Wahlkampf führt, für den Sozialdemokraten stimmen darf! Ist etwa ein schlimmerer Grad politischer Hörigkeit denkbar, als die Bedingung für eine angeblich für die Uebertragung des gleichen Wahlrechts eintretende Partei, nicht für Kandidaten gerade jener Partei eintreten zu dürfen, die es mit ihrem Eintreten für das gleiche Wahlrecht ernst meint?!

Der „Vorwärts" hat festgestellt, daß eine solche Unterwerfung des Fortschritts unter den wahlrechtsfeindlichen nationalliberalen Terror nur aus der kläglichsten Mandatsjagd des Freisinns heraus zu verstehen sei. Was hat nun aber die „Freis. Ztg." dazu zu sagen? Sie kommt mit folgender unsäglichen Retourkutsche:

„Ueberaus komisch ist es sodann, wenn der „Vorwärts" der Fortschrittlichen Fortschrittspartei ein „Kuhhandeln" mit den Nationalliberalen und sogar mit der Rechten vorwirft. Dabei ist es gerade die Sozialdemokratie, die einen schwungvollen Kuhhandel entrieren möchte. Nach ihrer Resolution dürfen die Sozialdemokraten nämlich in den Landtagswahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist, bürgerliche Wahlmänner in der Urwahl wie in der Stichwahl nur dann wählen, wenn der bürgerliche Kandidat sich schriftlich verpflichtet, in jeder Session die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und die Neueinteilung der Wahlkreise zu beantragen oder dafür zu stimmen; in den Landtagswahlkreisen dagegen, in denen mehr als ein Abgeordneter gewählt wird, verschwindet plötzlich diese schriftliche Erklärung, da kümmert sich die Sozialdemokratie absolut nicht mehr um die Einführung des Reichstagswahlrechts, sondern ist bereit, jede bürgerliche Partei zu unterstützen, falls diese ihr nur ein Mandat abgibt. Wenn das nicht der gediegenste Kuhhandel ist und wenn man hier nicht von dem „nacktesten Parteiinteresse" reden kann, dann wissen wir wirklich nicht, was darunter sonst noch verstanden werden soll."

Dafür, daß die Sozialdemokratie bei Wahlmännerstichwahlen nur solche Kandidaten unterstützen will, deren Abgeordnete sich auf fortschrittliche Forderungen festlegen, sollte der Freisinn der Sozialdemokratie doch nur dankbar sein! Daß aber die „Freis. Ztg." die Befürchtung äußert, die Sozialdemokratie könnte in Wahlkreisen, wo mehrere Abgeordnete zu wählen sind, auch mit Wahlrechtsgegnern ein Gegenseitigkeitsabkommen schließen, verrät einen solchen Grad politischer Weltfremdheit, daß man wirklich nicht weiß, was man dazu sagen soll! Denn das sollte doch selbst dem Blatt des Herrn Wiemer klar sein: auch wenn sich die Sozialdemokratie auf ein solch unnatürliches Bündnis einlassen wollte, würde es ihr an dem Kontrahenten fehlen!

Die Ausreden der „Freis. Ztg." sind also mehr als fadenscheinig. Es bleibt deshalb auch dabei: Will der Freisinn sich nicht zu den durchaus loyalen Wahlabmachungen bequemen, die vom sozialdemokratischen „Preußentag" beschlossen worden sind, so wird ihn die Sozialdemokratie kalten Blutes seinem zehnfach verdienten Schicksal überlassen!

Gemeingefährliche Rüstungshetze.

Die törichte und von bösem Gewissen zeugende Totschweigetaktik der Regierungsorgane über die neue Heeresvorlage gibt den Rüstungshetzern freie Bahn. Die täppischen Dementierungsversuche einiger journalistischer Lakaien werden in ihrer nichtssagenden Kläglichkeit durch die Rüstungstreiberei anderer halboffiziöser Blätter an den Pranger gestellt. Aus diesem Treiben geht immer klarer die Tatsache hervor, daß die Heeresvorlage doch kommen wird. Vorläufig soll dem guten Michel nur der Kopf verkeilt werden, damit er dann die Forderungen des Militarismus auch gutwillig schluckt. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin, daß neben der Forderung für die Militärluftschiffahrt auch eine andere, die auf Ausbildung der Ersatzreservisten hinausläuft, eingebracht werden soll. Im „Berl. Lokal-Anz.", sekundiert von der „Tägl. Rundschau" usw. aber wird außerdem der ganze Wunschzettel aufgerollt, der sich in seinen einzelnen Punkten vollständig mit dem deckt, was die „Post" vor kurzem in die Welt posaunt hat: Schaffung der fehlenden dritten Bataillone, Formierung von 80 weiteren Maschinengewehrkompagnien, Bildung von Kavalleriedivisionen im Frieden, Erhöhung des Pferdebestandes der Artillerie usw. usw.

Diese neueste Vorarbeit für die kommende Heeresvorlage ist offenbar ein Machwerk des Wehrvereins und enthält einige boshafte Spitzen gegen den Kriegsminister. Im Auslande muß das Elaborat den Eindruck erwecken, das deutsche Volk habe bisher die Milliarden für sein Heer zum Fenster hinausgeworfen, denn nach Meinung der Wehrvereinshetzer stehen wir völlig schutzlos einem etwaigen Angriff Frankreichs oder Rußlands gegenüber. Dabei arbeiten die Herren mit bewußten Unwahrheiten. Sie behaupten dreist und gottesfürchtig, Frankreich habe ein dem deutschen fast gleich großes Friedensheer. Dabei hat das deutsche Heer zurzeit eine Stärke von rund 660 000 Mann (ohne Seebataillone und Matrosenartillerie), während die Budgetstärke des französischen Heeres 593 536 Mann beträgt, darin sind aber die tonkinesischen, anamitischen, madagassischen usw. Eingeborenenregimenter, d. h. die gesamte Kolonialarmee, inbegriffen. Es müßte um die militärischen Kenntnisse der Wehrvereinsführer sehr schlecht bestellt sein, wenn sie nicht wüßten, daß in Frankreich zwischen Budgetstärke und wirklich vorhandenem Mannschaftsbestand eine tiefe Kluft klafft.

Was aber den Hinweis auf die französischen Reserven und das neue französische Kadergesetz auf der einen, die Forderung der Ausbildung der deutschen Ersatzreservisten auf der anderen Seite betrifft, so bedeutet das hüben wie drüben das Eingeständnis des Bankrotts des gegenwärtigen militaristischen Systems. Die gesamte Wehrkraft einer Nation kann mit dem heutigen System des stehenden Heeres nicht ausgenützt werden. Den einzigen Ausweg bietet hier nur die Errichtung eines wirklichen Volksheeres auf Grund des Milizsystems. Davon wollen natürlich die Rüstungshetzer nichts wissen, sind sie doch nur das Sprachrohr der an den Rüstungen interessierten Kapitalisten und der von ewigen Avancementsschmerzen geplagten Offizierskaste.

Die Arbeiterschaft wird gut tun, schon jetzt gegen diese neueste Rüstungshetze mobil zu machen, um der kommenden Heeresvorlage mit aller Energie entgegenzutreten. Dazu ist auch notwendig, daß über unsere Milizforderung weit mehr Klarheit in die Massen hineingetragen wird, als das bisher der Fall war.

Opfer des Luftmilitarismus?

Die Korrespondenz Woth meldet: „Der Rücktritt des Generalinspekteurs des Militärverkehrswesens General der Infanterie Frhr v. Lyncker steht, wie in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit behauptet wird, im engen Zusammenhang mit der Aufstellung des neuen militärischen Nachtragsetats. Frhr. v. Lyncker hat mit großem Nachdruck eine erhebliche Vermehrung der militärischen Luftflotte und die Gewährung großer Mittel zum weiteren Ausbau des militärischen Fliegerwesens gefordert. Frhr. v. Lyncker hatte seine Forderungen als dringend notwendig bezeichnet und sich der neuen Waffe gegenüber mit seiner Person für die Durchführung seiner Forderungen eingesetzt. Seine Forderungen sind im Kriegsministerium auf starken Widerspruch gestoßen, einerseits weil sie als zu weitgehend betrachtet wurden, andererseits weil der Kriegsminister diese Forderungen, die allerdings sehr hohe finanzielle Mittel in Anspruch genommen hätten, im Reichstage nicht vertreten zu können glaubte. Frhr. v. Lyncker ist der Meinung gewesen, daß die neue deutsche Flugwaffe es verlangen könne, daß ihren berechtigten Wünschen endlich nachgekommen werde. Deutschland hätte die Pflicht, auf dem Gebiete des militärischen Flugwesens mit seinen Nachbarn Schritt zu halten und den Vorsprung, den namentlich Frankreich bereits errungen hat, durch vermehrten Eifer einzuholen. Da der Generalinspekteur mit seinen Absichten kein volles Verständnis bei der Zentralinstanz zu finden glaubte, so zog er kurzerhand die Konsequenzen und erbat seine Pensionierung. Der Chef des Stabes der Generalinspektion des Militärverkehrswesens Generalmajor Schmiedecke, der in den meisten Punkten den Ansichten seines Chefs huldigte, wird ebenfalls seinen Posten aufgeben und das Kommando einer Infanteriebrigade übernehmen. Der plötzliche Rücktritt des Freiherrn v. Lyncker wird im Reichstage zur Besprechung gelangen und man wird bei dieser Gelegenheit auch seitens des Kriegsministers erfahren, wie weit das Kriegsministerium bereit sein wird, in Zukunft den Wünschen der Flugwaffe nachzukommen. Der Nachtragsetat selbst steht in seinen Hauptzügen fest und wird in etwa drei Wochen dem Bundesrat vorgelegt werden können."

Nach der offiziösen Meldung soll die bevorstehende Luftflottenvorlage nicht weniger als 20 Millionen fordern. Wenn man bedenkt, daß doch die „Nationalflugspende" ebenfalls 7½ Millionen aufgebracht hat, die teils zur Anschaffung von Flugzeugen, teils zur Anlegung von Flugstationen, vor allem aber zur Ausbildung von Fliegern im militaristischen Interesse Verwendung finden sollen, so sollte man meinen, daß eine Zwanzigmillionenforderung schon etwas höchst Anständiges sei. Umsomehr, als ja auch bereits der Etat für 1913 eine ganz nette Summe von Millionen für den Luftmilitarismus vorsieht! Es ist deshalb doppelt auffällig, daß die Lyncker und Schmiedecke ihren Abschied genommen haben sollen, weil das Kriegsministerium sich gegen ihre noch weitergehenden Forderungen ablehnend verhalten haben soll! Offenbar aber beabsichtigen unsere Luftchauvinisten im Reichstag einen Vorstoß für weitere Luftflottenforderungen zu unternehmen!

Es ist doch interessant, daran zu erinnern, daß uns — wenn wir die Etatposten für 1913, die Nationalflugspende und den Zwanzigmillionen-Nachtragsetat für die Luftflotte zusammenrechnen, schon jetzt unser Luftmilitarismus 30 bis 40 Millionen im Jahre kostet, das heißt mehr, als im Anfang der achtziger Jahre unsere Kriegsflotte, die z. B. 1873 an fortdauernden und einmaligen Ausgaben zusammen nur 26 Millionen erheischte! Wenn unser Luftmilitarismus so weiter wächst, verspricht er die Flottenausgaben noch zu überholen!—

Der Landwirtschaftsminister und die Stadt Berlin.

Die Stadt Berlin hat sich bekanntlich an den Landwirtschaftsminister gewendet mit dem Antrage, ihr die beschlossenen Zollerleichterungen für vom Auslande eingeführtes Fleisch auch über den 1. April 1913 hinaus weiter zu gewähren. Bis heute ist eine Antwort des Ministers auf diesen Antrag noch nicht eingegangen. Wie aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ersichtlich ist, war der agrarische Landwirtschaftsminister bisher einer Verlängerung der vom Reichstage beschlossenen Zollerleichterungen sehr abgeneigt, er hat sich aber nun doch noch entschlossen, die Anträge im einzelnen zu prüfen. Unserer Meinung nach hätte diese Prüfung längst erfolgt sein müssen. Für die Gemeinden Groß-Berlins ist die durch die Schweigsamkeit des Ministers hervorgerufene Unsicherheit eine grobe Rücksichtslosigkeit. Die Gemeinden können ihre Maßnahmen über den ferneren Bezug ausländischen Fleisches nicht erst am letzten Tage vor dem 1. April treffen. Will der Minister nicht den Vorwurf auf sich laden, durch Verzögerung seiner Antwort auf den Antrag der Groß-Berliner Gemeinden die letzteren in die größte Verlegenheit gebracht zu haben, so muß er schleunigst seine Entscheidung treffen. Diese Entschließung kann nach Lage der Sache gar nicht anders als eine zustimmende sein, soll die Bevölkerung Groß-Berlins nicht dazu verurteilt werden, durch den Ausfall der ausländischen Fleischeinfuhr von neuem Wucherpreise zahlen zu müssen.

Landtagswahlen in Lippe.

Aus Detmold wird uns geschrieben:

Die Landtagswahlen der dritten Abteilung in Lippe, die am Montag vorgenommen worden sind, haben der Sozialdemokratie einen Erfolg gebracht, wie er von den Genossen im Lande trotz ihrer eifrigen Wahlarbeit nicht erwartet worden ist. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahl um beinahe hundert Prozent gesteigert. Die bürgerlichen Parteien dagegen, von denen namentlich die Liberalen vorher den Mund nicht voll genug nehmen konnten, sind auf ihrem alten Stande stehen geblieben oder gar zurückgegangen. Es haben Stimmen erhalten

	Soz.	Lib.	Konserv.
1904 . .	2571	3688	2119
1908 . .	3715	7686	2698
1913 . .	7200	8100	2200

Im alten Landtage hatte die Sozialdemokratie nur einen Sitz, der vor vier Jahren in der Stichwahl mit knapper Not geholt wurde. Diesmal haben wir diesen Sitz gleich im ersten Wahlgange mit 800 Stimmen Mehrheit glatt erobert. Unsere Kandidaten sind zudem in vier Kreisen in aussichtsreiche Stichwahlen gekommen. Im einzelnen stellt sich das Ergebnis folgendermaßen (die Zahlen der vorigen Wahl sind eingeklammert):

1913	Soz.	Lib.	Kons. u. a.
1. Kreis . .	1008 (481)	863 (715)	279 (210)
2. Kreis . .	1368 (867)	789 (600)	285 (340)
3. Kreis . .	1369 (675)	1460 (1499)	268 (407)
4. Kreis . .	700 (290)	1007 (1246)	156 (179)
5. Kreis . .	700 (331)	1600 (1286)	345 (566)
6. Kreis . .	612 (260)	815 (1040)	671 (391)
7. Kreis . .	1422 (823)	1345 (1085)	505 (668)

Das Fürstentum Lippe gehört zu den wenigen Gegenden im Reiche, in denen der Liberalismus bisher noch eine nennenswerte Rolle spielte. Bei den letzten Reichstagswahlen war Lippe-Detmold der einzige Kreis, wo die Liberalen nach den Zahlen der Wahl von 1907 noch hoffen konnten, im ersten Wahlgange glatt zu siegen. Diese Hoffnung ist allerdings zu schanden geworden, aber immerhin hatte hier der Liberalismus in weiten Kreisen der 14 000 Wanderarbeiter (Ziegler), die an ihren Arbeitsplätzen den Sommer über meist abgesondert leben, einen starken Rückhalt. Die Reichstagswahl sowohl wie diese Landtagswahl haben aber bewiesen, daß es mit diesem liberalen Arbeiteranhang auch in Lippe bergab geht.

Liberale und Konservative werden jetzt um so größere Hoffnungen auf die Wahlen in der ersten und zweiten Abteilung setzen. Das Dreiklassenwahlrecht bietet ihnen eben auch in Lippe noch den erwünschten Unterschlupf, wenn es für sie in der dritten Abteilung fehlgeht. Vornehmlich haben die Konservativen gewisse privilegierte Sitze, die ihnen durch Bestimmungen im Wahlgesetze gesichert sind, wonach die Grundsteuer für das Wahlrecht in der entsprechenden Klasse den Ausschlag gibt.

Die großen Hoffnungen, mit denen die Liberalen in den Wahlkampf gezogen sind, bauten sich auf ihre angebliche „eminent praktische Arbeit" auf, die sie gegen uns durch den Hinweis auf unsere angebliche prinzipielle Negation ausspielten. Die „praktische Arbeit" der Liberalen, die übrigens auch den Segen der Konservativen erhalten hat, war denn aber auch danach, und das Wahlergebnis zeigt, wie diese praktische Arbeit vom Volke eingeschätzt worden ist. Namentlich taten sich die Liberalen auf ihre Steuergesetze etwas zugute und daneben auf das neue Domanialabkommen, durch das die Ansprüche des Landes an den fürstlichen Hausbesitz, der ein Fünftel des ganzen Landes umfaßt, übergangen worden sind. Die „Arbeitsgemeinschaft" der Konservativen und Liberalen, von der die Rede war, hat jetzt ihre bezeichnenden Früchte getragen, und wir dürfen mit guten Hoffnungen der weiteren Entwickelung der Dinge entgegensehen. Daß die Liberalen wie überall, wo sie mit der Sozialdemokratie hart aneinander kommen, so auch in Lippe bei der Agitation mit all den Reichsverbandsmätzchen hausieren gegangen sind, braucht wohl nicht erwähnt zu werden: die Religion, die Vaterlandsliebe, die Friedenskundgebung in Basel und alles mögliche mußten herhalten; ja man ließ sogar unseren verstorbenen Genossen Singer nicht in Ruhe und suchte durch Beispiele seiner angeblichen „Arbeiterfeindschaft" für die Liberalen zu retten, was noch zu retten war. Es ist natürlich vergeblich gewesen, und am Schlusse des Kampfes sind schon manche Liberale zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit ihrer Agitationsmethode auf den Hund gekommen sind.

Die ganze Ernte im Kleinstaat Lippe hat die Sozialdemokratie in ihre Scheuern gebracht, und dem Eifer, womit sich alle Genossen der oft sehr schwierigen Arbeit hingaben, gebührt alle Anerkennung.

* * *

Detmold, 22. Januar. Bei den lippischen Landtagswahlen wurden in der ersten Klasse 5 Konservative und 2 Nationalliberale gewählt. Demnach sind im ganzen gewählt 10 Konservative, 2 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 1 Christlichsozialer und 1 Sozialdemokrat. Außerdem sind 4 Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten erforderlich. Der bisherige Landtag setzte sich zu-

sammen aus 10 Konservativen, 2 Nationalliberalen, 7 Freisinnigen, 1 Christlichsozialen und 1 Sozialdemokraten.

Unsere Zuchthausschwärmer.

Bei der namentlichen Abstimmung über die konservative Resolution, die ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens verlangt, haben am Mittwoch im Reichstage 52 Abgeordnete mit ja geantwortet. Es ist angebracht, die Namen dieser Zuchthausschwärmer der Oeffentlichkeit nicht vorzuenthalten, wir lassen sie nachstehend folgen:

Dr. Arendt, Dr. Becker-Hessen (natl.), v. Bieberstein, v. Boehn, v. Behlendorff, v. Bonin, v. Brederlow, Graf v. Carmer-Osten, Graf v. Carmer-Zieserwitz, Dieterich, Doerksen, v. Flemming, Frommer, Dr. Giese, v. Gräfe, Gräfe-Sachsen, Dr. Hegenscheidt, v. Heydebrand, Hoesch, Holtschke, Graf v. Kanitz, Baron Knigge, Krahmer, Kreth, v. Kröcher, v. Liebert, Löscher, Malletwitz, v. Massow, Meyer-Kreuzburg, v. Michaelis, Nehbel, Niederlöhner, Dr. Oertel, v. Oertzen, v. Putlitz, Reck-Lyck, Ritter, Rother, Schulz-Bromberg, Siebenbürger, Strack, Stubbendorff, Dr. v. Veit, Vogt, Warmuth, Weilnböck, Graf v. Westarp, v. Winterfeldt, Witt und Züre.

Enthalten haben sich der Abstimmung die Abgg. Werner-Hersfeld, Rupp-Baden, Bauer-Pfarrkirchen, Gerhardt und Laux."

Die Nationalliberalen, die im vorigen Jahre dem Antrage zugestimmt haben, haben also mit Ausnahme des Dr. Strack und des Dr. Becker, der in die Fraktion aufgenommen wurde, diesmal gegen die Resolution gestimmt, ebenso auch das Zentrum, von dem im vorigen Jahre drei Abgeordnete für ein Zuchthausgesetz waren, diesmal geschlossen dagegen gestimmt. Die Zuchthausschwärmer sitzen also lediglich in den Reihen der Konservativen und der mit ihnen eng versippten Freikonservativen.

Studienreise nach den Kolonien.

In der „Täglichen Rundschau" tritt der Regierungsrat Zache vom Hamburgischen Kolonialinstitut dafür ein, daß die Regierung den Reichstagsabgeordneten Gelegenheit bieten soll, die Kolonien kennen zu lernen. Herr Zache war Führer der kleinen Gruppe von Abgeordneten, die im Jahre 1906 nach Ostafrika gefahren sind, und er begründet seinen Vorschlag hauptsächlich damit, daß die Entscheidung über koloniale Fragen wesentlich erleichtert würde, wenn ein größerer Teil der Abgeordneten sich auf persönliche Erfahrungen stützen könne. Der Plan, den er entwickelt, geht dahin, drei Gruppen zu bilden, von denen die eine nach Ostafrika, die andere nach Südwestafrika und die dritte nach Togo und Kamerun gehen soll. Um den Sozialdemokraten die Teilnahme zu ermöglichen, schlägt er vor, keine Freikarten der deutschen Schiffsgesellschaften anzunehmen, sondern die Ueberfahrt einfach aus Reichsmitteln zu bezahlen. Die Reise nach Afrika würde für die Teilnehmer kosten:

Passage	1650 M.
Ausrüstung	300 „
4 Tage a 60 M. (Berlin—Neapel, Neapel—Berlin)	240 „
18 „ „ 20 „ (an Bord)	360 „
45 „ „ 60 „ (in der Kolonie)	2700 „
Sa.	5250 M.

Herr Zache meint, daß eine solche Summe bei dem Milliardenetat des Deutschen Reiches keine Rolle spielen könne.

Wir verstehen nicht, wozu solche Ausflüge dienen sollen. Sicherlich ist unter den Reichstagsabgeordneten gar mancher, der sich auf Reichskosten gerne mal Ostafrika besähe; aber ein Urteil über diese Kolonie oder gar über das Gesamtgebiet der Kolonialpolitik gewinnt er dadurch nicht. Schließlich sind die Mitglieder einer solchen Expedition immer auf die Hilfe der Regierungsbeamten angewiesen; sie werden alles das zu sehen bekommen, was man ihnen zu zeigen für gut befindet. Es wird ihnen aber, schon der Kürze der Zeit halber, ganz unmöglich sein, sich eine tiefere Kenntnis all der Momente zu verschaffen, die bei der ganzen Kolonialpolitik als ausschlaggebend betrachtet werden müssen.

Wie Herr Zache versichert, soll der Staatssekretär Dr. Solf dem von ihm entwickelten Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehen; Schwierigkeiten macht nur noch der Reichsschatzsekretär, der allerdings angesichts der kommenden Militärvorlage seine Mittel sehr zusammenhalten muß.

Fachausschüsse für Heimarbeiter.

Auf eine von einem Mitgliede der Wirtschaftlichen Vereinigung gestellte Anfrage hat Staatssekretär Delbrück mitgeteilt, daß Verhandlungen schweben über die Errichtung von Fachausschüssen für Heimarbeiter. Im preußischen Etat werden bereits 20 000 M. für diesen Zweck angefordert. Das Reichsamt des Innern hat einen Entwurf ausgearbeitet, der demnächst an den Bundesrat gelangen wird.

Forderungen der Berliner Lehrer an die Landtagskandidaten.

Die Vereinigung für Schulpolitik in Berlin beschloß, an die Landtagskandidaten folgende Forderungen zu stellen:

1. Bekämpfung aller Bestrebungen, welche den staatlichen Charakter der Volksschule in Frage stellen können.
2. Durchführung der allgemeinen Volksschule. Weder der Staat noch die Gemeinden dürfen neue Vorschulen errichten.
3. Besetzung der hauptamtlichen Kreisschulinspektion mit im Volksschuldienst bewährten Lehrern.
4. Reform des Disziplinargesetzes von 1852 nach modernen Grundsätzen.
5. Gewährung des passiven, kommunalen Wahlrechts an alle Volksschullehrer.
6. Die Volksschullehrer sollen ihre Allgemeinbildung an einer höheren Lehranstalt, ihre Fachbildung auf der Universität erhalten.
7. Gleichstellung der Volksschullehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung. Zunächst außerhalb des Rahmens einer allgemeinen Besoldungsregelung. Gleichstellung aller Volksschullehrer in der Höhe des nach dem Besoldungsgesetz von 1909 zulässigen Höchstgehalts.
8. Unterstützung aller gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die die Mißstände im großstädtischen Wohnungswesen beseitigt werden.
9. Das Auswärtswohnen ist innerhalb der Grenzen des Vorortsverkehrs ausnahmslos gestattet.
10. Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und der öffentlichen Stimmabgabe bei Landtags- und Gemeindewahlen.

Aus dem württembergischen Landtage.

Unser Stuttgarter Korrespondent schreibt uns vom 21. Januar:

Die Erklärung des neuernannten Ministers des Innern, v. Fleischhauer, gegen die Sozialdemokratie in der Sonnabendsitzung der Kammer hat Klarheit gebracht in den Kurs, den das Ministerium zu steuern gedenkt. Der Minister kennzeichnete die Regierung als Vorkämpferin des Bürgertums und der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie, so lange die Sozialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes verharre. Der Herr Minister erblickt also im Klassenkampf eine teuflische Erfindung der Sozialdemokratie — er tut wenigstens so. Daß die bürgerlichen Klassen und Parteien den Klassenkampf zum Teil noch schärfer und konsequenter führen als die Sozialdemokratie, das entgeht dem Herrn Minister. Etwas komisch mutete es an, als der Herr Minister seine neueste fürchterliche Entdeckung bekannt gab. Durch unser Stuttgarter Parteiorgan hat er letzter Tage erfahren, daß die Sozialdemokratie eine republikanische Partei ist, die als Anhängerin der Demokratie Gegnerin der monarchischen Staatsform sein muß. Das Programm der Sozialdemokratie scheint dem Herrn Minister bis zur Stunde unbekannt geblieben zu sein.

Die Herren vom Bauernbund und vom Zentrum fühlen sich als die Herren des Parlaments. Die Art, wie sie in der heutigen Dienstagsitzung den Redner der Volkspartei, v. Gauß, durch fortdauernde Unterbrechungen und Zwischenrufe am Reden zu hindern suchten, ging weit über das sonst in Parlamenten übliche hinaus. Dabei gab der Redner der Volkspartei sich alle Mühe, beim Bauernbund gut Wetter zu machen. So gab er die feierliche Erklärung ab, daß die Fortschrittliche Volkspartei nicht daran denke, die landwirtschaftlichen Zölle aufzuheben. Nur über etliche Positionen — so über die Futtermittelzölle — müsse geredet werden. Daß die Agrarzölle der Industrie schwere Lasten auferlegen und der Industriebevölkerung die Nahrungsmittel verteuern, daß es sogar sehr zweifelhaft ist, ob die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, das Nahrungsmittelbedürfnis der stetig wachsenden Bevölkerung Deutschlands annähernd zu befriedigen, mußte der volksparteiliche Redner zugeben. Trotzdem: die Fortschrittliche Volkspartei denkt nicht daran, diese Zölle aufzuheben. Auch vom „Abbau" der Agrarzölle schwieg der Redner beharrlich!

Die Ausschiffung des früheren Ministers des Innern v. Pischeck aus der Regierung stellt sich immer mehr als ein Opfer dar, das der Rechten gebracht wurde. Auf die sehr klar formulierten Vorhaltungen der sozialdemokratischen und volksparteilichen Redner antwortete der Ministerpräsident v. Weizsäcker mit Ableugnungen und Witzen zweifelhafter Art. Ehrlicher verfuhr der neue Minister des Innern, der, auf den Widerspruch zwischen seinen Ausführungen und den Darlegungen des früheren Ministers Pischeck über die Vereinfachung der Staatsverwaltung aufmerksam gemacht, rund und nett erklärte, in dieser Sache vertrete er seine eigene Ueberzeugung. Daß die früheren Darlegungen des Ministers Pischeck der Ansicht des Gesamtministeriums einschließlich Fleischhauers (der damals noch Kultusminister war), entsprachen, die neueste Ueberzeugung des neuen Ministers des Innern jedoch den Wünschen und Forderungen des Zentrums und des Bauernbundes entspricht, ist natürlich nur Zufall! Der Ministerpräsident v. Weizsäcker erkannte denn auch alsbald, daß der neue Kollege doch wohl zu offenherzig geplaudert hatte. In längeren Ausführungen suchte er darzutun, daß, wenn man es recht auffasse, der neue Minister eigentlich nichts anderes wolle als der alte auch. Geglaubt hat es ihm wohl niemand!

Das Ministerium Briand.

Paris, 22. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts".) Die Zusammensetzung seines Kabinetts verrät die Absicht Briands, durch Berufung möglichst vieler Häuptlinge der radikalen Partei sich eine linksrepublikanische Mehrheit zu sichern, selbst auf Kosten der Wahlreform. Diese Beruhigungspolitik nach links scheint Erfolg zu versprechen. Die radikale Opposition gegen Briand ist ganz erloschen. Die Radikalen scheinen seine Gegnerschaft gegen die Weiterführung der Kirchengesetzgebung, weshalb sie ihn seinerzeit gestürzt haben, ganz vergessen zu haben. Der nationalistische „Eclair" meint enttäuscht, dieses System von klugen Kompensationen und Ausgleichungen von Nuancen, wodurch die Appetite ins Gleichgewicht gebracht werden sollen, sei doch recht abgeschmackt. Die „Humanité" spricht mit Hinweis auf Etienne, Baudin, Dupuy und Jonnart von dem Gründer-Ministerium. Etienne ist Präsident der Pariser Omnibusgesellschaft und Oberhaupt des Marokko-Syndikats. Jonnart, der nach Briands Sturz mit einem sensationellen Protest von seiner Stellung als algerischer Gouverneur zurücktrat, ist Schwiegersohn des steinreichen Lyoner Industriellen und progressistischen Deputierten Aynard. Jaurès meint in der „Humanité" ironisch, die auswärtige Krise könne trotz bedenklicher Symptome nicht gefährlich sein, wenn der so patriotische Poincaré sein Ministerium gegen die Präsidentschaft ausgetauscht und ein diplomatisches Interregnum geschaffen habe und die vor acht Tagen für das Vaterland unersetzlichen Delcassé und Millerand abträten, um ihr eigenes Glücksschiff zu steuern. Der „Temps" findet die Zusammensetzung des Ministeriums mehr als zufriedenstellend.

Oesterreich-Ungarn.

Vor dem ungarischen Generalstreik.

Budapest, 22. Januar. (Privattelegramm der „Vorwärts".) Der von der Sozialdemokratie vorbereitete Generalstreik beherrscht die gesamte innere Politik. Die Gewerkschaften halten im Laufe dieser Woche Separatversammlungen ab, in welchen der Arbeiterschaft der Beschluß bekanntgegeben, zur Abstimmung und zur Anschaffung von Sparmarken aufgefordert werden soll. Auch die bürgerliche Gesellschaft beginnt aktiv Stellung zu nehmen. Die Gewerbekorporation der Fleischbeschauer und Wurstlergesellschaft hat beschlossen, bei Beginn des Generalstreiks sämtliche Kaufläden zu sperren. Die Fabrikantenliga protestiert gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung. Die Landadvokatenkammer hat den Entwurf eines Memorandums an die Regierung eingereicht. Die Budapester Kaufleute beschlossen, an den Tagen des Streiks die Geschäfte zu sperren. Die Kleingewerbetreibenden haben beschlossen, am Streik aktiv teilzunehmen. Auch aus den Provinzen kommen ähnliche Nachrichten. In der Stadt Fünfkirchen hat sich ein Hunderter-Komitee aus Bürgern gebildet, das in den Tagen des Streiks die dortige notleidende Arbeiterschaft mit Lebensmitteln versehen will. Gestern abend hielt die Regierungspartei eine große Versammlung ab. Ministerpräsident Lukacs hielt eine große Rede, in welcher er speziell an die Sozialdemokratie die schärfsten Drohungen richtete; in der inneren Politik mache sich ein neuer Terror geltend; es seien Elemente an der Arbeit, die auf die große Volksmasse eine starke Macht ausüben und sie zu einem politischen Streik bringen wollen. Er erkläre schon heute, daß er die ganze Macht und Kraft des Staates diesen Elementen gegenüberstellen und dafür Sorge tragen werde, daß die Arbeitswilligen sowie das Leben und Vermögen der Bürger in Sicherheit seien. Er mache diese Elemente darauf aufmerksam, daß sie die Verantwortung für alles zu tragen hätten und daß er die Schuldigen zu treffen wissen werde.

Heute wird der Reichstag eröffnet. Ein Polizeikordon steht wie früher um das Gebäude und die Opposition ist wieder ausgesperrt. Es findet heute eine formelle Sitzung statt, am Freitag soll wieder eine Sitzung sein, in welcher das Komitee für die Vorberatung der Wahlrechtsvorlage gewählt werden soll. Dann wird der Reichstag bis Ende Februar vertagt.

Die Sozialdemokratie hat dieser Tage eine Flugschrift für den allgemeinen Streik in einer Auflage von einer halben Million herausgegeben. Auch werden kleine Flugschriften verbreitet, in denen dem Volke das neue Wahlrecht richtig dargestellt wird. Der Ministerpräsident hat als Minister des Innern an sämtliche Behörden des Landes eine Verordnung erlassen, laut welcher die Kolportage, d. h. der Einzelverkauf der „Nepszawa" im ganzen Lande verboten wird. Diese Verordnung befindet sich jetzt in den Händen der Provinzstadthauptleute und der Stuhlrichter, die die Verbreitung der „Nepszawa" unmöglich machen sollen. Auf den Eisenbahnstationen warten die Polizisten und wenn der Kolporteur das Paket sozialdemokratische Zeitungen erhält, nehmen sie es ihm einfach weg. — Gerüchtweise verlautet, daß in nächster Zeit der „Nepszawa" auch das Postdebit entzogen wird.

Rußland.

Der Jahrestag der Arbeitermetzelei von 1905.

Petersburg, 22. Januar. (W. T. B.) Der Jahrestag der Arbeiterdemonstration von 1905 wurde heute von einem Teile der Petersburger Arbeiter durch Arbeitseinstellungen begangen. Von 300 000 Arbeitern feierten 50 000. Vereinzelte Versuche, revolutionäre Lieder anzustimmen, wurden durch die Polizei unterdrückt. Sonstige Straßendemonstrationen fanden nicht statt; rote Fahnen wurden nicht sichtbar.

Amerika.

Die Panamakanalfrage.

Washington, 21. Januar. Senator Root sprach im Senat mit Nachdruck für seine Bill, welche die Panamabill dahin abändern will, daß aus der Vorlage die Bestimmung beseitigt wird, durch welche amerikanische Küstenfahrzeuge von der Zahlung der Abgaben befreit werden. Root rekapitulierte die Gründe für Festsetzung gleicher Abgaben für alle. Dann widerlegte er die Behauptungen derjenigen, die darauf bestehen, daß die Kanalzone amerikanischer Besitz sei, mit dem Amerika nach Belieben schalten könne, ohne sich an frühere Verträge kehren zu müssen. Dieses Gebiet ist unser nur als anvertrautes Gut, sagte Root. Wir sicherten uns die Kanalzone nur, weil, wie Roosevelt seinerzeit erklärte, die zivilisierte Welt ein Recht auf die Durchfahrt hat. Um dieses Recht sicherzustellen, machten wir uns zu Mandataren der Zivilisation. Wir sind aber weit entfernt davon, durch den Besitz der Kanalzone unserer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber England ledig zu sein. Wir haben dieses Gebiet als ein Vertrauensgut in Besitz genommen und können unseren Verpflichtungen nicht untreu werden, ohne jenes in uns gesetzte Vertrauen zu täuschen.

Aus Industrie und Handel.

Die Teuerung in England.

Die „Labour Gazette" des Handelsministeriums enthält einen Artikel über die Bewegung der Warenpreise im Jahre 1912, der ein helles Licht auf die Ursachen der „Arbeiterunruhe" wirft, die in diesem Jahre soviel von sich reden machte. Das Jahr 1912 war ein Jahr guten Beschäftigungsgrades und steigender Löhne. „Aber", führt der amtliche Bericht aus, „die Vorteile der guten Beschäftigung und der steigenden Löhne wurden in gewissem Maße beeinträchtigt durch die gestiegenen Kosten vieler Lebensmittel."

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit betrug im Jahre 1912 3,2 Proz. der beobachteten Arbeiter. Das war mit Ausnahme des Jahres 1911, wo die Arbeitslosigkeit 3 Proz. betrug, der niedrigste Prozentsatz im letzten Jahrzehnt. Der höchste wurde im Jahre 1908 erreicht, nämlich 7,8 Proz.

Die Nettozunahme des Arbeitslohnes betrug im Jahre 1912 rund 132 000 Pfund Sterling die Woche, eine Zahl, die seit 1898 nur zweimal übertroffen wurde; sie erstreckte sich auf fast 1¾ Millionen Arbeitern. Arbeitszeitverkürzungen wurden bei rund 170 000 Arbeitern festgestellt und sie betrug im Durchschnitt etwa 2½ Stunden die Woche.

Was aber blieb den Arbeitern von diesen gewiß nicht unbeträchtlichen Vorteilen übrig, wenn man den Schaden abzieht, den sie durch die Teuerung erlitten? Fast alle Warenpreise wiesen im Jahre 1912 eine überaus starke aufsteigende Tendenz auf.

Die Steigerung der Lebenskosten der Arbeiter ergibt sich deutlich aus der Bewegung der Kleinhandelspreise der Nahrungsmittel. Die auf Grund dieser Preise berechnete Indexnummer des Handelsministeriums war im Jahre 1912 um 5,1 Proz. höher als im Vorjahre. Sie ist überhaupt die höchste, seitdem amtliche Statistiken vorliegen. Gegenüber 1911 stiegen die Kleinhandelspreise von sechzehn Nahrungsmitteln, nämlich

Hafermehl	15,2 „	Speck	5,8 Proz.
Marmelade	14,9 „	Butter	4,7 „
Reis	11,2 „	Hammelfleisch	3,9 „
Zucker	10,5 „	Eier	3,3 „
Käse	9,9 „	Rosinen	2,3 „
Brot	9,1 „	Schweinefleisch	1,5 „
Rindfleisch	7,5 „	Kartoffeln	0,9 „
Mehl	5,5 „		

Nur zwei wichtige Nahrungsmittel sanken im Preise, nämlich Korinthen um 11,9 Proz. und Milch um 1 Proz. Unverändert im Preise blieben Tee, Kaffee, Kakao, Fruchtgelee und Sirup.

Es liegt ohne weiteres auf der Hand, daß die Steigerung der Nahrungsmittelpreise die gesamte Arbeiterklasse zu fühlen hatte, während die Lohnerhöhungen nur einem, wenn auch beträchtlichem Teil zugute kamen. Bei einem Teil der Arbeiter werden die Lohnerhöhungen den durch die Teuerung erlittenen Verlust wettgemacht, bei manchen auch mehr als wettgemacht haben. Aber es ist klar, daß die Lebenshaltung großer Massen von Arbeitern beträchtlich hinabgedrückt worden ist. Unter diesen Umständen wird die „Arbeiterunruhe" schwerlich bald zur Ruhe kommen.

Der Abrechnungsverkehr im Londoner Clearinghouse,

der Zentralabrechnungsstelle der Banken Großbritanniens, erreichte im letzten Jahre den Betrag von 15 961 Millionen Pfund = über 326 Milliarden Mark. Der Zuwachs seit 1911 war 1347 Millionen Pfund, eine Zunahme, die nur in den Jahren 1909 und 1905 übertroffen wurde. Durch den Bergarbeiterstreik im März, den Hafenarbeiterstreik im Mai, das ungünstige Erntewetter und den Balkankrieg wurde die Geschäftsentwickelung gehemmt. Trotzdem wies jeder Monat außer März einen stärkeren Umsatz als derselbe Monat 1911 auf. — Das Londoner Clearinghouse wurde 1775 als Privatanstalt begründet, um die Barzahlung im Bankverkehr durch eine Abrechnung zu ersetzen. Ihm gehören jetzt sämtliche Londoner Banken an, seit 1864 auch die Bank von England, die durch Ab- und Zuschreibung auf dem Konto, das jeder der Beteiligten bei ihr hat, die Ausgleichung der Geschäftsergebnisse besorgt. Der Gesamtumsatz des C. H. wird erst seit 1868 festgestellt. Er betrug damals 3425 Millionen Pfund, 1902 war er gleich 10 029 Millionen Pfund. Er hat also in den letzten zehn Jahren um über die Hälfte zugenommen. Daneben bestehen noch 9 Clearinghäuser, wovon 2 in Schottland, 1 in Irland.

Organisationen im Kalisyndikat.

Innerhalb der Kaliindustrie herrscht infolge unzweckmäßiger Bestimmungen eine starke Zunahme von Neuanlagen und eine lebhafte Jagd nach Beteiligungsanteilen. Damit aber die auf das einzelne Werk entfallende Quote nicht zu klein wird, schreiten die Werke zu Fusionen und Interessengemeinschaften. Zu dem gleichen Zwecke haben sich innerhalb des Kalisyndikats auch mehrere lose Organisationen gebildet, die eine gegenseitige Unterstützung bei Auftragsübertragungen und Quotendispositionen bezwecken. Bisher bestanden an solchen Organisationen die „Thüringische Werra-Vereinigung" und die „Werks-Vereinigung". Jetzt hat sich ein „Kaliwerks-Verband" gebildet, der mehrere wichtige Kalikonzerne (Deutsche Kaliwerke, Ronnenberg, Westeregeln) umfaßt. Der neue Verband ist der stärkste, da er heute fast ein Drittel der Gesamtförderung vereinigt.

Der Absatz des Kalisyndikats im Jahre 1912 ist infolge eines starken Rückganges von 5 Millionen Mark im Dezember nur um 14 Millionen Mark höher als im Jahre 1911. An dem Rückgang sind zu einem großen Teil die politischen Wirren schuld.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen behufs Abschluß eines neuen Tarifvertrages für das Baugewerbe

wurden am 21. und 22. Januar unter Leitung der drei Unparteiischen, Herren Dr. Prenner, Rath und v. Schulz, im Reichstagsgebäude fortgesetzt.

Eine Hauptrolle spielte vor allem wiederum die von Arbeitervertretern geforderte Garantieübernahme für eine allgemeine Lohnerhöhung. Die Unternehmer glaubten sowohl diesen Vorschlag, als auch die weniger weitgehende Anregung der Unparteiischen, ihren Mitgliedern eine allgemeine Lohnerhöhung zu empfehlen, ablehnen zu müssen. Nach weiteren Verhandlungen gaben die Unternehmer folgende Erklärung ab:

Wir haben erklärt, daß wir einen Hauptvertrag vereinbaren wollen, der für das gesamte bisherige Vertragsgebiet gilt und daß wir nicht zugeben können, daß Gebiete vertragslos bleiben. Sollten in einzelnen Gebieten Einigungen über die bezirklich zu regelnden Vertragsbestimmungen nicht zustande kommen, so wollen wir unseren Einfluß zum Abschluß von Verträgen in diesen Gebieten geltend machen, nötigenfalls unter Anrufung bezirklicher Schiedsgerichte, jedoch unter der Voraussetzung, daß von Seiten der Zentralorganisation der Arbeiter der gleiche Wille bekundet wird.

Darauf gaben die Arbeitervertreter folgende Erklärung ab: Unsere Stellung zum Vertragsabschluß halten wir durch unsere Erklärung in München für gegeben. Sie läßt keinen Zweifel daran, daß wir zum Abschluß eines Vertrages im bisherigen Umfange bereit sind. Wir bedauern aufs tiefste, daß sich der Arbeitgeberbund trotz der außerordentlich drückenden Teuerung weigert, die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung anzuerkennen und bei seinen Unterverbänden zu befürworten. Die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten müssen wir dem Arbeitgeberbund allein überlassen. Die Frage bezirklicher Schiedsgerichte zur endgültigen Schlichtung etwa verbleibender örtlicher Streitfragen anzurufen, ist für uns infolge der Stellung des Arbeitgeberbundes in der Lohnfrage undiskutabel. Um jedoch unsere Friedensliebe zu bekunden, sind wir bereit, die für den Abschluß neuer Verträge hauptsächlich in Betracht kommenden Fragen, wie z. B. Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, Akkordarbeit usw. zu besprechen und überlassen es den Herren Unparteiischen, die Reihenfolge dieser Gegenstände zu bestimmen. Wir erklären jedoch, daß eine endgültige Annahme des Vertragsmusters und des Hauptvertrags erst dann erfolgen kann, wenn in allen örtlichen Fragen ein Einverständnis erzielt worden ist.

Die Arbeitgeber zogen sich hierauf zu einer weiteren Beratung zurück und erklärten dann folgendes: Ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Vertrages im bisherigen Umfange deckt sich mit unserer bereits in München abgegebenen Erklärung; die Weigerung einer allgemeinen Lohnerhöhung im ganzen Reich zu befürworten, beruht auf der Ueberzeugung, daß das nicht zu bestreitende Daniederliegen des Baugewerbes, verschärft durch den ungünstigen Geld- und Hypothekenmarkt, solche Maßregeln nicht zuläßt, ganz abgesehen davon, daß einzelne Lohngebiete durch den Dresdener Schiedsspruch vom Jahre 1910 bereits übermäßig belastet sind. Ueberdies ist die Festsetzung des Lohnes eine den Bezirks- und Ortsverbänden zuständige Angelegenheit. Zur Beseitigung der hieraus sich ergebenden Streitpunkte haben wir die Bezirksschiedsgerichte in Vorschlag gebracht. Wir sind damit einverstanden, daß nunmehr in die Beratung des Vertrages, und zwar in der von den Herren Unparteiischen bestimmten Reihenfolge eingetreten wird. Das deckt sich mit unserer Auffassung, daß die endgültige Annahme des Vertrages erst nach Erledigung der bezirklichen bezw. örtlichen Verhandlungen erfolgt.

Auf Grund dieser Erklärung wurde sodann die Arbeitszeit verhandelt. Nach § 1 des bisherigen Hauptvertrags soll eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden in allen Vertragsgebieten nicht eintreten. Es darf jedoch für einzelne Orte und wirtschaftlich zusammengehörige oder gleichartige Gebiete, in denen die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt und besonders schwierige Verhältnisse namentlich in Wohnungs- und Verkehrsgelegenheiten vorliegen, über eine mäßige und allmähliche Herabsetzung der Arbeitszeit örtlich verhandelt werden. Die Unternehmer erklären sich mit der Beibehaltung des bisherigen Zustandes einverstanden, während die Arbeitervertreter sich die Freiheit vorbehalten, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in weiterem Umfange hinzuwirken.

Ferner wurde über die Akkordarbeit verhandelt. Da die Unternehmer die bisherige Fassung des Hauptvertrags beibehalten wissen wollten, lehnten die Zimmerer für ihr Gewerbe jegliche Zulassung von Akkordarbeit ab. Die Bauarbeiterverbände erklärten jedoch, daß für ihr Gewerbe Akkordarbeit im bisherigen Bestand zugelassen werden soll, unter der Voraussetzung, daß zwischen den örtlichen Organisationen Akkordtarife abgeschlossen und außerdem in den einzelnen Akkorden der Stundenlohn garantiert wird.

Bezüglich der Frage des Arbeitsnachweises lehnten die Unternehmer jegliche Regelung im Tarifvertrag ab, während die Arbeitervertreter im Prinzip eine tarifliche Festlegung eines paritätischen Arbeitsnachweises verlangten. Jedenfalls könnten einseitige Arbeitsnachweise niemals unter dem Schutz des Tarifvertrages stehen.

Schließlich wiederholten die Unternehmer ihre Anträge auf Einbeziehung der Metallarbeiter in den Tarifvertrag. Die Arbeitervertreter erklärten, sich hierzu nicht äußern zu können. Angesichts der vorgeschrittenen Zeit und der Behinderung einer Reihe von Mitgliedern mußten abends 7 Uhr die Verhandlungen abgebrochen werden. — Die Unparteiischen machten im Interesse der weiteren Fortführung folgende Vorschläge:

1. Es wird der 24. Februar zur weiteren Verhandlung in Aussicht genommen.

2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, bis 15. Februar ihre Anträge zum Hauptvertrage und zum Vertragsmuster jedem Unparteiischen ausschließlich zu dessen persönlicher Kenntnisnahme einzureichen.

3. Am 24. Februar soll in Verfolg der eingereichten Anträge über den Hauptvertrag und das Vertragsmuster beraten und hierüber tunlichst eine Einigung erstrebt werden. Zugleich soll über die Zubilligung einer Lohnerhöhung verhandelt werden. Zur Schaffung einer geeigneten Grundlage für diese Verhandlungen wird dem Arbeitgeberbund nahegelegt, nach erneuter Fühlungnahme mit seinen Mitgliedern inzwischen in eine nochmalige Prüfung dieser Frage einzutreten.

4. Nach Erledigung dieser Fragen haben die örtlichen bezw. Bezirksverbände über die im Vertragsmuster offen gelassenen Punkte zu verhandeln und ernstlich eine Einigung zu erstreben.

Nach kurzer Beratung erklärten sich beide Parteien damit einverstanden.

Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, über dessen Gründung wir seinerzeit im „Vorwärts" berichteten, hielt am 20. Januar in Berlin eine Ausschußsitzung ab. Darüber versendet der Reichsbund folgende Notiz:

„Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, dem jetzt neun große Arbeitgeber-Zentralverbände des gesamten Baugewerbes angehören, hielt am 20. Januar in Berlin eine Ausschußsitzung ab. Die Vorsitzenden des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe erstatteten Bericht über die im Laufe der letzten Wochen stattgefundenen Tarierneuerungs-Verhandlungen. Es wurde für den Fall, daß eine friedliche Verlängerung der demnächst ablaufenden Tarifverträge an den hohen, mit der außerordentlich schlechten Konjunktur im Baugewerbe nicht zu vereinbarenden Forderungen der Arbeiterführer scheitern sollte, beschlossen, daß die Mitglieder der dem Reichsbunde angehörenden Verbände sich gegenseitig während etwaiger Streiks unterstützen, insbesondere auch durch Verlängerung der Lieferungsfristen."

Ferner giebt der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, wie vor kurzem angekündigt, Anfang Februar eine Broschüre heraus, enthaltend statistische Zusammenstellungen über die in den einzelnen Berufen bestehenden Tarifverträge, zweitens über die in den Jahren 1909—1912 gezahlten Stundenlöhne und drittens „Nachweise über die Preisbewegung der wichtigsten Lebensmittel, Brenn- und Beleuchtungsmaterialien und Wohnungsmieten für Kleinwohnungen in den Jahren 1909—1912 in den größeren deutschen Städten."

Hier wird der Reichsbund vermutlich den Nachweis zu liefern versuchen, daß es den Arbeitern schon gut genug geht und so deshalb an eine Lohnerhöhung gar nicht zu denken ist.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Partei- und Gewerkschaftsmitglieder!

Die Branche der Fahrstuhlführer und Portiers hat zum Ausweis der Zugehörigkeit zur Organisation Kontrollkarten ausgegeben. Diese Karten sind von brauner Farbe. Wir ersuchen die Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen, recht rege nach der Kontrollkarte zu fragen.

Wir bemerken hierbei, daß die unter dem Namen „Deutscher Portierverband" bestehende Vereinigung keine Organisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung ist. Es handelt sich vielmehr um eine in allen Regenbogenfarben schillernde Vereinigung, die mit den Arbeitgebern liebäugelt, und die unwissenden Proletarier mit ihrer Fahrstuhlführerschule Geld aus der Tasche zieht, ohne daß diese dafür nur das allernotwendigste lernen.

Desgleichen warnen wir auch jeden Gewerkschafts- und Parteigenossen vor den Fahrstuhlführerschulen überhaupt. Es sind meist Schwindelinstitute, die auf die Dummheit derjenigen rechnen, die diesen ohnehin schon nicht gut bezahlten Beruf ergreifen wollen, und die im übrigen gar nicht in der Lage sind, eine gute Ausbildung zu verbürgen. Eine staatliche Fahrstuhlführerschule besteht leider noch nicht.

Wir ersuchen die Parteigenossen, soweit sie mit Fahrstuhlführern und Portiers zusammenkommen, sie auf die in Frage kommende Organisation Deutscher Transportarbeiterverband hinzuweisen.

Die Branchenleitung der Fahrstuhlführer und Portiers des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Ueber die Kellneraussperrung im Café Woerz am Nollendorfplatz (Neues Schauspielhaus) wird uns berichtet, daß die Unternehmer bereits zu der Einsicht gekommen sind, einen ganz bösen Tausch durch den ohne Anlaß vorgenommenen Wechsel der Kellner gemacht zu haben. Die täglichen Beschwerden der Gäste über mangelhafte Bedienung seitens der neu angeworbenen „gelben Garde" haben schon überhand genommen und zu stürmischen Auftritten geführt, bei denen die Wiedereinstellung der Ausgesperrten dringend gefordert wurde.

Diese Anläße mögen dazu geführt haben, daß die Unternehmer Zeichen außerordentlicher Nervosität zu erkennen geben. So darf z. B. in der Gegend des Café Woerz kein Mensch mit einer offenen Zeitung, oder mit einem Flugblatt, welches die Aussperrung den Gästen bekannt gibt, vorüberkommen. Sofort läuft er Gefahr, auf Veranlassung der Herren Inhaber durch die hilfsbereite Polizei, die sich übrigens auch in Zivil im Lokal aufhält, festgestellt zu werden. Die Furcht der Unternehmer vor der Aufklärung der grundlosen Aussperrung geht soweit, daß an jedem Abend Dutzende von fremden unbeteiligten Gästen wegen Verdachts der Beteiligung am Flugblattverteilen (die auch zeitweilig innerhalb des Betriebes stattfindet), einfach vor die Türe gesetzt werden. Dieses neue eigenartige Verfahren zur Hebung der Frequenz des Lokals scheint nicht einmal das richtige Verständnis bei den Hinausgeworfenen zu finden. Nach derartigen Vorfällen sieht man, wie infolge solcher Vorkommnisse andere Gäste gruppenweise das gastliche Haus erregt verlassen. Immer wieder ertönt der Ruf nach den eingearbeiteten Kellnern, so daß diese den kommenden Ereignissen in aller Ruhe entgegensehen.

Herr Bauunternehmer Willy Morgenroth, Charlottenburg, Königin-Luisestr. 14, dessen Bau Greifswalder Straße 152 durch die Verbandsleitung der Töpfer gesperrt worden ist, weil dort Mitglieder des Töpferverbandes einen Lohnausfall von zirka 800 M. gehabt hatten, sendet uns durch einen Rechtsanwalt unter gleichzeitiger Androhung einer Schadenersatzklage folgende vorgebliche Berichtigung:

„Der gegen mich in der Nr. 15 des „Vorwärts" erhobene Vorwurf, ich wolle mich um die Bezahlung der Löhne für die auf meinem Neubau Greifswalder Straße 152 herzustellenden Töpferarbeiten drücken, entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Ich habe niemals den Töpfer Julius Sens in Schöneberg als Töpfermeister „vorgeschoben". Ich habe vielmehr mit dem Töpfermeister Julius Sens einen festen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser die Töpferarbeiten für mich herzustellen verpflichtet war. Sens hatte die Töpfergesellen anzustellen. Ich selbst habe mit den Töpfergesellen überhaupt nichts zu tun und stehe zu ihnen in gar keinen vertraglichen Beziehungen. Lohnansprüche haben die Töpfergesellen nicht gegen mich, sondern nur gegen Sens. Ich selbst bin niemals einem der Töpfer Lohn schuldig gewesen oder schuldig geblieben."

Inzwischen ist ja Herr Morgenroth über seine Verpflichtungen den Töpfern gegenüber von dem Gewerbegericht in Charlottenburg eines anderen belehrt worden. Dieses hat in den letzten Tagen entschieden, daß der Vertrag mit dem angeblichen Töpfermeister Julius Sens ein Scheinvertrag sei und als Arbeitgeber nur Herr Willy Morgenroth in Charlottenburg, Königin-Luisestr. 14, zu gelten habe. Derselbe ist deshalb auch rechtskräftig verurteilt worden. Dem Vertreter des Herrn Morgenroth ist davon bereits Mitteilung gemacht. Der angebliche Töpfermeister Julius Sens war bis vor kurzem Geselle und Mitglied des Zentralverbandes der Töpfer. Wegen restierender Beiträge mußte er aus der Mitgliedsliste gestrichen werden. Das Werkzeug, das er besitzt, ist geborgt. Der Zwangsinnung gehört er ebenfalls nicht an.

Welcher Art die Verhältnisse auf dem Bau sind, mag die Tatsache illustrieren, daß Herr Töpfermeister Wilhelm Kundt, dem die betreffenden Arbeiten schon übertragen waren, dieselben ablehnte, weil ihm nicht genügend Sicherheit geboten wurde.

Der Zentralverband der Töpfer erfüllte einfach ein Gebot der Pflicht, wenn er seine Mitglieder davor warnte, auf einem Bau Arbeit anzunehmen, wo sie — gleichgültig von wem — um ihren schwerverdienten Lohn geprellt werden. Glaubt Herr Morgenroth irgendwie Schadenersatzansprüche geltend machen zu müssen, dann wende er sich an seinen Kontrahenten Julius Sens. War er unvorsichtig in der Auswahl seiner Lieferanten und Handwerker, so kann er den Arbeitern nicht verdenken, daß sie desto vorsichtiger sind. Hatte Herr Morgenroth aber ein Interesse daran, seine Arbeiten an zahlungsunfähige Zwischenpersonen zu vergeben, so darf er es den Arbeitern nicht verübeln, daß sie dieses Interesse nicht mit ihm gemeinsam haben.

Deutsches Reich.

Zur christlichen Streikbrechervermittelung in Menden i. W.

Die Hauptverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes versendet einen Artikel, den die Zentrumspresse eifrig druckt und in dem bestritten wird, daß der christliche Metallarbeiterverband Arbeitswillige vermittelt habe. Es heißt darin u. a. wörtlich:

„Es gilt bei der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes als selbstverständlich, daß die Leute (aus Menden? D. Red.) nur dort Arbeit aufsuchen, wo keine Differenzen oder Lohnkämpfe vorliegen. Sollte irgendein Mitglied Arbeit in einem bestreikten Betriebe annehmen und die Leitung des Verbandes erhält Kenntnis davon, so wird sie ihren Einfluß geltend machen und das Mitglied zum Aufgeben der Arbeit auffordern."

Soweit die Hauptverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Worte in dem Artikel sind wohl recht gut gesetzt, nur reden die Tatsachen eine ganz andere Sprache. Erst vor einigen Tagen konnten wir ein Schriftstück abdrucken, in dem ein wider seinen Willen als Arbeitswilliger nach Stuttgart geschleppter christlicher Metallarbeiter bescheinigte, daß ihm vom christlichen Metallarbeiterverband Arbeit in der „Sanitaria" in Stuttgart-Ludwigsluft nachgewiesen worden sei. Heute liegt diese weitere Erklärung vor:

„Der Unterzeichnete, Anton Weber, geb. zu Neheim, erklärt, daß er vom christlichen Metallarbeiterverband, Verw. Menden, mit noch 14 anderen Kollegen nach Stuttgart gesandt wurde, um dort bei der Firma „Sanitaria" in Arbeit zu treten. Als wir in Stuttgart ankamen, war der Betrieb mit Arbeitswilligen bereits besetzt, resp. brauchte man uns nicht mehr, da vom christlichen Metallarbeiterverband bereits vorher ein Trupp Mitglieder von Menden nach Stuttgart gesandt worden war. Wir wußten alle nicht, daß bei der Firma „Sanitaria" gestreikt wurde, da die Verbandsleitung in Menden uns nichts davon gesagt hatte.

Anton Weber,
Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Um nun zu verhindern, daß der christliche Metallarbeiterverband wieder behauptet, die Leute seien nicht von der Organisationsleitung hingeschickt worden, geben wir nachstehend einen Ueberweisungsschein im Wortlaut wieder:

„Christlich-Sozialer Metallarbeiterverband Deutschland,
Zentrale Duisburg.

Das Verbandsmitglied Anton Weber wird von der Ortsgruppe Menden nach der Ortsgruppe Stuttgart überwiesen. Es wird dem Mitgliede hiermit bestätigt, daß es seinen Verpflichtungen gegen den Verband nachgekommen und die Beiträge bis zum 31. Dezember 1912 richtig bezahlt hat.

Menden, 28. Dezember 1912. Der Vorstand Josef Rosier."

Daß der christliche Metallarbeiterverband bemüht war, in Stuttgart recht viel Arbeitswillige bereit zu halten, beweist die Tatsache, daß er dem Weber, den er nach Stuttgart geschleppt hatte, nicht einmal das Reisegeld für die Rückfahrt gab. Man zahlte dem Manne auf dem Stuttgarter christlichen Verbandsbureau ganze zwei Mark aus, so daß er den Weg von Stuttgart nach Menden i. W. zu Fuß zurücklegen mußte.

Jetzt hilft den Christenführern kein Abstreiten mehr. Ihre Mitglieder beweisen ihnen, daß sie Streikbrecherlieferanten sind.

In Menden sind die christlichen Gewerkschaftsführer und die Zentrumsredakteure eifrig bemüht, den Ausgesperrten die sozialdemokratische Presse zu verekeln, jedoch ohne Erfolg. Jede Nummer unseres Lüdenscheider Parteiblattes, die dort in Massen verbreitet wird, und die Mendener Arbeiter über das Treiben ihrer Führer informiert, wird freundlich aufgenommen. Der Arbeiterverrat der christlichen Führer liegt ja auch offen zu Tage, daß er von jedem erkannt werden muß.

Ausland.

Neuer Streik in den Marmorwerken von Carrara.

Alle Arbeiter der Marmorbrüche von Carrara, rund 9000 an der Zahl, sind in den Ausstand getreten, um endlich eine Lösung der Frage der Alterspensionen zu erzwingen. Ihr vorjähriger siegreicher Streik hatte ihnen diese Pensionen schon errungen, aber die Unternehmer haben seitdem fast nichts zur Verwirklichung der Sache getan und haben sich außerdem in einen Konflikt mit der Aktiengesellschaft verwickelt, die die Marmorbahn betreibt. Diese Bahn hatte sich erboten, bei Verlängerung ihrer Konzession auf weitere 62 Jahre und Erhöhung des Transportpreises um 0,75 Lire pro Tonne Marmor, alle Lasten, die den Unternehmern aus der Altersversicherung erwüchsen, selbst zu tragen; die Unternehmer wollten aber von einer Erhöhung der Tarife nichts wissen und suchten sich durch Beschaffung eigener Lastautomobile von der Bahn unabhängig zu machen. Die Folge dieses Konflikts war stets wachsende Arbeitslosigkeit der Transportarbeiter. Um der Verlängerung einer unerträglichen Situation vorzubeugen und endlich die Pensionsfrage zu erledigen, hat die Arbeiterkammer den allgemeinen Ausstand proklamiert, der auf der ganzen Linie mit großer Solidarität durchgeführt worden ist.

Letzte Nachrichten.

Die Sitzung des Großen Rates.

Konstantinopel, 22. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Vor der Eröffnung der Ratgebenden Versammlung empfing der Sultan die Prinzen Fahreddin und Abdul Medjid und hierauf in deren Gegenwart den Großwesir und den Scheich ül Islam. Die Prinzen wohnten in ihrem an den Verhandlungssaal anstoßenden Salon den Beratungen bei. Der Großwesir erklärte die Verhandlungen im Namen des Sultans für eröffnet. Sodann verlas der Generalsekretär des Ministerrates die Kollektivnote der Botschafter in türkischer Uebersetzung, worauf der Kriegsminister ein Bild der Lage der Armee entwarf. Ihm folgte der Finanzminister mit einer ausführlichen Darstellung der finanziellen Lage. Sodann verlas im Namen des Ministers des Aeußeren, der durch eine Erkältung an der Teilnahme verhindert war, der Generalsekretär des Ministerrats ein Exposé über die äußere Lage. Daran schloß sich sofort eine Erörterung, die einen lebhaften Verlauf nahm. Sämtliche Redner, mit Ausnahme eines einzigen, billigten den Standpunkt der Regierung. Die Versammlung nahm die von der Regierung gegebenen Erklärungen zur Kenntnis und sprach sich für die Annahme der Kollektivnote aus. Die Regierung wird den Mächten antworten, daß sie ihre Ratschläge annehme und, von ihrem guten Willen überzeugt, die Versicherungen, die türkische Regierung finanziell zu unterstützen und für die dem türkischen Reiche verbleibenden Gebiete einzustehen, Kenntnis nehme.

Die Aufnahme des Beschlusses.

Konstantinopel, 22. Januar. (W. T. B.) Die Nachricht von dem Beschluß des Pfortenrates, die abends in der Stadt bekannt wurde, machte großen Eindruck und wurde selbst von dem türkischen Publikum mit Befriedigung aufgenommen. Die Anwesenheit des Prinzen Said Halim, des Generalsekretärs des jungtürkischen Komitees, wurde dahin gedeutet, daß sich das Komitee durch ihn habe vertreten lassen.

Vom Schicksal schwer heimgesucht.

Düsseldorf, 28. Januar. (P. C.) Von einem schweren Schicksalsschlag wurde die Familie des Rangierers Hermann Anklau heimgesucht. Anklau verunglückte auf dem Rangierbahnhof Düsseldorf-Derendorf tödlich. Als man seiner Frau die Hiobspost überbrachte, wurde sie wahnsinnig und mußte in die Irrenanstalt Gräfenberg übergeführt werden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

95. Sitzung. Mittwoch, den 22. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Siebenter Tag.

Zunächst wird über 53 zum vorjährigen Etat des Reichsamts des Innern beantragte und damals zurückgestellte Resolutionen abgestimmt.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution, die den Achtstundentag für die im Handels-, Industrie- und Verkehrswesen beschäftigten Personen fordert.

Angenommen werden — meist gegen die Stimmen der Konservativen — alle Resolutionen, die den Ausbau des Koalitionsrechts und des Arbeitsrechts verlangen.

Angenommen werden ferner die Resolutionen, die ein Reichsberggesetz verlangen, ebenso die sozialdemokratische Resolution, in der für die technischen Angestellten und Bureauangestellten ähnliche soziale Schutzbestimmungen verlangt werden wie für die Handelsangestellten.

Angenommen wird auch die sozialdemokratische Resolution, in der das Koalitionsrecht der Landarbeiter gefordert wird.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der Gesindeordnungen.

Eine Resolution auf Abänderung des § 100q entsprechend den Wünschen der Handwerker wird angenommen, desgleichen eine Resolution, welche die Bekämpfung der Animierkneipen verlangt.

Bei der Abstimmung über eine Resolution Brandys (Pole), welche von der Regierung Beihilfen an Private zu Versuchen mit künstlicher Bewässerung (künstlichem Regen) verlangt, stellt das Präsidium unter stürmischer Heiterkeit fest, daß das Resultat der Abstimmung zweifelhaft sei und daher Hammelsprung erfolgen müsse. Lebhafte Heiterkeit herrscht auf den Tribünen, als Abg. v. Kröcher (kons.) schließlich als Letzter der Abgeordneten schlafend auf seinem Platze bleibt, und erst bei dem lauten Gelächter überrascht den Saal verläßt.

Die Resolution wird mit 171 gegen 153 Stimmen angenommen; für sie stimmen die Konservativen, Polen und Sozialdemokraten; gegen sie das Zentrum, die Nationalliberalen, die Volkspartei und die Reichspartei.

Es folgt dann die Abstimmung über die in diesem Jahre zum Titel „Staatssekretär“ vorliegenden Resolutionen. Abgelehnt werden einige Resolutionen der Wirtschaftlichen Vereinigung, resp. Antisemiten, die völkische Wünsche enthalten. Eine Resolution Dr. Werner (Ant.), die das gesetzliche Verbot der Naturverschandelung durch Plakate und Bretterreklame fordert, wird mit den Stimmen von Abgeordneten aus allen Parteien angenommen.

Von einer Resolution Dr. Werner (Ant.), die 15 Gesetze zum Schutze des gewerbetreibenden Mittelstandes verlangt, werden nur einige Teile angenommen, z. B. soweit die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, der Fachschulen und der Handwerkskammer unter Abgrenzung von Fabrik und Handwerk verlangt wird, ferner besondere Wahrung der Forderungen des Handwerkes in der Konkursordnung, Errichtung eines Reichsamts zur Beaufsichtigung der Syndikate, Kartelle und ähnlichen Vereinigungen, Bekämpfung des versteckten Warenhandels, Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte, Regelung des Submissionswesens bei Vergebung von Arbeiten für den Reichsbedarf, weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit, Fernhaltung ausländischer Hausierer usw.

Schließlich wird namentlich abgestimmt über die konservative Resolution.

Die Regierung zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Streikpostenstehen verboten wird.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Resolution mit 282 gegen 52 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Mit der Mehrheit stimmt auch der Abg. Graf Posadowsky.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel 7 Titel „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ fortgesetzt.

Abg. Schulz (Soz.):

Es ist beinahe Tradition geworden, daß bei diesem Titel der Zentralstelle für Volkswohlfahrt von bürgerlicher Seite einige Worte des Lobes gesagt werden. Nur Herr Gamp hat sich zuletzt etwas unwirsch erkundigt, wofür denn eigentlich diese Gelder ausgegeben würden, und hat die Notwendigkeit der Zentrale überhaupt in Frage gestellt. Das mußte etwas wunder nehmen, weil es ein Fraktionsgenosse des Herrn Gamp, der inzwischen verstorbene Graf Douglas war, der im gewissen Sinne der intellektuelle Urheber dieser Zentralstelle gewesen ist. Dieser Angriff des Freiherrn v. Gamp fiel zeitlich ungefähr zusammen mit den bekannten Angriffen des inzwischen verstorbenen Scharfmachers Dr. Alexander Tille gegen die Zentralstelle. Die Zentralstelle berichtet, daß sie seit jenen Angriffen einen erheblichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen habe. Wir Sozialdemokraten sind auch keine Lobredner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt; aber wir stehen doch nicht da, wo die Herren Gamp und Tille stehen. Sie fürchten die

Vergiftung der Regierung

durch den sogenannten Kathedersozialismus oder, wie er neuerdings heißt, Klassenmoralismus. Wir sehen umgekehrt in der Zentrale ein wertvolles Hilfsorgan der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daher haben wir gar keinen Anlaß, der Zentralstelle eine Reichsunterstützung zu bewilligen. Der Name „Zentralstelle zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“ ist nicht gerade bescheiden, zu diesem Zwecke wurde bekanntlich seinerzeit das Deutsche Reich gegründet. Aber ich will gern die bescheidenere Auslegung des Namens zugrundelegen, die die Zentralstelle selbst für sich in Anspruch nimmt: Volkswohlfahrt sei eine freie Tätigkeit, die zu einer sozialen Besserung führe, welche durch bloße Rechtswirkung nicht erreicht werden könne. Ist denn die Zentralstelle frei in diesem Sinne? Sie ist zwar keine Staatseinrichtung von Amts wegen, aber doch eine staatliche Einrichtung auf Umwegen, die Regierungen haben innerhalb der Zentralstelle gerade so viel Einfluß wie sie brauchen, um alles durchzusetzen, was sie wollen, und alles zu verhindern, was ihnen nicht paßt, und haben andererseits so wenig Verantwortung, daß sie in kritischen Fällen den Kopf jederzeit aus der Schlinge ziehen können.

Die wirklich freie Tätigkeit zur sozialen Besserung wird ausgeübt von den Arbeitergewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei. Gerade diese beiden Faktoren für wirkliche Volkswohlfahrt sind aber in der Zentralstelle nicht vertreten, sondern werden von ihr bekämpft. Ich gebe zu, daß diese Bekämpfung nicht offen und nicht mit plumpen Mitteln vorgenommen wird, es ist ein Kampf mit geistigen Waffen, die Zentralstelle bringt Argumente für ihre Anschauungen vor. Sie hat auch eine ganze Reihe von wertvollen wissenschaftlichen Publikationen herausgegeben, die auch von uns für einschlägige Arbeiten gern benutzt werden. Uns ist selbstverständlich ein Gegner lieber, der uns mit geistigen Waffen bekämpft, als ein plumper Scharfmacher, möge er nun im Tone polizeilicher Unfehlbarkeit zum Volke reden oder seine Scharfmacherei einwickeln in süßliche Wirgeleien. Aber die Sozialistenbekämpfung wird nicht zur Volkswohlfahrt, wenn sie sich auch noch so akademisch gebärdet. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie geht aus allen Publikationen sowie aus der praktischen Tätigkeit der Zentralstelle hervor. Selbstverständlich bestreiten wir der Zentralstelle nicht das Recht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, andere sozialpolitische Anschauungen zu verfechten als wir. Wir selbst machen ja von dem Recht, uns entgegenstehende Ansichten zu bekämpfen, ausgiebigen Gebrauch, und es stände uns daher schlecht an, wenn wir dasselbe anderen Leuten wehren wollten. Wogegen wir protestieren, ist die Subventionierung irgend welcher politischen Betätigung aus Staats- oder Reichsmitteln. Die Reichseinnahmen werden aus den Steuergroschen der Gesamtheit aufgebracht, in erster Linie aus indirekten Steuern. Es wäre eine gute Aufgabe für die Zentralstelle, nachzuweisen, wie sehr die Volkswohlfahrt durch das System der indirekten Steuern geschädigt wird. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man kann von uns als den Vertretern von 4¼ Millionen deutschen Steuerzahlern nicht die Bewilligung von Mitteln verlangen, die dazu dienen sollen, uns zu bekämpfen.

Ich will heute nur einen Zweig der Tätigkeit dieser Zentralstelle kennzeichnen, der neuerdings besonders im Vordergrunde steht und bei dem ihre politischen Tendenzen besonders kraß zum Ausdruck kommen, das ist

die sogenannte Jugendpflege.

Ich will nicht bestreiten, daß sich die Zentralstelle in früheren Jahren mit den Problemen der Jugendpflege und Fürsorge beschäftigt, daß sie manche Frage in die öffentliche Diskussion geworfen und auch Material dazu geliefert hat. Ihre Veröffentlichung kann jeder mit Interesse lesen, der sich überhaupt für das Problem der Jugendpflege interessiert. Aber dies Material ist jahrzehntelang unbeachtet geblieben. Anders wurde es erst, als die Arbeiter die Jugendbewegung in die Hand nahmen. Das war der Arbeiterbewegung früher nicht möglich, da sie unter dem Ausnahmegesetz und seinen Nachwehen, der Zuchthausvorlage usw., die Hände nicht frei hatte. Also als die Sozialdemokratie das Problem der Jugendfürsorge aufgriff, da erkannten die Gegner der Arbeiterbewegung, wie wichtig für die geistige Verfassung der späteren Erwachsenen eine rechtzeitige und gewissenhafte Pflege der Jugendlichen nach der Schulentlassung sei. Es ging nun sehr schnell mit der bürgerlichen Jugendpflege. Kaum ein Jahr hat es gedauert, und heute kennen Minister und Geheimräte, Regierungspräsidenten und Landräte kaum noch eine wichtigere Aufgabe als die Jugendpflege, und die Stadtverwaltungen werden mit diesbezüglichen Verfügungen und Verordnungen derartig bombardiert, daß sie oft nicht mehr aus noch ein wissen. Der „Reichsbote“ gibt die Gründe für dies plötzliche Interesse an, indem er sagt: „Die eigentliche Triebfeder der mit so großen Mitteln ins Werk gesetzten modernen staatlichen Jugendpflege ist nichts anderes als die Angst vor den Folgen der sozialdemokratischen Hetze“. Setzen wir statt dessen die Angst vor der Sozialdemokratie, so können wir das vollkommen unterstreichen. Bei dieser

Sammlung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie

steht nun die Zentralstelle für Volkswohlfahrt an der Spitze, ihr Werk ist gerade die Zusammenfassung aller bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen, die Schaffung der sogenannten interkonfessionellen Jugendbewegung. Von welchen Beweggründen sie sich dabei hat leiten lassen, beweisen z. B. folgende Ausführungen im Heft 3 ihrer Flugschriften „Fürsorge für die schulentlassene ländliche Jugend“, verfaßt von einem der ersten Dezernenten der Zentralstelle für dieses Gebiet. Es heißt da:

„Mit Sorge muß es auch erfüllen, zu sehen, mit welchem Eifer die Sozialdemokratie sich bemüht, die Jugend in ihre Vereine zu ziehen. Es wird von den Sozialdemokraten offen zugegeben, daß hier die Jugend für den späteren politischen Parteikampf geschult werden soll. Neuerdings ist ja dem politischen Treiben der sozialdemokratischen Jugendvereine ein Riegel vorgeschoben, aber im geheimen geht die Wühlarbeit weiter. Bei der großen Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, mit der von der Sozialdemokratie der parteipolitische Kampf geführt wird, wird schon in der Jugend jenes Mißtrauen und jene Haßstimmung erzeugt, die es zu keiner harmonischen Entfaltung der Gaben und Kräfte des Gemütes und Charakters kommen läßt.“

Soviel Sätze, soviel Unrichtigkeiten. Der Verfasser muß es zunächst als Sachverständiger wissen, daß als er dies im Jahre 1910 schrieb, durch den berüchtigten Jugendparagraphen des Reichsvereinsgesetzes bereits allen proletarischen Jugendvereinen das Lebenslicht ausgeblasen war. Er scheint sich noch besonders darüber zu freuen, und fügt außerdem noch das niedliche Denunziationchen hinzu, daß im geheimen die Wühlarbeit weiter gehe. Wenn er weiter behauptet, daß die Jugendbewegung von der Sozialdemokratie benutzt werden solle, um aus den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen gleichsam Sozialdemokraten en miniature zu machen, so ist das ein großer Irrtum. Vor diesem pädagogischen Mißgriff muß uns schon das böse Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung warnen. Kommt doch die Jungdeutschlandbewegung auf nichts anderes hinaus, als durch die Nachäffereien militärischer Exerzitien möglichst schon die Schulkinder zu kleinen Soldaten zu machen. Wir wollen nur dafür sorgen, daß in der Jugend alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten erschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Soziald.) Ebensowenig wünschen wir eine politische Jugendwehr. „Politisch Lied, ein garstig Lied“, sagen wir gewiß nicht. Wohl aber gehört zur Politik die robuste Natur eines Erwachsenen. Wir Sozialisten wollen den Kindern die Natürlichkeit der Jugend erhalten. Das Erwachen der politischen Erkenntnis läßt sich ja gewiß nicht festlegen, das Reichsvereinsgesetz will dieses Erwachen mit dem 18. Jahre festlegen, bei manchen erwacht die politische Erkenntnis weit früher, bei anderen weit später, mancher gelangt nie dazu. (Heiterkeit.) Bei den Arbeiterkindern erwacht sie im allgemeinen deshalb früher, weil in den Arbeiterfamilien man sich mehr um das öffentliche Leben kümmert, und vor allem weil die Arbeiterkinder schon mit dem 14. und 15. Lebensjahre in den Lebenskampf hinausgestoßen werden. In den Versammlungen der Arbeiterjugend wird keine Politik getrieben, sondern wissenschaftliche, litterarische, künstlerische Vorträge werden gehalten; gelegentlich spricht man natürlich auch über Politik, aber in unpolitischer Weise. Das ist natürlich möglich, sonst würde ja jeder Schullehrer, der über die politischen Gründe Friedrichs II. zum Schlesischen Kriege redet, Politik treiben. Um so mehr müssen wir uns gegen die Schikanen wenden, mit denen unsere Jugendbewegung verfolgt wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt trägt einen großen Teil der Verantwortung für den Kampf der Behörden gegen unsere Jugendbewegung; denn sie steht an der Spitze der bürgerlichen Jugendbewegung, die ungehindert Politik treibt. Oder ist es etwa keine Politik, wenn die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden, wenn der Jungdeutschlandbund geradezu

systematisch die Kriegsverherrlichung treibt.

Der Generalgewaltige des Bundes, Feldmarschall v. d. Goltz,

Kleines Feuilleton.

Von der Schlüsselburg zur Akademie. Die ehemaligen Sträflinge der russischen Bastille, der Festung Schlüsselburg, die nach dem Oktobermanifest im Winter 1905 freigelassen wurden, haben schon mehrfach gezeigt, welche Summe von Talent in jenem fürchterlichsten aller Kerker begraben und teilweise gänzlich vernichtet ward. Denn trotz der langjährigen Qualen, die sie hinter sich haben, verfügen die Schlüsselburger, die lebend und nicht geistesumnachtet zur Menschheit zurückgekehrt sind, über eine erstaunliche Produktionskraft und Elastizität. Bekannt ist der trotz seiner 26 Kerkerjahre noch frische Marxübersetzer Lopatin, ferner Wera Fiegner, die noch jetzt rührende Essays veröffentlicht, der populäre Astronom und Dichter Morosow — von dessen Werken neuerdings eines auch ins Deutsche übertragen wurde —, der vor zwei Jahren verstorbene, allgemein verehrte Dumaabgeordnete Karanlow und andere. Jetzt gesellt sich zu ihrer Schar noch einer, Lukaschewitsch mit Namen, der soeben für sein dreibändiges Werk „Das anorganische Leben der Erde“ von der hochoffiziellen Petersburger Akademie der Wissenschaften die für Gelehrte bestimmte Achmatowprämie erhalten hat. Dieses Werk hat er teilweise bereits im Schlüsselburger Kerker ausgearbeitet und nunmehr vollendet. Es ist wohl ein einzig dastehendes Beispiel, daß ein Mann, der zwanzig Jahre hindurch hinter verschlossenen Mauern ein Leben voll der härtesten Drangsale, Mißhandlungen und Entbehrungen durchgemacht hat, die Kraft in sich findet, in der Gefangenschaft und in der Freiheit ein wissenschaftliches Werk ersten Ranges zu verfassen. Welche eiserne Energie müssen solche Männer besessen haben! Hat doch einmal der Schlüsselburger Kerkerverwalter jemandem, der um eine einmalige Zulassung zu einem ihm nahe verwandten Sträfling nachgesucht hatte, die kennzeichnende Antwort zuteil werden lassen: „In dieses kommt man hinein, aber hinaus wird man getragen.“ Wie viele sind in der Tat hinausgetragen worden, die in jedem anderen Lande glänzende Leistungen hätten aufweisen können!

Gerade rechtzeitig kommt die Prämiierung des Lukaschewitsch. Ruft ja die russische Gesellschaft wiederum mit Rücksicht auf das dreihundertjährige Jubiläum der Romanows immer lauter nach Amnestie. Auch der Kollege von Lukaschewitsch, der ehemalige Schlüsselburger Noworussky, appelliert an die Machthabenden Rußlands, daß sie sich zu einem Akt der Weisheit und Gerechtigkeit entschließen und die gefangenen geistigen Kräfte freigeben möchten. Allein wer möchte an die Weisheit der russischen Machthaber glauben?

Eine Maschine für Volksgemurmel. In England hat man in einem Nebenpostamt eine sonderbare Maschine aufgestellt. Wenn jemand das Amt betritt, um eine Depesche aufzugeben, verschwindet die Postvorsteherin mit ihr in die Telephonzelle, wo sie telephonisch weitergegeben wird. Um nun das Telegrammgeheimnis zu wahren, ruft die obenerwähnte Maschine ein drohendes Volksgemurmel hervor, das, anschwellend wie ein Sturm, die Stimme der Telephonierenden übertönt. —

Die Engländer sind sonderbare Leute. Bei uns ruft Bethmann Hollweg das drohende Volksgemurmel völlig ohne Apparate hervor. Ein komplizierter Apparat wird erst angewandt, wenn das drohende Volksgemurmel bei den Wahlen erstickt werden soll. —

Uebrigens würde es bei uns gar keines Volksgemurmels bedürfen, um die Stimme einer Telephondame zu übertönen. Das könnte völlig zufriedenstellend vom Knurren des deutschen Magens besorgt werden. Und der knurrt wiederum ganz von selber.

Fielding vor dem Sittenrichter. Viele Jahre lang stand Fieldings großer Sittenroman „Tom Jones“ in der städtischen Bibliothek zu Doncaster, ohne Anstoß zu erregen. Er wanderte von Hand zu Hand und verschaffte seiner Bestimmung gemäß vielen Menschen Freude und Genuß. Da geschah es, daß ein Mitglied des Bibliotheksausschusses das Buch mit nach Hause nahm, um sich zu ergötzen. Das war der Anfang vom Ende; denn nun kam die sittliche Verkommenheit des „Tom Jones“ ans helle Tageslicht. Voll erhabener sittlicher Entrüstung eilte das tugendhafte Ausschußmitglied zu seinen Kollegen und beantragte mit Donnerstimme: „Tom Jones“ muß verbrannt werden.“ Vergebens legten einige Stadtväter ein gutes Wort für Fielding und sein Meisterwerk ein, vergebens legte ein Stadtrat auseinander, daß es doch nicht angehe, den Vater des englischen Romans aus der Stadt zu verbannen. Selbst die Bitte, man möge das Buch wenigstens als ein Dokument der Sitten einer längst vergangenen Zeit in der Bibliothek behalten, fand nur taube Ohren. Der arme „Tom Jones“ wurde verurteilt, verbrannt zu werden. So geschehen im Jahre des Herrn 1913 in der guten Stadt Doncaster, wo die großen Pferdewettrennen stattfinden und die Leute im Punkte Literatur sehr penibel sind. Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch endlich an das Licht der Sonnen, und wenn auch erst nach 200 Jahren, Mister Fielding! Es geschieht Ihnen auch ganz recht. Denn waren Sie es nicht, der in dem „Kleinen Theater“ im Haymarket ein ehrenwertes Ministerium lächerlich machte, worauf dem englischen Theater der Zensor beschert ward, unter dem Ihre Nachfolger noch heute seufzen?

Was alles versichert wird. England ist das klassische Land der Versicherungen; ein Achtel der Ersparnisse der Nation werden direkt oder indirekt in Lebensversicherungen angelegt, und der Begriff der Versicherung ist ein so allgemein geläufiger, daß man meint, man könne sich dadurch gegen alle Zufälligkeiten und Gefahren des Lebens schützen. So gibt es Leute in England, wie uns eine Wochenschrift erzählt, die vorsichtig genug sind, beim Eingehen einer Ehe sogleich eine Versicherung gegen Scheidung und — gegen die Ankunft von Zwillingen aufzunehmen. Die großen Londoner Versicherungsgesellschaften haben zwar in neuerer Zeit ihrem Kundenkreise in der Suche nach den seltsamsten Objekten einige Beschränkungen auferlegt; aber der wunderlichen Versicherungen gibt es noch immer genug. So kann man sich z. B. versichern: gegen Schädigung durch Dienstboten, gegen Verlust durch schlechtes Wetter, gegen das Liegenlassen von wertvollen Dokumenten, gegen neue Steuern oder neue Zölle, gegen bestimmte politische Gesetze usw. Ein Sänger oder eine Sängerin können sich gegen den Verlust ihrer Stimme versichern, und einem Vorsichtigen steht es nicht nur frei, für den Fall sich eine Sicherheit zu verschaffen, daß er selbst wahnsinnig wird, sondern auch für den Fall, daß irgend eine wahnsinnige Person ihre normalen Geisteskräfte wiedergewinnt. Versicherungen gegen Erdbeben sind zwar in Albion nicht häufig, aber durchaus zulässig. Viel öfter nehmen Automobilisten den Dienst der Gesellschaften in Anspruch; sie können vorsorgen für die Geldstrafen, die sie wegen zu schnellen Fahrens erhalten, und für die Unglücksfälle, die sie dabei erleiden. Die Höhe der Prämien hängt bei diesen Versicherungen der Automobilisten völlig von der bisherigen Führung des Kunden ab. Durch die Ausschreitungen der Suffragetten und die tumultuarischen Vorgänge, die in den letzten Jahren England in Unruhe versetzten, sind Versicherungen gegen den Verlust bei Aufruhr und Demonstrationen sehr in Aufnahme gekommen. Die gewöhnliche Rate bei dieser Art von Versicherung ist nicht sehr hoch, aber sie steigt beträchtlich, wenn es sich um Lokale handelt, die an besonders auffälliger und gefährdeter Stelle liegen, oder um Persönlichkeiten und Geschäfte, bei denen vorauszusehen ist, daß sie irgendwie Haß und Erbitterung entfesseln könnten. Früher kam es häufiger vor, daß man Objekte versicherte, die in gar keiner Beziehung zu dem Versicherten standen, so z. B. das Leben irgend eines bekannten Räubers und Mörders usw. Einen tieferen Sinn für Gerechtigkeit wird man darin erblicken, wenn sich jemand zugunsten seiner Gläubiger versichert.

soll neulich gesagt haben: „Wenn's doch einmal losginge.“ Wie muß verartiges auf die jungen Leute einwirken. Dr. Oertel hat neulich Herrn Hügel den Stat gegeben, für den Frieden zu wirken. Möge er doch einmal den Friedensstörern in seinen eigenen Kreisen das Handwerk legen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die bürgerliche Jugendbewegung hat ja nur den Zweck, der Sozialdemokratie den Nachwuchs abwendig zu machen. Wir könnten das auf sich beruhen lassen, aber wir wollen nicht, daß Unfrieden in die Arbeiterfamilie hineingetragen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gerade sie, die die Familie als Grundlage der Gesellschaft hinstellen, hetzen die Kinder gegen die Eltern auf. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, zu wünschen, daß unser Nachwuchs dereinst in unsere Fußtapfen tritt. Wenn die Kinder reif geworden sind und sich als Erwachsene entscheiden, dann wollen wir, daß sie noch entschiedenere, bessere Sozialdemokraten werden, als wir. Freilich haben Sie die Macht, unser natürliches Menschenrecht zu vergewaltigen. Soweit wir können, treten wir dem entgegen, und dazu gehört auch, daß wir hier die geforderten Mittel für die Zentrale für Volkswohlfahrt verweigern. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Prinz Schoenaich-Carolath (natl.): Der Vorredner hat weniger von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt gesprochen als über die Jugendbewegung. Auf dieses Gebiet will ich ihm nicht folgen. Wenn der Vorredner über Schikanen gegen die proletarische Jugendbewegung klagt, so sind das doch Beschwerden über die Handhabung des Vereinsgesetzes, wofür doch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt nichts kann. Sie kann doch auch nicht verantwortlich gemacht werden für das, was der Feldmarschall v. d. Goltz gesagt hat oder gesagt haben soll; er gehört nicht zum Beirat der Zentralstelle, ich bezweifle sogar, daß er überhaupt Mitglied ist. Die Soldatenspielerei der Kinder verurteilen auch viele bürgerliche Parteien, aber gerade die Sozialdemokraten, die sich der Jugend in ihrem Sinne annimmt, kann sich doch nicht wundern, wenn wir uns zur Bewahrung unseres Nachwuchses zusammenschließen und unserer Jugend die vaterländische Gesinnung und die Tradition unserer glorreichen Geschichte zu erhalten suchen (Bravo!). — Dem Herrn Staatssekretär danke ich, daß der Beitrag für die Zentralstelle, der 1910 nur 50 000 M. betrug, schon im Vorjahr auf 12 500 M. erhöht worden ist. Es ist ja nicht viel, aber doch etwas. Auch mein Dank kommt verspätet, aber besser spät als gar nicht (Heiterkeit).

Abg. Dr. Pieper (Z.): Die Tätigkeit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist auf keinem Gebiet eine politische, auch auf dem der Jugendpflege nicht; sie ist lediglich eine beratende Stelle. Daß sie die proletarische Jugendbewegung ablehnt, ist richtig; daraus kann man ihr sicherlich keinen Vorwurf machen. (Zustimmung im Zentrum.) — Daß die Jugenderziehung nicht politisch sein soll, darin stimmen mit Herrn Schulz seine Parteifreunde nicht überein. Sein Kollege Frank-Mannheim hat sich sehr energisch für die politische Erziehung der Arbeiterkinder im 14.—18. Lebensjahre ausgesprochen. Die bürgerlichen Jugendvereine haben sich dagegen nirgends einer bestimmten politischen Partei angeschlossen. Die Regierung kann Mittel für eine Jugendbewegung natürlich zur Verfügung stellen, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung steht. (Bravo! im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine private, nicht politische Institution, in ihrem Beirat sitzen Männer aller bürgerlichen Parteien.

Abg. Bruckhoff (Vp.): Herr Schulz verwahrt sich dagegen, daß die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie die Jugend abspenstig machen wollen. Was aber will denn die Sozialdemokratie? Sie will doch die Jugend den bürgerlichen Parteien abwendig machen. (Sehr richtig! bei den bürgerlichen Parteien.) Die Gründung des Jungdeutschlandbundes mit ihrer Soldatenspielerei verurteilen auch wir; viele pädagogische Kreise haben sich verstimmt zurückgezogen, weil jeder junge Reserveoffizier in Uniform mehr gilt als sie, aber die nationale Erziehung unserer Jugend können wir nicht preisgeben. Die Schule befindet sich der Sozialdemokratie gegenüber in einer gewissen Notwehr. Ich verwahre die Lehrer dagegen, im Geschichtsunterricht blöden Hurrapatriotismus zu pflegen. Aber wir müssen der Sozialdemokratie gegenüber unsere nationale Einheit erhalten. (Lebhafter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Davidsohn (Soz.): Mein Kollege Schulz hat sich mit Recht dagegen gewandt, daß die Herren aus dem bürgerlichen Lager sich vom Reich subventionieren lassen. Mögen sie sich doch zusammenschließen gegen uns, aber dann sollen sie ihre Jugendbewegung ebenso bezahlen aus eigenen Mitteln wie wir. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Budget der Zentrale für Volkswohlfahrt beträgt 130 000 M., die zum größten Teil aus Reichs- und Staatsmitteln, also aus den Mitteln der Steuerzahler fließen. Dagegen protestieren wir mit Recht. Der Beirat der Zentrale und alle von ihr gebildeten Institutionen und Körperschaften sind ganz einseitig zusammengesetzt. Herr Müller-Meiningen hat ganz im Gegensatz zu Herrn Bruckhoff vor einigen Jahren diese Zusammensetzung, bei der das künstlerische, das schriftstellerische Element vollständig fehlt, in der immer nur eine bestimmte politische Clique Einfluß hat, scharf gerügt. Herr Bruckhoff will der Jugend den Respekt vor der Autorität erhalten wissen. Wie können Sie dann der proletarischen Jugend Mißachtung der eigenen Eltern einflößen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das muß zu einer

Zersplitterung des Familienlebens

führen, gegen die wir uns wenden. Herrn Pieper erwidere ich, daß politische Bildung nicht mit parteipolitischer Bildung zusammenfällt, und mein Parteifreund Frank hat in den von Pieper zitierten Stellen nur von allgemeinpolitischer Bildung gesprochen.

Die Zentralstelle hält es nicht einmal für nötig, trotz der ihr gewährten Subvention der Reichstagsbibliothek ihre Publikationen zur Verfügung zu stellen, aus denen wir ersehen könnten, in welchem Sinne sie arbeitet. Uebrigens sollte uns auch einmal eine Liste vorgelegt werden über die Organisationen, denen Reichsmittel zur Verfügung gestellt sind. Bisher fehlt es an einer solchen Liste die für unsere Information dringend notwendig ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor Lewald: Es ist eine vollständige Sammlung der Publikationen der Zentralstelle für Volkswohlfahrt im letzten Jahre vom Reichsamt des Innern dem Reichstag übersandt worden.

Abg. Bell (Z.): Es ist erfreulich, daß es auch in diesem Reichstag noch Fragen gibt, in denen alle bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie gegenüber sich zusammenfinden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Parteipolitik wird von der Zentralstelle nicht getrieben, in ihr finden sich Vertreter aller bürgerlichen Parteien. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: bürgerlichen!) Man kann zusammenarbeiten zum Aufbau eines Gebäudes, aber nicht mit Leuten, die das Gebäude niederreißen wollen. Der Vorredner hat bestritten, daß die sozialdemokratische Jugendbewegung Parteipolitik treibe. In dem Programm dieser Jugendbewegung aber heißt es ausdrücklich: „ihr Ziel ist die Vorbereitung der jungen Proletarier für den Klassenkampf des gesamten Proletariats“. Ich erinnere auch an die Worte Ihres verstorbenen Führers Singer in Nürnberg: „Wir wollen in den Köpfen und Herzen unserer Jugend pflegen den revolutionären sozialistischen Geist“. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist eben den parteipolitischen Charakter der sozialdemokratischen Jugendbewegung. (Abgeordneter Schulz: Die ist ja längst aufgelöst, wo ist sie denn?) Das wissen Sie doch besser als ich. In Wirklichkeit arbeitet diese scheinbar aufgelöste Jugendbewegung ruhig fort. Auf der anderen Seite steht ihr die Zentralstelle gegenüber, die sich freihält von Parteipolitik. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen dringend, daß der Zuschuß für die Zentralstelle für Volkswohlfahrt in Zukunft erhöht werde.

Abg. Schulz (Soz.):

Wir wollen doch an der entscheidenden Frage festhalten. Wir haben gar nichts dagegen, daß die Zentralstelle uns bekämpft, aber wir lehnen die Unterstützung aus Reichsmitteln für eine solche Zentralstelle ab, die einseitig eine so große Partei wie die Sozialdemokratie bekämpft. — Herr Bruckhoff scheint sich mit dem Problem herzlich wenig beschäftigt zu haben, wenn er bestreitet, daß durch den Geschichtsunterricht auf Grund der kaiserlichen Erlasse in erster Linie die Sozialdemokratie bekämpft werden soll. (Abg. Brockhoff: Das ist nicht wahr!) Dann sind Sie wirklich sehr wenig orientiert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Durch diese Art des Schulunterrichts und Ihrer Jugendpflege, tragen Sie erst den politischen Kampf in die proletarische Jugend hinein! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Gegenüber Herrn Bell konstatiere ich nochmals, daß es sozialdemokratische Jugendorganisationen leider nicht mehr gibt. Vielleicht mögen sich hier und da noch außerhalb Preußens einige solcher Vereine vorfinden, wo ein Staatsanwalt nicht so hinterher ist, jedenfalls halte ich es für keine würdige Aufgabe eines Reichstagsabgeordneten, wie Herr Bell es tat, gewissermaßen die Staatsanwälte in ganz Deutschland aufzurufen, sie mögen sich auf die Suche nach solchen Vereinen begeben. Nein unsere blühende proletarische Jugendbewegung ist aufgelöst und gerade diese empörende Ungerechtigkeit hat die größte Erbitterung in der proletarischen Jugend hervorgerufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Peus (Soz.):

Vor zwei Jahren hat der Reichstag bei diesem Titel einstimmig eine Resolution angenommen, das Reich möge dem Verein für soziale innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose Förderung zu teil werden lassen. Wie der Bundesrat uns inzwischen mitgeteilt hat, sind dem Verein aus Reichsmitteln namhafte Beihilfen zugeführt worden. Die Bestrebungen dieses Vereins verdienen in der Tat große Beachtung. Seine Aufgabe ist die Beschäftigung von Arbeitslosen, die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Viehzucht und der Bau besserer Wohnungen.

Natürlich darf die Kolonisation nur erfolgen in möglichster Nähe von Industriegegenden. Wird die Kolonisation so weit ausgebaut, daß Arbeiter dort dauernd angesiedelt werden, so muß man auch dafür Sorge tragen, daß die Arbeiter dort Mitglieder von Genossenschaften werden können. Man wird dann auch viel leichter Arbeiter für diese Ansiedelungen gewinnen können.

Die Debatte schließt. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Titel „Belastung des Reiches aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen“ beantragt die Kommission eine Resolution, die eine neue Berechnung über diese Belastung verlangt und, falls diese geringer ist, als bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung angenommen, eine Gesetzesvorlage, durch welche die Renten so weit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Die Debatte über die Resolution in der Kommission war eine Fortsetzung der Debatte über die Reichsversicherungsordnung. Damals sagte man von unserer Seite, so wird es kommen, jetzt mußten wir sagen: so ist es gekommen. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung freilich bezeichnete man unsere Anträge als phantastisch und perfide, sie würden ungezählte Milliarden verschlingen. Wer das Einmaleins beherrschte, konnte schon damals sehen, daß das ganz „phantastische“ Behauptungen waren. Ich sagte damals schon, allzu lange könnte die Täuschung nicht vorhalten, die Abrechnung müßte ja bald die tatsächlichen Verhältnisse klarstellen. Aber schon bevor sie vorliegt, ist zu ersehen, wie weit die Wirklichkeit hinter den von der Mehrheit angenommenen Zahlen für den Reichszuschuß bei der Hinterbliebenenversicherung zurückbleibt, obwohl man nicht die Beiträge, sondern die Leistungen erhöht hat. Auch bei der Schaffung der Seemannsordnung hatte man uns solche „phantastischen“ Berechnungen vorgelegt, wie bei der Hinterbliebenenversicherung. Die armen Witwen, deren Renten auf Grund des alten Gesetzes festgesetzt werden, erhalten heute noch nichts, sie werden bestraft dafür, daß die Mathematiker sich so ungeheuerlich verrechnet haben. Schon nach den Erfahrungen bei der Seemannsordnung war es selbstverständlich, daß ich mich nicht auf die Berechnungen der Mathematiker verließ, sondern selbständig eine Berechnung über die mutmaßliche Belastung des Reiches durch die Hinterbliebenenfürsorge anstellte. Redner geht auf die Details dieser Rechnung ein. Es geht daraus hervor, daß die Renten erheblich erhöht werden können. Aber das wollte man nicht. Infolge dessen werden große, geradezu ungeheure Kapitalien angesammelt. Die Lasten der Versicherungsträger steigen in wenigen Jahren um 1 Million, aber bereits die Zinsen der im Reich ersparten Summen betragen mehr. Für die Witwen und Waisen werden also so große Kapitalien angesammelt, daß die Witwen und Waisen bald die reichsten Menschen sein werden, die es gibt. Aber hungern müssen sie dabei, ja verhungern. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Art der Behandlung erinnert an den Geizhals, der Schätze sammelt und vergräbt und bei all seinen Schätzen hungert. (Zustimmung bei den Soziald.) Angesichts dieser Verhältnisse sollte man die Frage der Erhöhung der Renten dauernd im Auge behalten. Dabei sollte man nicht nur die Renten der älteren Leute erhöhen, sondern auch die der jungen Witwen, die ja vielfach für Säuglinge zu sorgen haben. Das Zentrum hat sich ja in die München-Gladbacher Literatur eingelegt; bei objektiver Betrachtung sollten die Herren sich aber doch sagen, als sie seinerzeit mit Hurra mit der Mehrheit diese Witwen- und Waisenversicherung schufen, haben dem arbeitenden Volk einen schlimmen Dienst erwiesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar wendet sich dagegen, daß der Abg. Molkenbuhr die Erfahrungen des ersten Jahres der Hinterbliebenenversicherung seinen Berechnungen zugrunde gelegt habe. Ueberall habe sich gezeigt, daß die Renten erst ganz allmählich den erwarteten Umfang annahmen. Die einzelnen Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Gothein (Vp.): Es wäre besser, wenn solche ausführlichen Berechnungen uns vorher schriftlich mitgeteilt würden; so können wir ihnen unmöglich folgen. Zugegeben ist, daß das erste Jahr einer neuen Versicherung immer ein Ausnahmejahr sein wird. Sollten die Ergebnisse auch des nächsten Jahres zeigen, daß eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrenten möglich ist, so wäre das zweifellos eine unserer dringendsten Aufgabe. Der Resolution stimmen wir zu. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Bernhardschen Ausführungen in seinem Buche: „Die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Auch ich halte die Folgerungen dieses Buches für unzureichend; zum Teil sind sie durch Publikationen aus meinem Amt schon widerlegt. Ich werde demnächst alle auf dem Gebiete des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden neueren Bestimmungen zusammenfassen, nicht nur die Bundesratsverordnungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Anleitung der lokalen Polizeibeamten, Gewerbepolizeibeamten dienen. Im Anschluß daran soll eine eingehende Darstellung und Würdigung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten bewältigt werden.

Abg. Giesberts (Z.): Wir stimmen der Resolution zu, ohne entscheiden zu wollen, wer von den beiden Rechnern recht hat; aber wir wünschen, daß den Witwen und Waisen so viel gegeben wird, als nach den verfügbaren Mitteln möglich ist. — Das Vorgehen von Prof. Bernhard soll man nicht unterschätzen, hinter ihm steht eine ganze Clique von Schafmachern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bezeichnend ist, daß im „Tag“ der frühere Abg. Beumer das Bernhardsche Buch eine Tat nennt.

Abg. Molkenbuhr (Soz.) polemisiert gegen Einzelheiten in der Erwiderung des Geheimrats Caspar auf seine Berechnungen. Er habe übrigens seiner Rechnung nicht die Resultate des ersten Jahres der Witwen- und Waisenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine wesentlich höhere Zahl von Rentenberechtigten angenommen.

Abg. Becker (S.): Die Broschüre des Prof. Bernhard darf man auch nicht überschätzen; sie ist abgetan schon durch die kolossalen Uebertreibungen, die in ihr enthalten sind. (Sehr richtig!) Natürlich gibt es auch Simulanten unter den Arbeitern, aber von einer Rentensucht der Arbeiter, die zum Ruin des deutschen Vaterlandes führen kann, ist keine Rede. Es ist bedauerlich, daß eine solche Tendenzschrift überhaupt Unterstützung in Arbeitgeberkreisen gefunden hat.

Die Resolution der Kommission wird hierauf angenommen.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

116. Sitzung. Mittwoch, den 22. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Schorlemer.

Allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats.

Abg. Heine (natl.) fordert höhere Aufwendungen zur Förderung der Viehzucht. Wir erkennen das Bestehen einer Fleischteuerung an, hätten es aber lieber gesehen, wenn den Städten statt des Zollersatzes eine andere Entschädigung gewährt worden wäre. Sobald es irgend angängig ist, müssen die Maßnahmen aufgehoben werden. Im Interesse der inländischen Viehproduktion darf der Seuchenschutz und der § 12 des Fleischbeschaugesetzes nicht gemildert werden. Der Redner beklagt weiter die unerträgliche Steigerung der Bodenpreise.

Abg. Johannsen (fk.) spricht in dem gleichen schutzzöllnerischen Sinne. Die Kartoffeln sind billig, das verregnete Korn wird als Viehfutter verwendet, also auch keine Herabsetzung der Futtermittelzölle.

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Durch die Zollerleichterungen, die den Städten bei der Fleischeinfuhr gewährt sind, ist ein gewisser Preisrückgang in den einzelnen Städten eingetreten. Die Rechte möchte ja die Geltungsdauer dieser Maßnahmen zur Milderung der Fleischnot möglichst einschränken. Wir sind bereit, alles zu tun, was geeignet ist, unsere Viehzucht zu fördern. Sie (nach rechts) begünstigen durch einen übermäßigen Kornzoll zu sehr den Körnerbau. Deshalb wenden sich die Landwirte von der Viehzucht ab und treiben mehr Körnerbau. Wir verlangen im Interesse unserer Viehzucht nach wie vor eine Ermäßigung, wenn es sein kann, eine Aufhebung der Futtermittelzölle. Der Ausgleich in den Reichsfinanzen wäre in einer entsprechenden Besitzsteuer zu sehen. Auf dem Gebiete der inneren Kolonisation ist sehr viel kostbare Zeit verloren. Die Behauptung, daß die Schlachthofgebühren der Städte an der Fleischteuerung schuld seien, wird durch die Denkschrift des deutschen Städtetages zwingend widerlegt. Das ländliche Fortbildungswesen wünschen auch wir zu fördern. Die Begünstigung der ländlichen Arbeitsnachweise ist zu begrüßen. Hoffentlich werden sie nicht einseitig im Interesse der Arbeitgeber verwaltet. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Eine Verlängerung der Einfuhrerleichterungen über den 1. April 1914 hinaus ist ausgeschlossen. Inzwischen können ja normale Verhältnisse eintreten. Auch die Produktionskosten der Landwirtschaft sind gestiegen. Das Publikum muß sich daran gewöhnen, auch für Lebensmittel mehr ausgeben zu müssen, nur ungerechtfertigter Teuerung muß entgegengetreten werden. Dauernde Besserung ist nur möglich durch Stärkung der inneren Produktion. Von langfristigen Verträgen der Städte mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist auch eine Besserung zu erhoffen, aber die Genossenschaften können sich nur auf langfristige Verträge einlassen. Die Brüsseler Konvention im März vorigen Jahres hat einen noch größeren Preisrückgang des Zuckers verhindert, deshalb sind wir für möglichste Verlängerung der Konvention eingetreten, damit nicht der russische Zucker die Verhältnisse auf unserem Zuckermarkt allzu stark beeinflusse. (Beifall rechts.) Der Minister verbreitet sich dann über die landwirtschaftlichen Schulen. Der Forderung Dr. Pachnickes nach Aufhebung oder Ermäßigung der Futtermittelzölle erwidere ich, daß eine solche nur dem Handel und dem Konsumenten nützen würde, aber nicht dem Produzenten. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Ich gebe mich nicht der Hoffnung hin, Herrn Dr. Pachnicke davon zu überzeugen (Heiterer Beifall bei der Mehrheit), die Viehzüchter aber fordern keine Beseitigung der Futtermittelzölle. Das allgemeine und landwirtschaftliche Wohl erblicke ich nur im Festhalten an der bewährten Wirtschaftspolitik. (Großer Beifall bei der Mehrheit.)

Humor und Satire.

Gesundes Irrenwesen.

Ein Berliner mußte in einer Klagesache zahlreiche Eingaben an die Gerichtsbehörde machen. Das Gericht schickte eine dieser Eingaben an den Polizeipräsidenten mit dem Ersuchen um Feststellung, ob der Mann, der durch so zahlreiche Eingaben lästig falle, nicht den Eindruck eines Geisteskranken mache, dessen Entmündigung angebracht erscheine. Der Mann machte auf die polizeilichen Instanzen in der Tat diesen Eindruck. Er wurde sofort unschädlich gemacht. Nach zwei und einem halben Jahre wurde — wieder von einer Behörde — seine sofortige Entlassung angeordnet, da er durchaus ungefährlich sei. Die Kosten des Verfahrens erhielt der Polizeipräsident auferlegt.

Man erkennt zwei Möglichkeiten statt einer, das Irrenwesen auf eine gesunde Basis zu stellen:

1. alle Deutschen, die sich durch Eingaben lästig machen, werden auf Antrag der Behörden entmündigt und interniert. Da nach neuen Feststellungen schon heute jeder sechste Deutsche Beziehungen zur Gerichtsbehörde hat, wird mit der Zeit der größte Teil des Volkes für irrsinnig erklärt. Zugleich mit diesem Prozeß vollzieht sich die Umwandlung des Irrenrechts zum Landrecht, und es liegt bei den wenigen Gesunden, Reformen anzustreben.

2. Den Polizeipräsidenten wird die Bestreitung sämtlicher Kosten, die aus den Klagen der Internierten erwachsenen, obligatorisch gemacht — was den finanziellen Ruin dieser Unternehmungen zur Folge hat. Dadurch werden sie außerstand gesetzt, kostspielige Entmündigungen anzuordnen, und eine Reform des Irrenwesens wird durch Ausschaltung der Polizei gegenstandslos.

(„Simplicissimus“.)

Notizen.

— Theaterchronik. In der Kurfürstenoper fällt die Aufführung vom „Kuhreigen“ am Freitag aus, es wird dafür „Stella maris“ gegeben.

— Kinozensur. Das Lindansche Kinodrama „Der Andere“ wird, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, auf Wunsch der Zensur den größeren Kinotheatern vorbehalten bleiben. In den kleinen Kinos befürchtet die Polizei offenbar zum Verbrechen aufreizende Wirkungen von dem Stück, wird doch darin ein „Rechtsanwalt“ ohne zu wissen, wie und warum, zum Verbrecher. Ursprünglich war es sogar ein Staatsanwalt, aber die Filmgesellschaft hatte schon aus eigenem einen Rechtsanwalt daraus gemacht. Wie man sieht, hat der Kotau nichts genutzt. Glücklicherweise verlieren die Besucher der kleineren Kinos nichts. Ob aber nicht mancher, der sich's einen Taler kosten läßt, eher von der Lehre von der „doppelten Persönlichkeit“ profitieren kann?

— Für Luftzwecke! Die offiziöse Presse dementiert die Meldung von einer neuen Flottenvorlage; es handle sich nur um Kredite für Luftzwecke. Auf welche Militärforderung paßt das nicht?

Abg. Leinert (Soz.):

Wir stimmen für die Resolution der Budgetkommission, die eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung für die landwirtschaftlichen Schulen fordert, denn wir sind immer für bessere Schulbildung. Wir sind aber entschieden dagegen, daß in diesen Schulen nach dem Wunsche des Abg. Wallenborn Religionsunterricht erteilt werde. — Was die

Maßnahmen der Regierung gegen die Fleischteuerung

anbelangt, so ist in der Kommission behauptet worden, daß infolge dieser Maßnahmen die Fleischpreise bis um 40 Pf. pro Pfund gesunken seien. Das ist ganz unglaublich und die betreffende Stadt ist auch nicht genannt worden. Man konstatiert vielmehr als einzigen Erfolg der Maßnahmen, daß die Fleischpreise nicht noch höher geworden sind. Einen Schaden für die Landwirtschaft wagt niemand zu behaupten. Der Abg. v. d. Gröben behauptete, daß auch im Ausland nicht genügend Fleisch vorhanden sei. Das angebliche russische Fleischausfuhrverbot ist kein Beweis dafür, daß nicht genügend Vieh und Fleisch in Rußland selbst vorhanden wäre. Ein russischer Staatsrat hat der Stadt Berlin einen dreijährigen Fleischlieferungsvertrag angeboten, der jede Menge Fleisch liefern wollte, aber eine mehrjährige Garantie verlangte, weil dann die russische Regierung Kühlwagen bauen und den Transport in jedem Sinne erleichtern und verbessern wollte. Für die angekündigte Aufhebung der Maßnahmen am 1. April 1914 ist nicht der mindeste Grund genannt worden und selbst der Minister hofft nur, daß sich bis dahin die Fleischpreise wieder regulär gestalten werden. Der Minister hat aus der noch nicht veröffentlichten Statistik eine Vermehrung des Rindviehbestandes als wahrscheinlich erklärt, aber auch er konnte nicht von einer Vermehrung des Schweinebestandes sprechen. Ganz natürlich, die kleineren Schweinezüchter können die hohen Ferkelpreise nicht bezahlen, dazu kommen die ungeheuer gestiegenen Futtermittelpreise, sodaß jeder Verdienst bei der Aufzucht von Schweinen ausgeschlossen ist. Die Beseitigung der Futtermittelzölle ist eine unbedingte Notwendigkeit. Gewiß, wir haben genug Futtermittel, aber sie sind nicht billig genug! Selbst das durch die Witterung verdorbene Getreide wird als Viehfutter zu sehr hohen Preisen verkauft. (Sehr wahr! links.) Viele Schweinemäster im Norden der Provinz Hannover sind ausschließlich auf russische Gerste angewiesen, und so wie diese im Preise steigt, muß der Viehbestand dort herunter gehen. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß es besser ist, wenn in Deutschland so viel Vieh hervorgebracht werden kann, daß es zu annehmbaren Preisen verkauft werden kann, als daß das Fleisch aus dem Ausland eingeführt wird. Dazu gehören aber billige Futtermittelpreise.

Die Etatsforderung von 150 000 M. mehr als im Vorjahre zur Förderung der Viehzucht und des Molkereiwesens, sowie von 250 000 M. einmaliger Ausgaben unterstützen wir vollkommen, erachten sie aber als viel zu gering! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat die Aufhebung der Fleischeinfuhrerleichtungen am 1. April 1914 damit zu begründen versucht, daß in dem Reichsgesetz über die Zollersätze an Städte dieser Termin enthalten ist. Wäre es denn so schlimm, statt dieses willkürlich gegriffenen Datums einfach den 1. April 1920 einzusetzen? Der Minister antwortet ja gewöhnlich auf die Reden der Debatte, bevor der sozialdemokratische Redner herankommt, damit er uns nicht zu antworten braucht. Diese Dispositionen des Ministers sind uns ja natürlich völlig gleichgültig (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.), aber wir sehen darin eine Mißachtung unserer Partei und der in ihr vereinigten Bevölkerungsschichten, die weit stärker sind als die Wählermassen hinter Ihnen (zu den bürgerlichen Parteien) allen zusammen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch wir halten Abmachungen zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Städten für wünschenswert, aber es ist natürlich, daß die Städte sich gegen große Verluste infolge der Preisbewegungen sichern müssen, da sonst ihr ganzer Etat über den Haufen geworfen werden könnte.

Man klagt über die viehlosen Wirtschaften, nun, wir hatten voriges Jahr beantragt, daß die Regierung eine Nachweisung des auf den Domänen gehaltenen Viehes vorlegen solle, damit wir sehen, ob auch sie ihre Schuldigkeit zur Vermehrung des Viehstandes getan hat. Das Zentrum erklärte, diesen Antrag abzulehnen, wenn er den Zweck haben solle, die Domänenpächter zur Viehhaltung zu verpflichten. Natürlich war das der Zweck unseres Antrages. Sind denn die Domänen nur dazu da, daß die Pächter möglichst viel Geld an ihnen verdienen? Wir billigen die Einstellung von 60 000 M. für den Ankauf eines Seuchenheilmittels und bedauern, daß bisher die Wissenschaft den Erreger der Maul- und Klauenseuche nicht gefunden hat, müssen aber feststellen, daß während der großen Verbreitung der Seuchen die Landwirte nicht immer alles Erforderliche zur Bekämpfung getan haben. Der Minister erklärte, daß bei der Neuordnung der Gemeindeabgaben auch eine Steuerentlastung der ländlichen Grundbesitzer eintreten solle. Bisher hat man sich hier aber nur für die großen Grundbesitzer eingesetzt, wir fordern, daß man bei jener Gelegenheit auch die Hand- und Spanndienste beseitige, die eine Fortsetzung der Leibeigenschaft bedeuten, die Einwohner ganz der Willkür der Gemeindevorsteher ausliefern und ebenfalls nur deshalb beibehalten werden, weil sonst die reichen Grundbesitzer mehr bezahlen müßten.

Die Forderung der Konservativen, daß in den übrigens elenden, die Arbeiter völlig entrechtenden und ihnen sehr wenig bietenden Landkrankenkassen die Landräte den Vorsitz führen sollen, widerspricht völlig dem klaren Wortlaut der Reichsversicherungsordnung. Sie würde aber dazu führen, daß der Landrat, der fast überall Vorsitzender des Versicherungsamtes ist, darüber mit zu entscheiden hätte, ob seine Maßnahmen in den Landkrankenkassen richtig sind!

Ich mache den Minister aufmerksam auf jene bekannte Verfügung der Generalordenskommission in Münster an die Spezialkommissare, worin die Verwendung von nur jüngeren und unverheirateten Gehilfen empfohlen wird. Was sagt er zu dieser unerhörten Verfügung. Meine Schilderungen des ländlichen Wohnungselends haben Sie immer als Uebertreibungen bezeichnet. Nun, die traurige Verbreitung der Tuberkulose auf dem Lande ist der beste Beweis für die Richtigkeit meiner Angaben. Die hannoverschen Untersuchungen des Professor Jakob haben ergeben, daß das furchtbare Wohnungselend, die unhygienischen Wohnungen ohne eigenen Schlafraum, ja ohne Betten, Schuld sind an der großen Verbreitung der Tuberkulose. Die Leute haben kein Bettzeug und schlafen in den Kleidern. Professor Jakob stellt auch die Unterernährung und die ganze, aller modernen Hygiene weltenferne Lebensweise der Landbevölkerung fest. Wir fordern eine

Gewerbeaufsicht für die Landwirtschaft.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Davon wollen Sie natürlich nichts wissen. Zu wirklicher innerer Kolonisation gehört aber auch, daß die Landbevölkerung wisse, wie sie in ihrem Interesse zu leben hat. Freilich, eine unfreie Arbeiterschaft wird das nie wissen! Und was für Zustände kommen da vor. Der Redner erzählt jenen schon auf dem Landarbeiterkongreß berichteten Fall eines russischen Arbeitsmädchens, das auf einem Gut in der Nähe Breslaus hilflos und im selben Raum, wo die Arbeiter schliefen, entbinden mußte. Sie (zur Mehrheit) denken freilich nicht daran, den Landarbeitern Hilfe zu bringen, Sie haben in einer vom Grafen v. Schwerin einberufenen, auch vom Ministerium besuchten Konferenz am 23. November 1912 hier im Hause beraten, wie die Organisation der Landarbeiter zu verhindern sei. Freilich waren in dieser Gesellschaft keine Landarbeiter vertreten, sondern nur ihre größten Feinde. Auch gegen die neue freisinnige Organisation hat man sich gewendet, selbst gegen die christliche, die den Klassenkampf aufs Land trage. Die „Kreuzzeitung" freilich will überhaupt keine Gewerkschaften auf dem Lande. (Abg. v. Kessel [kons.]: Sehr gut!) Sie sind aufgescheucht durch die Tätigkeit des Landarbeiterverbandes, der sich sehr gut entwickelt und durch Presse und Unterstützungen die Arbeiter sich anschließt, sie aufklärt und ihnen Rechtsschutz gewährt, so daß er 1912 über 4000 M. rückbehaltenen Arbeitslohn erkämpft hat. Das Landesökonomiekollegium hat eine Broschüre des Dr. Asmiß herausgegeben, worin Rechtsauskunftsstellen gefordert werden — die möchte ich übrigens sehen, wenn sie einen Arbeiter gegen den Rittergutsbesitzer beraten sollen! Durch die Kriegervereine und Kreisblätter will man die Arbeiter geistig heben. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr Asmiß bezeichnet die Beiträge der Landarbeiter an ihren Verband als — ausbeuterisch! Wohl, weil er rückbehaltenen Lohn herausholt! Aber Asmiß erkennt an, daß die Sozialdemokratie, der Landarbeiterverband Solidarität Gemeinsinn und Selbstbewußtsein bei den „naiven Landarbeitern" wecken, um deren Seele jetzt gekämpft werden soll. Man will nicht durch Arbeitgeberverbände eine Schranke errichten zwischen Gutsbesitzern und Arbeitern, denn sonst beginnt der Klassenkampf auch auf dem Lande! Asmiß will deshalb auch die Naturallöhne wieder einführen; wenn er aber behauptet, daß der Landarbeiterverband die Arbeiter zum Ruin der Ernte und des Viehs erziehe, so ist das

ein elendes, hetzerisches Lügengewebe,

würdig des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der ja auch an jener Konferenz teilgenommen hat. Sie reden von der Kulturaufgabe der inneren Kolonisation. Wäre es Ihnen um Kultur zu tun, so müßten Sie die Aufhebung der Gesindeordnung fordern, die die Landarbeiter unter Polizeiaufsicht stellt, das Koalitionsrecht gewähren, damit die Arbeiter mit den Gutsbesitzern Tarifverträge schließen und sich genossenschaftlich zusammenschließen können.

Dr. Hahn hat auf jener Konferenz auch Arbeiteransiedelung verlangt, aber die Ansiedler müßten rechtlich und kulturell Arbeiter bleiben. Sie wollen die Ansiedler auf niedriger Kulturstufe und als Proletariat erhalten; alles, was Sie sonst über die Zwecke der inneren Kolonisation sagen, ist fauler Zauber! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unter der Gesindeordnung und dem Kontraktbruchgesetz wollen Sie jetzt eine „Landarbeiterorganisation" schaffen, die Sie leiten können, wohin Sie wollen. Eine Scheinmitarbeit in den Genossenschaften wollen Sie den Arbeitern geben, aber so, daß sie nicht etwa die Gutsbesitzer überstimmen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf der Konferenz hat der Vertreter des Bundes der Landwirte die Arbeiter als gleichwertige Mitglieder der Landwirtschaft bezeichnet; jetzt auf einmal! Die politischen Parteiprogramme sollen geändert werden, denn bisher sei zu wenig geschehen für die Landarbeiter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin neugierig, was das reformierte konservative Parteiprogramm den Landarbeitern bringen wird. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat in jener Konferenz erklärt, daß er schon die Adressen von 3000 Gutsbesitzern habe, die bereit seien, ihnen zugehende Reichsverbandsflugblätter an ihre Arbeiter zu verteilen. Es ist kein Wunder, daß Sie mit Ihrer Bekämpfung der Landarbeiterorganisation nun schon auf den Reichsverband gekommen sind. Die Kriegervereinsvertreter verlangten bei jener Gelegenheit, daß die Landarbeiter ihren Beitrag um 10 Pfennig erhöhen. Wenn aber die Landarbeiter für sich selber in ihren Organisationen wirken, dann nennt man das Ausbeutung! Die Landarbeiter sind heute

den Gutsbesitzern völlig ausgeliefert,

das soll aber noch schlimmer werden durch die famosen Sparkassen, zu denen der Unternehmer auch einen kleinen Beitragsteil zahlt. Die Spareinlagen sollen aber erst ausgezahlt werden, wenn der Arbeiter eine bestimmte lange Zeit bei dem betreffenden Unternehmer gearbeitet hat.

Nun hat man eine Heidenangst vor der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Volksversicherung „Volksfürsorge" und Herr v. Wangenheim hat in jener Konferenz die Regierung aufgefordert, gesetzwidrig diese Volksversicherung zu verbieten. Der einzige Punkt, in dem diese Konferenz etwas für die Landarbeiter Stellung genommen hat, war der, daß verlangt wurde, die Aufseher und Vorarbeiter müßten etwas vernünftiger mit den Landarbeitern umgehen. Bezeichnenderweise ist auf diese Anregung aber niemand in der Konferenz näher eingegangen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß die ungeheuerlichen Mißhandlungen der Landarbeiter aufhören. Dutzende von Fällen könnte ich anführen, in denen solche Mißhandlungen eidlich erhärtet und gerichtlich festgestellt worden sind. Sogar wehrlose Mädchen sind in vielen Fällen brutal mißhandelt worden. In solchen Fällen könnten die Rechtsauskunftsstellen der Konservativen im Verein mit dem Reichsverband und den Kriegervereinen unter der Protektion des Landwirtschaftsministers eine segensreiche Tätigkeit entfalten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Auskunftsstellen werden sich hüten, gegen die Drangsalierungen und Mißhandlungen der Amtsvorsteher und Landräte vorzugehen. Die Gesetzwidrigkeiten gegen die Landarbeiter würden Bände füllen. Sie aber werden den Arbeitern keine Besserung schaffen, denn alle diese Gewaltmittel sind für Sie Instrumente, um die Landarbeiter in Knechtschaft und Leibeigenschaft zu erhalten. (Unruhe bei der Mehrheit, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jany (k.) wirft dem Abg. Leinert Unkenntnis der ländlichen Verhältnisse vor, und fordert im übrigen die Aufwendung von 4 Millionen jährlich zur Entschuldung der Großgrundbesitzer, damit die Scholle dauernd im Besitz der gleichen Familie bleibe.

Abg. Graf v. Spee (Z.) spricht über die steuerliche Belastung des ländlichen Grundbesitzes und bezeichnet die Bodenreformer als Sozialdemokraten. Er beschwert sich auch über störende Zwischenrufe des Abg. Borchardt.

Abg. Borchardt (Soz.) (persönlich): Zwischenrufe beleben doch nur die Debatte!

Abg. Graf Spee: Als Abg. Borchardt am Sonnabend sprach, beschwerte er sich, daß er wegen einer ganz geringfügigen Unterhaltung einiger Abgeordneten seine eigenen Worte nicht verstehen könne.

Abg Borchardt (Soz.): Am Sonnabend während meiner Rede äußerte sich der hier übliche Unfug, durch Privatgespräche den Redner zu stören und ich sagte, daß schon etwas dazu gehöre, bei so schwach besetztem Hause solchen Lärm zu machen.

Das Haus vertagt sich. Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung, Gestütsetat.

Schluß 4¾ Uhr.

Parlamentarisches.

Wohnungsgesetzgebung. — Verschärfung der Strafen für Spionage.

Die Debatte über das Wohnungswesen und die Aufgaben, die das Reich bei einer Wohnungsreform zu erfüllen hat, wurde in der Mittwochsitzung der Budgetkommission des Reichstages fortgesetzt. Vom Abg. Jaeger lag folgende Resolution vor: „Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn seiner nächsten Tagung im Herbst 1913 eine Vorlage zu machen, nach welcher das Reich unter gewissen Bedingungen die Bürgschaft übernehmen wird für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Proz. des Gesamtwertes von Boden und Baumerk."

Die Konservativen beantragten hierzu, daß das Reich nur Bürgschaften für Wohnungsbauten übernehmen soll, die für Reichsbeamte und Arbeiter in Reichsbetrieben errichtet werden. — Abg Jaeger betonte, daß das Vorgehen der Budgetkommission in diesen Tagen doch dazu geführt habe, die Reichsregierung für die Wohnungsfrage etwas in Bewegung zu bringen. Da die Einzelstaaten bisher nicht gewillt waren, auf dem Gebiete des Wohnungswesens ernstlich etwas zu tun, muß nun das Reich eingreifen. — Abg. Goihein tritt gleichfalls für eine starke Initiative des Reichs auf dem Gebiete des Wohnungswesens ein. — Gen. Göhre betonte, daß die gestrigen Erklärungen des Staatssekretärs eine Fülle von Hoffnungen, die draußen im Lande gehegt worden sind, zerstört haben. Daß das Reich kein Wohnungsaufsichtsgesetz schaffen will, daran ist wieder der Widerspruch Preußens schuld. Die Reichsregierung scheint bei den Auseinandersetzungen mit den Bundesstaaten nicht in wünschenswertem Maße nackensteif gewesen zu sein. Die Regelung der Kreditgewährung dürfe nicht nur so erfolgen, daß sie nur den Baugenossenschaften für die Beamten des Reichs zugute komme. — Staatssekretär Delbrück erläuterte seine Ausführungen vom Dienstag, da sie offenbar teilweise mißverstanden worden sind. Die Wohnungsreform zu betreiben, sei in erster Linie Sache der Einzelstaaten und der Kommunen. Nur dann, wenn die Einzelstaaten vollständig versagen sollten, müsse das Reich eintreten. Gegen ein Reichswohnungsgesetz erheben alle größeren Staaten entschiedenen Widerspruch; speziell Preußen, das nunmehr selbständig vorgehen wolle, worauf die anderen Staaten sicherlich folgen werden. Seine (des Staatssekretärs) grundsätzliche Auffassung sei, daß die Wohnungsfürsorge den Einzelstaaten überlassen bleiben müsse, das Reich soll sich neben dem Bau von Wohnungen für seine Beamten und Angestellten, auf die Beschaffung von finanziellen Unterlagen für Gemeinden beschränken, die Wohnungsreform betreiben. Auf dem Gebiete der Kreditgewährung, des Erbbaurechts und des Hypothekenrechts könne das Reich wertvolles schaffen. — Abg. Graf Westarp wendet sich entschieden gegen eine Wohnungsreform auf reichsgesetzlichem Wege. Er stimme aber dem Staatssekretär auch darin nicht zu, daß das Reich eingreifen müsse, falls die Bundesstaaten ihre Pflicht nicht erfüllen. Entweder seien die Bundesstaaten allein zuständig, dann könne das Reich unter keinen Umständen eingreifen, oder das Reich sei kompetent und habe seine Pflicht zu tun.

Gen. Südekum führte aus, daß es sehr wohl möglich sei, ein Wohnungsgesetz durch das Reich zu erlassen. Weiter müsse das Reich auch statistisch die Wohnungszustände zu erfassen trachten. Es würde dann auch der glatte Beweis geliefert werden, daß nicht nur in den großen Städten, sondern auch in den kleinen Gemeinden eine scharfe Wohnungsmisere herrscht. Die Einwände, das Reich könne Bürgschaften über das ganze Reich nicht übernehmen, sei hinfällig. Die Menschenzucht sei doch unstreitig wichtiger als die Pferdezucht. Die Uebernahme von Bürgschaften durch das Reich zum Wohnungsbau müsse auch für andere gemeinnützige Genossenschaften und nicht für reine Beamtengenossenschaften erfolgen. Gerade für andere Bevölkerungskreise sei eine Hilfe im Wohnungswesen viel wichtiger als für die Beamten, die in gesicherter Stellung sitzen.

Staatssekretär Delbrück entgegnete auf die Zweifel, die gegen seine gestrige Erklärung geäußert worden sind, daß er im Falle des Versagens Preußens die Reichsgesetzgebung in Anspruch nehmen werde; dann müßte ein anderer Staatssekretär das Versagen des Reichs vor dem Reichstag vertreten.

Die Resolution Jaeger fand einstimmige Annahme, ebenso ein Antrag Mumm, die Summe von 4 Millionen für den Bau von Kleinwohnungen angemessen zu erhöhen. Der konservative Antrag wurde abgelehnt.

Im Etat der Reichsjustizverwaltung wird ein Reichsanwalt mehr gefordert, weil auch die Zahl der Spionageprozesse gestiegen ist. Abg. Gröber fragte an, wann im Reichstage eine Reform der Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung nebst Aenderung des Strafgesetzbuches vorgelegt wird. Staatssekretär Lisco antwortete, erst dem nächsten Reichstage werden solche Vorlagen zugehen, weil vorher die Vorarbeiten nicht zu erledigen sind. — Abg. Schiffer regte eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Spionagevergehen an, trotzdem das Reichsgericht schon hohe Strafen auswerfe. Deutschland müsse auf diesem Gebiete dem Auslande folgen, das die Spionage weit härter bestrafe. — Staatssekretär Lisco erklärte, angeregt durch die Militärverwaltung erwäge die Regierung eine Verschärfung der Strafbestimmungen, eventuell werde ein neues Spionagegesetz vorgelegt werden. — Abg. Schiffer trat ferner auch für die Verschärfung der Strafbestimmungen bei Majestätsvergehen ein. Der neu geforderte Reichsanwalt wurde gegen die Stimmen des Zentrums bewilligt, das eine Bosheitspolitik gegen das Reichsjustizamt treiben wollte wegen des Gutachtens über die Jesuitenfrage. Die Gröber und Erzberger waren recht unangenehm überrascht, daß ihre Bosheitspolitik ohne Erfolg blieb.

Die Konkurrenzklausel in der Kommission.

In der ersten Sitzung wurden zunächst allerlei Wünsche geäußert auf umfangreiche Materialbeschaffung. Abg. Trimborn hält namentlich Material nach der Richtung hin für nötig, was von den Prinzipalen zugunsten der Konkurrenzklausel geltend zu machen sei; bisher hätten sich fast nur die Angestellten gerührt und den Reichstag mit Petitionen bestürmt, die Kommission aber müsse hier unbedingt Parität beobachten. Er wünscht auch Uebersichten über die geltenden Gesetze in den hauptsächlichsten Verkehrsländern. Bei der Materialbeschaffung wünscht Abg. Waldstein (Vp.) auch die Befragung ausländischer Handelsfirmen über die Praxis. Unsere Genossen Hoch und Giebel wandten sich gegen so weitgehende Vorschläge, die geeignet wären, die Kommissionstätigkeit zu verzögern. Die Vertreter der Regierung sagten zu, der Kommission einen Auszug aus der Rundfrage bei den Handelskammern, Kaufmannsgerichten usw. im Jahre 1910 über die Aenderung der Konkurrenzklauselbestimmungen vertraulich zur Kenntnis zu bringen und auch Material über den Stand der internationalen Gesetzgebung beizubringen.

Abg. Frommer (k.) hält dieses Material um so mehr für ausreichend, als in der Denkschrift des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen über die Konkurrenzklausel der Kommission eine durchaus gute Uebersicht über die einschlägigen Fragen an die Hand gegeben ist.

Ueber die Fragen: Verbot der Konkurrenzklausel und Ausdehnung der Gesetzesvorlage auf alle Angestellten und Arbeiter, setzte eine Generaldebatte ein. Hierfür lag folgender Antrag der Sozialdemokraten vor: Den § 74 des Handelsgesetzbuchs wie folgt zu fassen:

„Eine Vereinbarung ist nichtig, durch welche Lehrlinge, Arbeiter, Angestellte des Handelsgewerbes für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt werden.

Unternehmer, die untereinander eine solche Beschränkung von Dienstverpflichtigten vereinbaren, werden mit Geldstrafe nicht unter 1000 M., im Wiederholungsfalle außerdem mit Haft bestraft. Die Verurteilung ist zu veröffentlichen."

Gewosse Quarck begründete den Antrag und wies besonders die Notwendigkeit der Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle Arbeiter nach. Hiergegen wandte sich ein Regierungsvertreter: eine solche Regelung sei ausgeschlossen. Er meinte, die Regierung würde ein Verbot der Konkurrenzklausel unter keinen Umständen akzeptieren können. Die Regierung halte die Konkurrenzklausel zur Abwehr eines unlauteren Wettbewerbes für berechtigt; nur hierfür solle sie auch erlaubt sein. Der Prinzipal müsse sich davor schützen können, daß ihm z. B. ein Reisender fortengagiert werde, um damit Kunden abzujagen. Heute bestünde ein Mangel, aus dem die beklagten Schäden resultieren, nämlich daß die Prinzipale keinerlei Opfer zu bringen hätten; durch die vorgeschlagene Entschädigung wird dem Mangel abgeholfen. Solche materielle Heranziehung sei ein wirksames Mittel und erfolgreicher als der österreichische Weg, der eine Gehaltsmindestgrenze zöge. Thoma (natl.) hielt schon nach dieser Erklärung des Regierungsvertreters die Verbotsforderung für erledigt und wandte sich gegen die Quarcksche Auslegung der Gewerbefreiheit. Genosse Weill meinte, die Kommission müsse es doch auf ein „Unannehmbar" ankommen lassen; durch die Kommissionsberatung müsse die Regierung eines Besseren belehrt werden. Sie selbst müsse ihre Stellungnahme erst einmal mit triftigen Gründen belegen. Wenn der Gehilfe in einem Geschäfte besondere Kenntnisse erwirbt, dann sei das in der Hauptsache doch seiner persönlichen Fähigkeit zuzuschreiben. Aehnlich liege es bei dem ange-

gegenen Beispiel mit dem Geschäftsreisenden. Die Gewerbefreiheit sei ein grundlegendes Wirtschaftsprinzip des heutigen Staates, das für den Angestellten nicht zu seinen Ungunsten eingeschränkt werden könne. Waldstein (Vp.) bedauert, daß nicht auch gleichzeitig die technischen Angestellten berücksichtigt werden. Einem Verbot könne er nicht zustimmen, da die Konkurrenzklausel nicht immer für unzulässige Zwecke angewendet werde. Ein Regierungsvertreter führte aus, daß aus rein technischen Gründen die Vorlage nicht die technischen Angestellten einbeziehe; das müsse einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Für die Industrie wäre auch vielfach eine kurzfristige Konkurrenzklausel für drei Jahre nicht genügend. Genosse Giebel bezeichnete die Gründe der Regierung nicht als stichhaltig. Die besonderen Interessen der Fabrikanten an den Produktionsmethoden usw. werden genügend geschützt durch Patent und Musterschutz. Im Handel aber gebe es gar nicht solche Geschäftsgeheimnisse, die nicht auf anderem legalen Wege jedem zugänglich sei. Deshalb kommen auch immer häufiger Stimmen aus Arbeiterreihen, die das Verbot befürworten.

Die Verhandlungen wurden auf nächsten Dienstag vertagt.

Eine neue Entwickelungsphase der englischen Arbeiterbewegung.

London, 21. Januar. (Eig. Ber.) Am 8. Februar werden in London oder Manchester die Vorstände der drei großen Zweige der englischen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftsbewegung, der Genossenschaftsbewegung und der politischen Bewegung, zusammenkommen, um über Mittel zu einem engeren Zusammenarbeiten zu beraten. Der enge Zusammenhang zwischen den Gewerkschaften und der politischen Arbeiterbewegung besteht ja schon seit länger als 13 Jahren, aber die Beziehungen zwischen den Genossenschaften einerseits und den Gewerkschaften und der Arbeiterpartei andererseits ließen stets viel zu wünschen übrig. Die Führer der Genossenschaftsbewegung waren meist Linksliberale, die die Worte des großen Owen nur bei festlichen Gelegenheiten im Munde führten, sich sonst aber ängstlich an die liberale Partei klammerten, der sie mehr als einmal durch offizielle Erklärungen wertvolle Wahlhilfe geleistet haben. Aber in den letzten Jahren hat sich dank der rührigen Tätigkeit unserer Genossen manches verändert; innerhalb der englischen Genossenschaften ist eine starke Bewegung herangewachsen, die die politische Betätigung der Genossenschaften auf dem Boden der unabhängigen Arbeitervertretung erstrebt. Augenblicklich liegt dem Anschluß der Genossenschaften an die Arbeiterpartei nichts im Wege. Aber nur eine, der etwa 1000 Mitglieder zählende Konsumverein von Tunbridge Wells, ist der Partei angeschlossen. Die Frage der größeren politischen Betätigung der Genossenschaften wird wahrscheinlich ein Hauptgegenstand der Beratungen sein.

Vorläufig werden nur die Vorstände der Genossenschaftlichen Union und der Arbeiterpartei und das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses konferieren; später wird wahrscheinlich eine größere Konferenz stattfinden. Die Berührungspunkte der drei Bewegungen sind, wie die Erfahrung gelehrt hat, mannigfaltig und an Stoff zu einer gründlichen Besprechung dürfte es nicht fehlen. Die politischen Interessen der großen Konsumentenmassen, die 2 800 000 an der Zahl in den Konsumvereinen organisiert sind und fast durchweg aus Arbeitern bestehen, kann natürlich nur eine Arbeiterpartei konsequent vertreten. Dieser Gedanke hat sich in den Reihen der englischen Genossenschafter immer mehr Bahn gebrochen und der Forderung, mit der Arbeiterpartei direkt zusammenzuarbeiten, Kraft verliehen. Nicht weniger wichtig ist das Zusammenarbeiten der Genossenschaften mit den Gewerkschaften, dessen dringende Notwendigkeit die Erfahrungen der stürmischen letzten zwei Jahre jedermann klar gemacht haben. Was die Genossenschaften auf diesem Gebiete zum Wohle des Proletariats leisten können, das zeigte namentlich der große Bergarbeiterstreik. Damals ermöglichten es die Konsumvereine vielen Tausenden von Bergarbeitern, in schwierigen Zeiten den Kopf über Wasser zu halten. Manche Vereine verteilten auch systematisch Nahrungsmittel an andere Arbeiter, die durch den Bergarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

Es ist jedoch auf dem Gebiete der Finanz, wo die Genossenschaften den Gewerkschaften unschätzbare Dienste leisten könnten. Man betrachte sich nur einmal die augenblickliche Lage. Viele Gewerkschaften in Großbritannien haben große Summen in den Unternehmungen angelegt, in denen ihre eigenen Mitglieder beschäftigt werden. So haben die Eisenbahngewerkschaften viel Geld in Eisenbahnaktien angelegt, die zur Zeit großer Kämpfe nur mit empfindlichen Verlusten verkauft werden könnten. Die sofortige Realisierbarkeit der Gewerkschaftsgelder ist ferner eine andere brennende Frage. In mehr als einem Bergarbeiterverband kam es gegen Ende des Streiks im vorigen Jahre zu verzweifelten Situationen, weil die Banken den Gewerkschaften gegen die vorhandenen Werte keinen Kredit einräumen wollten. Wie sollten die Sekretäre den enttäuschten Mitgliedern, die ihre Streikunterstützung verlangten, die der Abrechnung gemäß da sein mußte, das Funktionieren des modernen Banksystems erklären? Es gehört nicht viel Einbildungskraft dazu, sich die Szenen auszumalen und den Sekretären den tiefen Eindruck nachzuempfinden, den das Fehlschlagen der Gewerkschaftsfinanz auf sie machen mußte. Wir erinnern uns, wie einer verzweifelt nach London reiste, um den Präsidenten des Grafschaftsverbandes zu holen, da er sich allein nicht traute, vor die Mitgliederversammlungen zu gehen.

In normalen Zeiten mag die Realisierung der Gewerkschaftsgelder nicht besonders schwierig sein, aber in kritischen Zeiten, wie bei dem Bergarbeiterstreik, macht sich der Einfluß der Unternehmer auf die Bankdirektoren zweifelsohne geltend. Hier könnten nun die Genossenschaften den Gewerkschaften große Dienste leisten und selbst viel profitieren. Man wird auf der Konferenz die Frage erörtern, wie die Gewerkschaftsgelder in genossenschaftlichen Unternehmungen angelegt werden können und wie die Genossenschaften den Gewerkschaften billiges Geld verschaffen können. Es handelt sich also um das Problem, die Genossenschaften zu den Bankiers der Gewerkschaften zu machen. Schon heute verwalten die britischen Genossenschaften erfolgreich gewaltige Summen, arbeiten sie doch mit einem Kapital von ungefähr 50 000 000 Pfund (1 Milliarde Mark) und haben sie doch einen Jahresumsatz von ungefähr 150 000 000 Pfund (3 Milliarden Mark). Man kann zuversichtlich annehmen, daß sie auch den vorhandenen Gewerkschaftsschatz (8 Millionen Pfund) und die Jahreseinnahme der Gewerkschaften (4 Millionen Pfund) gewinnbringend für beide Parteien verwalten können wird.

Die Konferenz wird sich auch mit der Frage befassen, in welcher Weise sich die gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung und der Genossenschaftsbewegung auf anderen Gebieten besser ausgestalten läßt. Die Genossenschaften müßten mehr als bisher zu Schrittmachern des sozialen Fortschritts werden, indem sie aus ihren zahlreichen Betrieben Musterbetriebe machen, die Löhne heraufstreiben, die Arbeitszeit verkürzen, nur Gewerkschafter anstellen. Die Gewerkschafter müßten ihrerseits mehr für die Propagierung genossenschaftlicher Ideen tun und die Genossenschaften in ihrem Kampfe gegen feindliche Kapitalisten wirksam durch den Boykott und ähnliche Mittel unterstützen. Wie man sieht, mangelt es nicht an Material zur Diskussion. Man kann den Vorständen der beteiligten Arbeiterorganisationen zu ihren Beratungen nur Glück wünschen.

Schwimmende Särge.

Vor einigen Tagen brachten die Zeitungen die Meldung, daß der französische Postdampfer „St. Augustin" gesunken sei. Das Schiff soll nach der Ansicht von Mannschaft und Passagieren in so schlechtem Zustande gewesen sein, daß selbst die Planken vom Rost zerfressen waren. Es handelte sich also um ein typisches Sargschiff; ein Schiff, dessen traurigen und für die Besatzung gefahrvollen Zustand der Besitzer wohl kannte, in kapitalistischer Gewissenlosigkeit jedoch stillschweigend guthieß. Solche Schiffe sind meist hoch versichert; um die Mannschaft schiert sich der Reeder so gut wie gar nicht. Was ficht es ihn an, wenn der Kasten mit der Bemannung sinkt, den Familien der Ernährer, den Frauen der Gatte, den Müttern der Sohn genommen wird? Er prüft lediglich seinen Profit.

Die Frühjahrs- und Herbststürme fordern regelmäßig ihre Opfer an Menschen und Fahrzeugen. Wie groß die Zahl der verlorenen Schiffe ist, darüber gibt Auskunft eine Statistik des englischen Hafenamts in London. Dort wurden im letzten Jahre 36 Schiffe mit 34 232 Nettoregistertons als verschollen gemeldet; wozu dann noch diejenigen Schiffe kommen würden, deren Schiffbruch man festgestellt hat. Von diesen 36 Schiffen waren 18 Dampfer und 18 Segelschiffe. Unter ihnen befanden sich zwei große deutsche Segler, zwei deutsche Fischdampfer, ein Frachtdampfer und ein deutscher Schoner. Die meisten Schiffe finden auf dem Atlantischen Ozean ihr Grab, und gar viele Tragödien von der Art, wie sie Gerhart Hauptmann in seinem „Atlantis" geschildert hat, spielen sich auf dem Meere ab. Nach dieser Londoner Statistik, die auf Vollständigkeit natürlich keinen Anspruch machen kann, haben mit den 36 Schiffen zugleich 650 Personen ihr Grab in den Wellen gefunden. 650 Personen, von denen man nicht weiß, ob und wo der Tod sie ereilte und die eine bange Sorge ihrer Angehörigen wurden!

Gewiß, von manchem Fahrzeug mag zugegeben werden, daß es den erforderlichen Ansprüchen genügte und leider vor der Macht der Elemente keine Schutz finden konnte; aber wie viele mögen darunter gewesen sein, die in ihrem Zustande der Heijermansschen „Hoffnung auf Segen" oder der Frenssenschen „Anna Hollmann" glichen? Sie ruhen auf dem Meeresgrunde oder schwimmen als Wrack in den ozeanischen Gewässern, jeder Nachkontrolle entzogen. Kein Ueberlebender kann über die Ursachen und die Todesqualen der Betroffenen berichten. Die „Macht der Elemente" — das ist der Trost für den Besitzer. Mit Leichtigkeit könnte man eine ganze Reihe von Seeamtsurteilen aus den letzten Jahren aufzählen, in denen die Seeuntüchtigkeit der Schiffe schwere Katastrophen herbeiführte.

Ein paar Beispiele mögen genügen: „Der schlechte Zustand des Schiffes war nicht geeignet für die Seefahrt," lautet eine Stelle in dem Spruch des Danziger Seeamtes vom 9. April 1910, das über die Strandung der beiden 40 Jahre alten Dampfer „Prinz Heinrich" und „Adler" zu urteilen hatte. Bei der Todesfahrt des Rostocker Dampfers „Edith" vor zwei Jahren mußte gerügt werden, daß schon bei der Abfahrt Wasser in das Schiff gedrungen war. Eine ganze Anzahl braver Seeleute hatte den Tod gefunden. Der Vertreter des Reichs-Oberseeamtes, Regierungsrat Wolfram, sprach damals die Hoffnung aus, „daß ein so trauriger Fall, der ein so schlechtes Licht auf die deutsche Seeschiffahrt zu werfen geeignet ist, möglichst selten bleiben möge". Auch das Ueberladen der Fahrzeuge, wie es trotz Kontrolle leider noch immer vorkommt, trägt sein gut Teil zur Gefährdung von Schiff und Besatzung bei. In Hamburg fand im vorigen Jahre eine Versammlung der Kapitäne statt, in der ohne Widerspruch konstatiert wurde, daß die meisten Frachtschiffe 10 bis 13 Proz. im Durchschnitt zu schwer laden.

Von deutschen Seeschiffen sind in den Jahren von 1901 bis 1910 über 600 Fahrzeuge gesunken. Ein Teil davon ist verschollen, ohne daß man eine Nachricht erlangte, wann und wo es sein „Biskaya" fand. (Die gefahrvollen Stürme der Biskaya sind es in der Hauptsache, die die Schiffer fürchten.) Auf diesen 600 Schiffen waren 7237 Mann Besatzung, von denen 2013 ihr Grab in den Fluten fanden.

Vielfach sieht die Besatzung eines ausfahrenden Schiffes die ihr drohende Gefahr bereits bei der Ausfahrt. Mit Zittern und Zagen vertraut sie sich dem Kasten an. Die Bemannung möchte am liebsten dem gefahrvollen Fahrzeug fernbleiben — doch: „Mich brächten keine zehn Pferde auf einen „Hollmann", aber ich habe zu Hause Frau und Kinder, die nach Brot schreien!" läßt Frenssen in seinem hierfür typischen Roman die Helden ausrufen, und das ist der wahre Grund, warum solche Seelenverkäufer noch ihr Personal finden. Der Schrei nach Brot übertönt alle nüchternen Erwägungen. Läuft aber die Besatzung unterwegs dem Todesschiff weg, so wird sie wegen Kontraktbruch bestraft. Wenn irgendwo, so ist im Seemannsberuf der rücksichtslose Kampf der geschlossenen Arbeiterorganisationen gegen die Habgier des Reederkapitals heilige Menschenpflicht. Denn die Maßnahmen, die die Regierung des Klassenstaates für die Sicherheit der Seeleute ergreift, sind ebenso unzulänglich wie die morschen Planken eines Sargschiffes.

Gerichts-Zeitung.

Nachklänge zum „Kampf um Rissen".

Zu dem in der Bühnenwelt jetzt abgeschlossenen „Kampf um Rissen" gehören die Privatklagen, die gestern vor der 148. Abteilung des **Amtsgerichts Berlin-Mitte** unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. **Meuzel** zur Erledigung gebracht wurden. Als Kläger trat der Vizepräsident der Bühnengenossenschaft, Gustav **Rickelt**, gegen die Mitglieder des Protestbundes, die Schauspieler Erich **Ziegel**, Reinhold **Köstlin**, Hofschauspieler **Ballentin**, **Zimmerer**, **Löhr** und **Lüpschütz** auf. Diese hatten Widerklage erhoben.

Nach zweistündigen Bemühungen brachte der Vorsitzende einen **Vergleich** in folgender Form zustande: „Der Privatkläger (Rickelt) erklärt: Ich habe niemals behaupten wollen, daß die Angeklagten mit dem Deutschen Bühnenverein gemeinschaftliche Sache gemacht oder mit dem Redakteur Edmund May in Verbindung gestanden haben. Sofern aus meiner Rede eine Beleidigung hervorgehen sollte, gebe ich die Erklärung ab, daß ich die Angeklagten in keiner Weise habe beleidigen wollen. — Die Angeklagten erklären hierauf: Nach dieser Erklärung des Privatklägers ist unseren Erklärungen im 4. Flugblatte über den Privatkläger der Boden entzogen. Wir nehmen daher die darin enthaltenen Beschuldigungen und Beleidigungen mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurück. — Ferner vergleichen sich der Privatkläger und der Angeklagte Erich **Ziegel** in einer anderen, beim hiesigen Amtsgericht schwebenden Privatklage dahin, daß der Angeklagte die dort inkriminierte Beleidigung mit dem Ausdrucke des Bedauerns zurücknimmt.

Außerdem schließen in einer bei dem Amtsgericht Charlottenburg schwebenden Privatklagesache **Köstlin** und **Zimmerer** wider **Rickelt** folgenden Vergleich: Die dortigen Privatkläger nehmen nach der ihnen abgegebenen Versicherung des dort Angeklagten die Klage zurück.

Demgemäß wurde das Verfahren in diesen drei Streitsachen eingestellt.

Raubanfall.

Ein räuberischer Ueberfall auf einen Filialleiter der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend lag einer Anklage **wegen versuchten Raubes und Diebstahls** zugrunde, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Zimmermann** das Schwurgericht des Landgerichts II beschäftigte.

Aus der Untersuchungshaft wurde der Malergehilfe Friedrich **Audorf** vorgeführt. — Der Angeklagte hatte Ende Dezember v. J., als er arbeitslos und ohne Subsistenzmittel war, den Plan gefaßt, sich durch einen Raubanfall auf den Leiter der Filiale der Konsumgenossenschaft in der Arndtstraße 5, den Kaufmann **Steinbrecher** aus Neukölln, in den Besitz von Geldern zu setzen. Da er keine zur Ausführung der Tat geeignete Waffe besaß, entwendete er dem Malermeister Müller einen etwa **sechs Pfund schweren Schmiedehammer, den er zu der Tat benutzen wollte.** Am Abend des 30. Dezember v. J. versteckte er sich hinter dem Kellereingang in dem Hausflur des Hauses Arndtstr. 5 in der Erwartung, daß Steinbrecher mit der gesamten Tageseinnahme in der Tasche das Geschäft durch die dicht neben dem Kellereingang liegende Hintertür verlassen werde. Wie der Zeuge Steinbrecher früher bekundet hatte, hatte er an jenem Tage schon den ganzen Tag über ein unbestimmtes dunkles Gefühl gehabt, als wenn ihm an diesem Tage irgendein Unglück zustoßen würde. Er war deshalb doppelt vorsichtig und hatte tatsächlich diesem Umstande sein Leben zu verdanken. Als er aus der Hintertür heraustrat, sah er unwillkürlich auch nach links in die dunkle Ecke neben dem Kellereingang. In demselben Augenblick stürzte auch schon der Angeklagte mit hochgehobenem Hammer auf ihn zu. Steinbrecher hatte die Geistesgegenwart, rasch zurückzuspringen, so daß der ihm zugedachte Schlag die Tür traf. Der von dem Angeklagten geführte Schlag war so wuchtig, daß der Hammerkopf absprang und die Türfüllung herausschlug.

Der Attentäter ergriff die Flucht, wurde jedoch bald eingeholt und der Polizei übergeben. — Mit Rücksicht auf die außerordentliche Gemeingefährlichkeit der Tat des Angeklagten, der übrigens bisher noch völlig unbescholten ist, erkannte das Gericht dem Wahrspruche der Geschworenen gemäß auf **2 Jahre und einen Tag Gefängnis sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren.**

Leichtsinnige Betrügerei.

Gegen die betrügerische Erlangung von Zeugengebühren wird in der letzten Zeit von den Gerichten mit aller Schärfe vorgegangen. Ein derartiger Fall beschäftigte die 3. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Betruges zum Schaden des Justizfiskus und schwerer Urkundenfälschung war der Schlosser Jakob **Gierer** angeklagt.

Der Angeklagte war im vergangenen Herbst in einer in dem Moabiter Kriminalgericht verhandelten Strafsache als Zeuge geladen. Bei der Berechnung der Zeugengebühren in der Gerichtskasse gab er dem Sekretär Paetzold an, daß er bei der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft beschäftigt sei und augenblicklich, da er bei dem Oberleitungsbau arbeite, einen Tagelohn von 7,50 M. erhalte. Da er außerdem einen von dem Werkführer der Straßenbahnwerkstätte ausgestellten Lohnzettel vorlegte, aus dem hervorging, daß er tatsächlich pro Tag 7,50 M. erhielt, wurde ihm der verlangte Betrag ausgezahlt. Bald darauf wurde jedoch ermittelt, daß der Angeklagte nicht 7,50 M., sondern nur 4,50 M. Tagelohn erhielt. Die weiteren Ermittelungen führten ferner zu der Feststellung, daß der Angeklagte auf jenem in der Kasse vorgelegten Lohnzettel die Zahl „4" in eine „7" umgeändert hatte. Die Erlangung des geringen Vorteils von 3 M. mußte der bis dahin völlig unbescholtene Angeklagte mit einer Anklage wegen **Betruges** und **Urkundenfälschung** büßen. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß gegen derartige Betrügereien mit aller Schärfe des Gesetzes vorgegangen werden müsse, trotz des geringen Objektes und der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten auf **2 Wochen Gefängnis.**

Zum Stellenvermittlungsgesetz.

Wegen Vergehens gegen das **Stellenvermittlergesetz** vom 2. Juni 1910 war der **Geschäftsleiter Günzel** vom „Verein der Kellner und Tafeldecker Berlin W. und Schöneberg" angeklagt. Die Anklage stützte sich darauf, daß der Verein zwar unentgeltlich im einzelnen Falle, aber gegen Erhebung monatlicher Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder an seine Mitglieder und an Nichtmitglieder Stellen im Gastwirtsgewerbe vermittelt, ein eigenes Bureau zu diesem Zweck in der Eisenacher Straße unterhalten und in dem Angeklagten einen mit 900 M. jährlich bezahlten Geschäftsleiter angestellt habe. Das **Schöffengericht** Berlin-Schöneberg hatte deswegen den Angeklagten, weil er für den Verein die Stellenvermittelung tatsächlich ausübte, mit **30 M. Geldstrafe** bestraft. Hiergegen hatte Günzel durch Rechtsanwalt Dr. **Frey Berufung** einlegen lassen, die gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Der Verteidiger machte geltend, daß das Schöffengericht den Begriff der **Gewerbsmäßigkeit** verkannt habe. Sowohl der preußische Justizminister wie auch die Minister für Handel, Landwirtschaft und des Innern hätten in einem gemeinsamen Erlaß vom August 1910 die Erhebung von Gebühren für die Stellenvermittelung der nichtgewerbsmäßigen Vermittler ausdrücklich mit der Maßgabe gestattet, daß die Höhe der Gebühren die Deckung der Unkosten nicht übersteige.

Die Strafkammer schloß sich diesen Ausführungen an **und erkannte auf Freisprechung.**

Es ist anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft die Entscheidung des Kammergerichts über diese grundsätzlich wichtige Frage anrufen wird.

Die Postkarte als Urkunde.

Wie leicht eine Urkundenfälschung aus einem derben Scherz konstruiert werden kann, bewies ein am Montag vor dem Reichsgericht verhandelter Prozeß. Das Landgericht **Stuttgart** hat am 30. Juli 1912 den Maschinenmeister **Paul Lang** wegen **schwerer Urkundenfälschung zu einer Woche Gefängnis verurteilt.** Der Eröffnungsbeschluß hatte auf einfache Urkundenfälschung und Beleidigung gelautet. Der Angeklagte hatte seiner Schwägerin, einer Frau Z., eine **Ansichtspostkarte** gesandt, mit welcher er sie wegen ihrer Gesprächigkeit und angeblichen Vorliebe für kräftige Getränke verspotten wollte. Ferner schrieb er an den Fabrikanten eines Schnapses eine Postkarte, welche etwa folgenden Text enthielt: **Ersuche um Preisangabe Ihrer Kirschwasser, ergebenst Frau Z., Schnapsniederlage;** folgt Adresse der Schwägerin. Der Schnapsfabrikant hielt die Karte für ernsthaft gemeint und sandte unter der Aufschrift: „Frau Z., Branntweinniederlage" sein Preisverzeichnis. Natürlich fand Frau Z. auch bei dieser Sendung sofort die Spitze heraus, die sie treffen sollte, und stellte gegen ihren spottsüchtigen Schwager **Strafantrag wegen Beleidigung. Sie war jedoch großmütig und zog in der Hauptverhandlung den Antrag zurück.** Wenn nun der Angeklagte auch nicht wegen Beleidigung bestraft werden konnte, so mußte ihn doch das Gericht wegen **Urkundenfälschung** verurteilen, und zwar wegen schwerer nach § 268 StGB., da der Angeklagte den Namen seiner Schwägerin widerrechtlich auf der zweiten Postkarte verwendet und in der Absicht gehandelt hatte, ihr Schaden zuzufügen. Diese Postkarte selbst wurde als beweiserhebliche Urkunde angesehen.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision wies das **Reichsgericht** mit der Begründung zurück, die zweite Postkarte sei mit Recht als eine Urkunde angesehen. Sie war als beweiserheblich anzusehen insofern, als durch sie die Tatsache bekundet wird, daß die Zustellung eines Preisverzeichnisses gewünscht wird.

Das Erkenntnis kann als Warnung an diejenigen dienen, die aus Scherz den Namen eines anderen mißbrauchen.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Berliner Genossen und der Parteitag der preuß. Sozialdemokratie

Erster Wahlkreis.

Der Delegierte Schwabedahl erstattete

Bericht vom preußischen Parteitag.

Redner erklärte, wir könnten nur wünschen und hoffen, daß das Interesse des preußischen Volkes in der bisherigen Weise weiter anhält, und daß es alles tun werde, um ein gerechtes und vernünftiges Wahlrecht zu erringen. Der Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses der preußischen Landeskommission sei kritiklos angenommen worden, woraus sich ergebe, daß volle Einigkeit zwischen dem Volke und dem Landesausschuß bestehe. Des weiteren ging Redner die einzelnen Verhandlungspunkte durch und kommt zu dem Schluß, daß unsere kleine Fraktion in jeder Weise ihre Schuldigkeit getan habe, doch auch die Außenstehenden hätten wacker mitgearbeitet und sie in ihrer Tätigkeit wirksam unterstützt. Auch in Fragen der Landtagswahlen sei eine Einmütigkeit erzielt worden, und der Parteitag habe in seinen Beschlüssen das richtige getroffen. Alles in allem habe er gute Arbeit geleistet und wir könnten zufrieden sein. Es könne nur gewünscht werden, daß das Verhältnis zwischen Leitung und Organisation auch fernerhin so bleiben möge. Die Genossen würden schon ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. (Lebhafter Beifall.)

Zur

Diskussion

meldet sich zunächst niemand. Hierauf nimmt der Kandidat des ersten Reichstagswahlkreises Düwell das Wort: In dem Verzicht auf eine Diskussion komme die Zustimmung zu den Arbeiten des Parteitages zum Ausdruck. Wir müßten aber im Auge behalten, daß der Angelpunkt der politischen Entwicklung die Eroberung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechts in Preußen sei. Ob wir rechts oder links ständen in der Partei, darin seien wir alle einig. Auf die Mandate komme es nicht so sehr an, als auf die Art, wie sie erreicht werden. Der Wille zur Macht sei der Wille zur Tat. Das bewiesen am besten die Konservativen. Dahin müßten auch wir kommen. Davon ausgehend, brauchen wir das Schwergericht nicht auf taktische Manöver, sondern auf die Aufklärung und Erziehung der Massen zu legen. Wenn wir den Liberalen nicht den Willen zur Tat aufzwingen könnten, so hätten wir kein Interesse daran, sie zu unterstützen. Ein Teil jener Genossen, die auf den Liberalismus noch Hoffnung gesetzt hätten, sei durch die Haltung des Parteitages der fortschrittlichen Volkspartei wohl kuriert. Die Konservativen hätten den Freisinnigen mit Erfolg eingeredet, sie müßten, wenn sie unsere Bedingungen unterschrieben, durch ein kaudinisches Joch kriechen. Redner skizziert diese Bedingungen und fährt fort: Diese Forderungen bezeichneten nun die Liberalen als kaudinisches Joch. Sie verlangen, daß wir ohne Gegenleistung für sie eintreten. Was wollen wir aber mit einer Partei, die sagen muß, ihre Leute seien zu feige, einen Sozialdemokraten zu wählen. Darin äußere sich der Mangel am Willen zur Macht. Wir aber dürften unseren Genossen nicht sagen: erobern wir eine Anzahl Mandate, so haben wir gesiegt. Nein, wir sagen, daß für uns die Hauptsache in der Eroberung der politischen Macht liege. Das werde erreicht, indem wir die Genossen zur Grundsätzlichkeit erzögen. Erfreulich wäre, daß der preußische Parteitag sich zur grundsätzlichen Auffassung bekannt habe. Diese müsse so stark zum Ausdruck kommen, daß Konservative und Regierung gezwungen werden, zu sagen: Wir müssen nachgeben, gegen den Willen des Proletariats können wir nicht mehr regieren. Ein solches Resultat würde Dutzende von Mandaten aufwiegen. Mit diesem Grundsatz müßten wir in den Wahlkampf ziehen. So kämen wir vorwärts. Klasseninteressen entscheiden. Durch Erziehung zum Klassenbewußtsein, durch Aufklärung zur Macht! (Allseitiger Beifall.)

Aische: Mit der Resolution des Landesausschusses könne man zufrieden sein. Wer auf dem Lande draußen agitiere, der sehe, wie der Freisinn, weil er in den Industriegegenden keinen Kredit mehr habe, die Landproletarier einzufangen suche. Würden wir dem Freisinn zu Mandaten verhelfen, so bekämen wir den Dank, wie wir ihn vom Freisinn gewohnt sind. Er habe draußen einem Freisinnsmanne die Frage vorgelegt, wie er sich stellen würde, wenn er die Wahl hätte zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten. Der Herr sei der Beantwortung aus dem Wege gegangen und habe erklärt, er wolle keine bestimmte Antwort geben, sondern das würde sich aus der Situation ergeben. Das seien die Freisinnigen, die auf unsere Hilfe rechnen. Deshalb sei die Haltung des preußischen Landesausschusses mit Freuden zu begrüßen. Der Freisinn wäre auch gar nicht in der Lage, sein Versprechen zu halten; denn seine Leute draußen im Lande seien meist in so abhängiger Stellung, daß sie gar nicht für uns stimmen würden. Was er am preußischen Parteitag zu bemängeln hätte, wäre der Umstand, daß man der Frage des Frauenwahl- und Stimmrechts so wenig Zeit gewidmet habe. Diese Frage sei besonders wichtig bei Stichwahlabkommen, da von den liberalen Herren kaum einer sich verstehen werde, offen dafür einzutreten. Redner traut dem Freisinn gar nicht zu, daß er einen ernsten Kampf führen und nach oben gegen den Stachel löcken werde. Im großen und ganzen habe der Parteitag sehr gut gearbeitet. (Großer Beifall.)

Bittner: Auch er sei zufrieden mit dessen Tätigkeit. Im preußischen Landtag hätten wir es mit denselben Gegnern zu tun wie im Reichstag, nämlich mit den Agrariern. Der Parteitag in Leipzig habe beschlossen, den Schnapsgenuß zu meiden, damit könnten wir die Agrarier sehr wirksam bekämpfen. Aus der Statistik ergebe sich, daß der Boykott gewirkt hat. Er muß aber energisch weiter fortgesetzt werden. Es sei noch ein neues Mittel hinzugekommen: der russische Fleischverkauf. Die Einfuhr des russischen Fleisches richte sich direkt gegen die Agrarier. Die Arbeiter müßten dafür sorgen, daß der Absatz des russischen Fleisches ein viel höherer werde. Sie müßten aber in die Genossenschaften gehen und dort ihr Fleisch kaufen, damit würden sie am besten das agrarische System bekämpfen.

Stielow: Die Resolution des preußischen Parteitages müsse auch durchgeführt werden. Die Freisinnigen zeigten jetzt ganz deutlich, daß ihnen ihre früheren Bündnisse bei der Reichstagswahl mit der Sozialdemokratie unangenehm seien. Von ihrer Seite sei alles Komödie. Sie möchten uns nicht kopfscheu machen, aber auch auf der rechten Seite nicht anstoßen. Wir müßten zum Ausdruck bringen, keinem Liberalen dürfe eine sozialdemokratische Stimme zukommen, bloß um den Herren zu einem Sitz im Parlament zu verhelfen.

Schwabedahl sprach in seinem Schlußwort seine Freude aus, daß so volle Einmütigkeit und auch das Einverständnis mit dem preußischen Parteitag in der Diskussion zum Ausdruck gelangt sei. Was den Einwand des Genossen Aische betreffe bezüglich der Frauen, so meine er, daß sich eine längere Diskussion erübrigt habe, da in dieser Hinsicht unser Parteiprogramm klipp und klar das nötige sage. Außerdem habe es ja auch Genossin Wurm in sehr wirksamer Weise auf dem Preußentag zum Ausdruck gebracht.

Mit einem eindringlichen Appell, daß jeder seine Pflicht tun möge, schloß der Referent seine Ausführungen.

Zweiter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, die in Nitzles Festsälen, Dennewitzstraße, stattfand, berichtete Schröder über die

Verhandlungen des preußischen Parteitages

Nach einer allgemeinen Betrachtung ging der Redner besonders auf den dritten Punkt der Tagesordnung, die bevorstehenden Landtagswahlen und den Wahlrechtskampf in Preußen, und dann auf die Landarbeiterfrage näher ein. Der Wahlrechtskampf habe den Parteitag beherrscht, und daß die gefaßten Beschlüsse gut und treffend waren, das zeige die Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei auf ihrem Parteitag. Unbegreiflich sei Bernsteins Vertrauen auf die Nationalliberalen; er habe freilich seine Anträge fallen gelassen, und einmütig konnte die Partei ihre Beschlüsse fassen. Jetzt gelte es, unverzüglich für den bevorstehenden Kampf zu rüsten und ihn energisch durchzuführen, immer mit dem Ziel vor Augen, in Preußen ein besseres und freieres Wahlrecht zu schaffen. (Beifall.)

Zur

Diskussion

meldete sich zuerst Genosse Ewald, der bei den Schilderungen des Vertreters der Landarbeiter auf dem Parteitage verweilt und bezweifelt, ob die Mittel und Wege, die Schmidt vorgeschlagen, wohl ausreichend seien, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Die Aufklärung der Landarbeiter müßte schärfer ins Auge gefaßt werden und das stete Bestreben müßte dahin gehen, die Landarbeiter unter die Gewerbeordnung zu stellen. Der Redner beruft sich auf seine Kenntnis der Zustände auf dem Lande und führt als ein Beispiel die Lage der Ziegeleiarbeiter an. — Zum Wahlrechtskampf übergehend, spricht er seine Verwunderung über den großen Optimismus des Parteitages aus und verneint jede Möglichkeit, mit den Freisinnigen zu paktieren. „Haben sie denn überhaupt ein Programm,“ so fragt er, „und wenn sie eins haben, so handeln sie nicht danach!“ (Sehr richtig!) Und Bernstein glaubt nun gar an die Nationalliberalen! (Lachen.) Wir wollen lieber mit Ehren unterliegen, als mit Schande siegen. Wir haben keine Hilfe zu erwarten, stehen ganz allein und sind auf die eigene Kraft angewiesen. Alle Kompromisse sollten wir ablehnen und unsere Bemühungen darauf richten, den gefährlichen Indifferentismus der Arbeiter zu überwinden. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Wurm bespricht das Los der Landarbeiter und Arbeiterinnen, das sie als eine verschleierte Leibeigenschaft bezeichnet. Sie erörtert dann die Lage im Wahlrechtskampf, wendet sich gegen die Haltung der Freisinnigen und meint, daß der „Fortschritt“ überhaupt kein freies Wahlrecht wünsche. Sie warnte auch davor, den Wahlrechtsforderungen der bürgerlichen Frauen irgend welche Bedeutung beizulegen, denn diese Forderungen seien so zahm, daß sie nur der Reaktion neuen Rückhalt gewähren würden. In der sozialdemokratischen Partei haben die Frauen mit den Männern das gleiche Verlangen nach einem freien Wahlrecht. Im Wahlkampfe nach allen Richtungen hin Aufklärung zu verbreiten, sei unsere Hauptaufgabe. (Beifall.)

Weitere Redner meldeten sich nicht, und der Vorsitzende konstatierte das Einverständnis der Versammelten mit dem Verhalten der Delegierten auf dem Parteitag.

Dritter Wahlkreis.

Die Generalversammlung für den dritten Wahlkreis tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses. In die

Berichterstattung über den preußischen Parteitag

teilten sich die beiden Delegierten, die Genossen Gustav Müller und Adolf Harndt.

Genosse Gustav Müller gab ein Bild von den Verhandlungen zum Geschäftsbericht der Landeskommission, zum Bericht der Landtagsfraktion und zu dem Punkt: „Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf in Preußen“. Zum Schluß betonte er mit Genugtuung, daß die Resolution der Landeskommission in schöner Einmütigkeit angenommen worden sei. Es habe ihm eine wahre Freude bereitet, daß nach Zurücknahme der Resolutionen bezw. Anträge von Bernstein und aus Magdeburg der Parteitag wieder das Bild eines geschlossenen Ganzen bot. Wie die Genossen wüßten, habe ja der freisinnige Parteitag die Bedingungen des sozialdemokratischen preußischen Parteitages für ein Zusammenwirken bei den Landtagswahlen abgelehnt. Gleichwohl hätten wir, wenn jeder auf dem Posten sei, die beste Aussicht, aus eigener Kraft unsere Vertretung im Landesparlament so anwachsen zu lassen, daß sie selbständig Anträge stellen kann. Der Hauptdruck zur Erzielung eines durchgreifenden Fortschritts, namentlich in bezug auf das Wahlrecht, müsse natürlich von außen kommen. Wir dürften deshalb nicht erlahmen in der Agitation unter den Massen, damit wir immer mehr an uns fesseln, daß endlich die Hochburg der Junker zu Boden gerungen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Genosse Adolf Harndt, der zweite Delegierte, berichtete über die Verhandlungen zur Landarbeiterfrage in Preußen. Diese Frage habe neben den bevorstehenden Landtagswahlen den größten Platz in Anspruch genommen. Man könne aber auch mit Recht sagen, daß es eine der wichtigsten Fragen gewesen sei, die den Parteitag zu beschäftigen hatten. Wie wichtig die Frage auch von den Gegnern gehalten werde, das gehe daraus hervor, daß schon am nächsten Tage die „Kreuzzeitung“ sich mit den Verhandlungen in einem Artikel beschäftigt habe, worin man die Landarbeiter vor der Sozialdemokratie graulich zu machen versuchte. Wenn der Sozialdemokratie öfter vorgeworfen werde, sie wolle die Landflucht der Landarbeiter fördern, so sei das ganz falsch. Wir hätten gar kein Interesse daran, die städtische Bevölkerung zu verstärken, indem wir die Landarbeiter in die Städte zögen. Wir wollen im Gegenteil die Verhältnisse auf dem Lande so bessern, daß sich die Landarbeiter wirklich heimisch fühlen und an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen können. Wie miserabel die Verhältnisse auf dem Lande sind, zeigte Redner dann eingehend an dem Material, welches dem preußischen Parteitage unterbreitet worden ist. Wenn Genosse Schulz vorgeschlagen habe, im Interesse der Agitation auf dem Lande die Agitation gegen die Zölle und gegen den Naturallohn aufzugeben, so müsse Redner dem entgegentreten. Was die Bekämpfung des Naturallohnes durch uns und den Landarbeiterverband angehe, so sei er der Meinung, daß, was in der Industriearbeiterschaft endlich in der Hauptsache durchgeführt sei, auch in der Landwirtschaft sich durchsetzen lassen müsse, und daß der Landarbeiter auch dafür Verständnis finden werde. Wenn unsere Genossen für das einträten, was in der auf dem Parteitag angenommenen Resolution gefordert werde, dann würden wir auch auf dem Lande vorwärts kommen. Das sei ein ganz schönes Programm, mit dem man unter den Landarbeitern Erfolge erringen könne. Ausnahmsweise könnten wir mit einem Worte Bismarcks einverstanden sein: Preußen bedarf mehr der Germanisierung, als Deutschland der Borussifizierung. (Lebhafte Zustimmung.)

In der

Diskussion

bemerkt Genosse Alfred Fröhlich zur Frage der Doppelmandate, die auch den Parteitag beschäftigt hat, daß es besser gewesen wäre, der Parteitag hätte diesmal durch Streichung des Wortes „möglichst“ aus dem früheren Beschlusse festgelegt, daß Doppelmandate (Landtag und Reichstag) überhaupt zu vermeiden seien, so daß, wer im Landtag sei, sich mit ungeteilter Kraft diesem widmen könne. Liebknecht solle natürlich seine beiden Mandate behalten. Es genüge aber, wenn ein Landtagsabgeordneter auch im Reichstag sei, um der Reichstagsfraktion die nötigen Informationen aus dem Landtag geben zu können. Es sei leider bei dem „möglichst“ geblieben.

Genosse Adolf Harndt schloß sich Fröhlich bezüglich der Doppelmandate an. Er habe deshalb auch für den Antrag von Berlin IV gestimmt.

Genosse Schmal bedauert, daß die Jugendfrage von der Tagesordnung des Parteitages abgesetzt worden sei, zumal Preußen den Jugendkorruptionsfonds bewilligt habe und Preußen für Verschlechterungen im Reich „vorbildlich“ sei.

Ein anderer Diskussionsredner trat dem bei. Die Ansichten des Genossen Schulz, die Harndt bekämpft hatte, wurden auch noch von anderen Diskussionsrednern verworfen.

Genosse Möbus ist im Gegensatz zu Fröhlich und Harndt damit einverstanden, daß das Wort „möglichst“ im Beschluß über die Doppelmandate verblieben ist. Die hauptsächlichste Erschwerung der Landagitation sieht er in dem Fortbestand des Koalitionsraubes für Landarbeiter und der Gesindeordnung. So lange diese nicht beseitigt seien, werde man auf dem Lande keine großen Fortschritte machen. Die Beseitigung des Dreiklassenrechts sei die Hauptsache. In der Richtung müsse alle Kraft angespannt werden, wozu auch die Agitation zu den Landtagswahlen ein Mittel der Aufklärung biete.

Genosse Sickert betonte die große Bedeutung der Landagitation.

Genosse Pfannkuch, der Reichstagsabgeordnete des Kreises, sprach zum Schluß seine große Freude darüber aus, daß die Diskussion ergeben habe, mit wie großer Aufmerksamkeit die Genossen den Verhandlungen des Parteitages gefolgt seien, und daß alle einig seien darin, daß noch mehr getan werden müsse. Zu beachten sei aber auch, was schon geschehen sei. So zum Beispiel in der Landagitation. Systematisch sei die Landarbeiteragitation erst seit einigen Jahren. Wenn trotzdem der Landarbeiterverband schon mehr als 80 000 Mitglieder habe, so sei das schon eine beachtenswerte Grundlage, worauf man weiter bauen könne. Das Vorgehen der Gegner beweise auch, wie unangenehm es ihnen sei, daß die Organisationsfrage ins Landproletariat hineingetragen sei, der erste Schritt, um systematische Aufklärung auf dem Lande zu verbreiten. Redner gab noch wertvolle Anregungen für die Landagitation, indem er in seinen reichen Erfahrungsschatz hineingriff. Er hob dann hervor, daß auch mit der Jugendagitation systematisch vorgegangen werden müsse. Bilderstürmerei helfe da nichts. Die Grundlage sei hier das Jugendblatt der Partei, dem die Gegner in dieser Art nichts entgegen zu stellen hätten. Daß es langsam gehe, sei klar. Aber auch hier quittiere über unseren Erfolg die außerordentliche Unruhe im bürgerlichen Wespennest. Alles aber, was dort versucht werde, müsse uns schließlich zugute kommen. Und die wirtschaftliche Entwickelung tue das ihre.

Die Ausführungen und Anregungen des Genossen **Pfannkuch** wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Vierter Wahlkreis.

Petersburger Viertel. Genosse Poetzsch berichtete vom Preußentag. Eingehend ging Redner ein auf die Frage der Taktik bei der bevorstehenden Landtagswahl. Eine Verständigung mit den Nationalliberalen wäre unmöglich. Die Abstimmung bei der Wahlrechtsvorlage hat auch bewiesen, daß es dem Zentrum nicht ernst ist mit seiner Programmforderung. Die Freisinnigen, die zwar für Uebertragung des Reichstagswahlgesetzes auf den Landtag sind, haben diese Forderungen in den Kommunen immer vermissen lassen. Deswegen könne man doch nicht so verfahren, wie es die Genossen Eisner und Bernstein verlangen. Die Resolution der Landeskommission sei eine der glücklichsten Lösungen, das beweise ihre einstimmige Annahme. Die Parole müsse heißen: „Nieder mit der Reaktion in Preußen!“

Genosse Adamski führt aus, daß man das Stichwahlabkommen bei der Reichstagswahl in allen Versammlungen verurteilte. Darum solle man nicht denselben Kuhhandel bei den Landtagswahlen eingehen. Genosse Rettschlag meint, man habe sich nur gegen die Geheimhaltung und die Dämpfungsklausel gewandt. Des weiteren seien unsere Forderungen zu hart, aus eigener Kraft wird man wenig an der Gestaltung des Landtags ändern. Man müsse das ganze Arsenal ausnützen, um andere Zustände herbeizuführen.

Genosse Siegle meint: Der Kampf ums Wahlrecht muß außerhalb des Parlaments geführt werden. Die Massen müssen eventuell über die Köpfe ihrer Führer hinweg die Junkerfeste stürzen.

Im Schlußwort führt Genosse Poetzsch aus, daß man die Notwendigkeit der parlamentarischen Arbeit nicht verkennen solle. Zu Massenaktionen fehle noch vieles. Des weiteren ist er der Ansicht, daß wir den letzten Kampf mit dem Zentrum auszufechten haben.

Die Versammlung für das **Landsberger Viertel** tagte im Elysium. In einem einstündigen Referat rekapitulierte Genossin Fahrenwald die Verhandlungen des Parteitages. Bei den Anträgen rief der Antrag des vierten Kreises, die Landagitation zu fördern, eine lebhafte Debatte hervor, und wurde dieser Antrag dem Landesausschuß überwiesen. Ein weiterer Antrag des vierten Kreises, welcher die Doppelkandidaturen zum Reichstag und Landtag vermieden wissen will, wurde abgelehnt, da selbst unsere Landtagsabgeordneten dagegen sprachen. — Die Beschlüsse des Parteitages bezüglich der Taktik den Liberalen gegenüber dürften nach Meinung der Referentin überall befriedigt haben.

In der **Diskussion** spricht Genosse Littauer seine Befriedigung über den Verlauf der Debatte aus, welche sich mit der Taktik den Freisinnigen gegenüber befaßte. Die Ablehnung des Antrages, die Doppelmandate betreffend, findet Redner sehr bedauerlich. Daß unsere Landtagsabgeordneten mit Arbeiten überlastet sind, hat doch Genosse Hoffmann selbst gesagt, indem er ausführte, es mögen nur recht viele Genossen in das Abgeordnetenhaus geschickt werden, denn die kleine Fraktion könne die Arbeiten kaum bewältigen.

Genosse Glaß steht, was die Frage der Taktik bei den Wahlen anlangt, auf dem Standpunkt, daß es wohl richtiger wäre, sich mit den Freisinnigen über die einzelnen Kreise zu einigen, ebenso sollten wir die Nationalpolen unterstützen, wenn diese uns ein Mandat geben würden. In längeren Ausführungen bedauert Genosse Glaß die Ablehnung der „Polenfrage“.

Genosse Richter meint, daß der Personenkultus bei uns leider eine große Rolle spiele. Es sei geradezu ein Unfug, daß einzelne Parteigenossen neben einem Reichstags- und Landtagsmandat noch als Stadtverordnete fungieren. Diese Tatsache erwecke den Anschein, als ob es eine Gruppe Parlamentarier gebe, die glauben alles zu können und eine exklusive Klasse für sich bilden.

Genosse Melle spricht seine Verwunderung darüber aus, daß ein Berliner Delegierter einen Antrag unterzeichnet habe, welcher eine Begünstigung der Freisinnigen bezweckte. Die Berliner müßten doch die Freisinnigen am besten beurteilen können. Wir wollen in den Landkreisen die Landarbeiter für uns gewinnen, und dann fordern wir sie auf, für den Freisinn zu stimmen. Da werden die politisch gar nicht geschulten Landarbeiter irre und sagen sich, dann können wir ja bei den Reichstagswahlen ebenso stimmen. Angesichts der Situation können wir wohl den Freisinnigen zurufen: „Ihr habt das Tischtuch zerschnitten“, und mit seiner ungeschickten Agitation wird sich der Freisinn wohl noch zwischen zwei Stühle setzen.

und von links und rechts bedrängt, schließlich ganz aus dem Abgeordnetenhause verschwinden.

Genosse Böttcher ist im Gegensatz zu dem bisher Gehörten der Meinung, daß die Doppelmandate wohl ihre Berechtigung haben. Denn es hänge nun einmal viel von der Person ab, ob wir einen Kreis erobern können oder nicht. Die Ansichten des Genossen Glaß in die Tat umgesetzt, würden dem Separatismus Tür und Tor öffnen.

Nachdem Genosse Glaß nochmals in lebhafter Weise seinen Standpunkt in der Polenfrage vertreten, meint

Genosse Eue, die Redewendung des Genossen Glaß, die deutsche Sozialdemokratie ließe es an der nötigen Unterstützung für die unterdrückten Polen fehlen, müsse man als einen Unfug bezeichnen. Die deutschsprechenden Sozialdemokraten haben von jeher mehr für die Polen getan, als die berufenen Vertreter der polnischen Bevölkerung und ihre Freunde.

Frankfurter Viertel. Bei Boeker, Weberstraße, referierte Genosse Barenthin. Die Hauptaufgabe war, bei der preußischen Landtagswahl eine annehmbare Grundlage zu schaffen, auf der ein Wahlabkommen zwischen Sozialdemokraten und Fortschrittlern möglich sei. Die Grundbedingungen in der Resolution der Landeskommission seien so gehalten, daß sich keine der beiden Parteien etwas zu vergeben brauche. Bernstein, Dr. Landsberg und Klüß gaben sich alle Mühe, die Stimmung des Parteitages nach rechts zu drängen. Aber aus den Ausführungen der Delegierten ging klipp und klar hervor, daß die preußische Sozialdemokratie sich niemals auf diesen Weg drängen lassen werde. Unsere Grundsätze dürften wir nicht verlassen, denn diese haben die deutsche Sozialdemokratie stark, groß und mächtig gemacht. Die Nationalliberalen haben aus ihrer Wahlrechtsfeindschaft nie einen Hehl gemacht und es scheine, als wenn sie es für manche noch nicht offenkundig genug getan hätten. Kaum sei der sozialdemokratische Parteitag geschlossen, da zeigt es sich auch schon, daß auch die Fortschrittler gar nicht ernstlich für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen eintreten wollen. Sie zeigen sich jetzt wieder so wahlrechtsfeindlich wie im Jahre 1908, als der bekannte Fischbeck dafür sorgte, daß die sozialdemokratischen Berliner Landtagsmandate kassiert wurden. Mit Aufbietung aller Kräfte müsse die Sozialdemokratie in den Wahlkampf ziehen. Die Dreiklassenschmach müsse beseitigt werden, möge es kosten, was es wolle. Der Kampf in Preußen um die Erlösung von der Junkerherrschaft ist zugleich ein Kampf gegen Hunger, Not und Elend, darum fort mit der Junkersippe.

Die Versammlung zollte reichen Beifall.

In der anschließenden Diskussion stimmte Genosse Büchner den Ausführungen des Referenten zu.

Für das **Stralauer Viertel** gab der Genosse Wücke den Bericht vom Preußentag. Referent erklärt, daß er von den Forderungen des Genossen Hirsch in seinem Referat und der Resolution der Landeskommission enttäuscht gewesen sei. Seiner Meinung nach hätten die Forderungen der Sozialdemokratie viel schärfer und klarer zum Ausdruck gebracht werden müssen. Eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen habe die Resolution noch abschwächen wollen. Nur der Antrag Königsberg wünscht eine Verschärfung derselben. Nach der Auffassung Wückes sind die Freisinnigen nicht besser als die Konservativen, Zentrum usw. und könne er die Genossen Bernstein, Landsberg u. a. nicht verstehen, die trotz aller Erfahrungen, die sie mit den Freisinnigen doch schon gemacht hätten, immer noch bereit seien, dieselben zu unterstützen. Das in der Resolution niedergelegte sei das mindeste, was wir von den Bürgerlichen zu verlangen hätten. Daß diese Auffassung die richtige sei, habe ja jetzt auch die Rede Fischbecks auf dem Preußentag der Freisinnigen bewiesen, habe doch Fischbeck erklärt, daß sie lieber mit den Nationalliberalen und Konservativen als mit den Sozialdemokraten zusammengehen. Also in Zukunft nicht Abschwächung, sondern Verschärfung unserer Forderungen an die bürgerlichen Parteien.

In der Diskussion kritisiert ein Genosse die bisherige Agitation unter den Landarbeitern. Er glaubt, daß mehr erreicht würde, wenn die Reichstagsabgeordneten und -kandidaten sich mehr, als es jetzt der Fall sei, an der Agitation auf dem Lande beteiligen würden. Von der Landagitation, wie der Antrag des 4. Kreises es auf dem Preußentag verlangte, verspreche er sich nicht viel.

Die Versammlung für das **Görlitzer Viertel** tagte bei Graumann. Berichterstatter war Genosse Dr. Pleßner.

Das wichtigste der Tagung wäre das Referat des Genossen Hirsch: „Wahlrechtskampf und Wahltaktik" gewesen. Im Laufe seiner Ausführungen meinte Redner, daß Genosse Bernstein nun wohl durch den freisinnigen Parteitag anderer Ueberzeugung geworden sei. Im übrigen hält er die gefaßten Beschlüsse für richtig; Aufgabe aller sei, den Gedanken des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu propagieren und die Organisationen zu stärken.

In der Diskussion bedauerte Genosse Adam den Ausspruch des Genossen Adolf Hoffmann, daß ihm der Konservative Strosser lieber als ein Freisinniger sei. Genosse Abgeordneter Julian Borchardt bestritt, daß die Ausführung des Genossen Hoffmann diesen Sinn hatte, wies aber in längeren Ausführungen unter Zustimmung der Versammlung nach, daß es gleichgültig sei, ob ein Freisinniger oder Konservativer im Landtag sitze. Die Polenfrage hält Redner für so wichtig, daß sie auf die Tagesordnung des nächsten preußischen Parteitages gesetzt werden müsse.

Der Viertelsführer, Genosse Werk, konnte nachdem feststellen, daß volle Einmütigkeit über die guten Leistungen des Preußentages bei den Versammelten herrsche.

Zum Schluß wurde eine Resolution des Genossen Rintorf angenommen, die die endliche Schaffung eines Kreisbildungsausschusses verlangt und den Viertelsführer beauftragt, im Vorstand dahin zu wirken.

Die Versammlung für das **Köpenicker Viertel**, welche im „Süd-Ost" in der Waldemarstraße stattfand, war sehr gut besucht. Genosse Paul Böhm gab den Bericht vom preußischen Parteitag. Man könne mit dem, was dort geschaffen wurde, vollauf zufrieden sein. Einig ziehen die Genossen in den Wahlkampf. Da die Fortschrittler auf ihrem Parteitage durch den Mund des Herrn Fischbeck haben erklären lassen, daß sie jedes Bündnis mit der Sozialdemokratie ablehnen, sind wir jetzt auf uns selbst angewiesen. Den politischen Massenstreik halte er für die zunächstliegendste und wirksamste Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Allerdings auch nur dann, wenn dessen Anwendung auf Erfolg Aussicht hat, was heute leider noch nicht der Fall sei. Die Eroberung des geforderten Wahlrechts werde noch schwere Kämpfe erfordern. In der Diskussion führte Genosse Thielert aus, daß er für derartige Wahlkompromisse nicht sei. Die Genossen Petereit und Schmidt sind der Meinung, daß der preußische Parteitag das Richtige getroffen habe. Blos, so bedauert der Genosse Petereit, hätte die Frage der „Jugendpflege in Preußen" in unserem Arbeiterparlament behandelt werden sollen. Unter Verschiedenes wurde folgender Antrag vom Gen. Wilms begründet: „Die Agitation für den Vorwärts und den Wahlverein ist bis nach der Landtagswahl zu vertagen." Nachdem Genosse Jöchel dagegen gesprochen hatte, wurde dieser Antrag den Funktionären des Viertels zur Beratung überwiesen.

Fünfter Wahlkreis.

In der Versammlung, die im Musikersaal, Kaiser-Wilhelm-Straße, tagte, gab Genosse Rosemann einen sehr eingehenden

Bericht von den Verhandlungen des preußischen Parteitages.

Er betonte, jeder Punkt der Tagesordnung habe eine reiche Fülle von Material zur Agitation gegen das Junkerregiment geboten. Mit besonderer Befriedigung könnten wir den Beschluß über unsere Landtagswahltaktik begrüßen. Es gelte nun, die Beschlüsse des Parteitages in die Tat umzusetzen. Für uns handele es sich nicht nur um einen Wahlkampf, sondern in erster Linie um einen Kampf für das Wahlrecht. Dieser Kampf müsse mit aller Energie durchgeführt werden, denn „das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen".

Der zweite Delegierte, Genosse Wolf, gab Bericht über die Behandlung der Anträge, welche nicht zu den vom Vorredner besprochenen Hauptpunkten der Tagesordnung gehören.

Die

Diskussion

war nur kurz. In Uebereinstimmung mit den Referenten und unter Zustimmung der Versammelten wurde die volle Zufriedenheit mit den Beschlüssen des Parteitages zum Ausdruck gebracht. Insbesondere wurde die beschlossene Wahltaktik als die richtige bezeichnet. Es wurde betont, daß man von den Freisinnigen kaum etwas anderes erwarten könne, als den gegen unsere Taktik gerichteten Beschluß des freisinnigen Parteitages. Dieser, sowie die nachträgliche Haltung der freisinnigen Presse lasse erkennen, daß die Freisinnigen keine Förderer der Volksfreiheit seien. Wenn sie sich vor den Wahlen offen zur Reaktion bekennen, dann sollten sie auch von uns dementsprechend behandelt werden.

Der Vorsitzende Friedländer konstatierte das Einverständnis der Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitags.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung, „Vereinsangelegenheiten", teilte der Vorsitzende mit, daß die vom Wahlverein beantragten Ausschlüsse der Genossen Preuß und Freund von der Schiedsgerichtskommission abgelehnt, den beiden Genossen aber eine Rüge erteilt worden sei. Auf Vorschlag Friedländers erklärte sich die Versammlung mit diesem Urteil der Schiedskommission einverstanden.

Hierauf wurden die in drei Abteilungen vollzogenen Ersatzwahlen für zurückgetretene beziehungsweise verzogene Abteilungsführer bestätigt. Die gewählten Abteilungsführer sind: Für die erste Abteilung Huhnfleisch, für die zweite Abteilung Weise, für die vierte Abteilung Tienicke.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des sechsten Wahlkreises tagte im „Moabiter Gesellschaftshaus". Anwesend waren 688 Delegierte, während 130 fehlten. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die

Berichterstattung vom preußischen Parteitag.

Der Referent, Genosse Henschel, gab einen kurzen Ueberblick über den Verlauf der Verhandlungen und erläuterte die gefaßten Beschlüsse. Während der erste preußische Parteitag im Jahre 1904 durch 143 Delegierte beschickt wurde, sei die Zahl der Delegierten 1907 auf 190, 1910 auf 208 und 1913 auf 354 gestiegen. Die Lage der Landarbeiter in Preußen habe durch das inhaltsreiche Referat des Genossen Schmidt eine treffende Beleuchtung erfahren. Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung des Parteitags seien zweifellos die Beratungen über die bevorstehende Landtagswahl und der Wahlrechtskampf in Preußen gewesen. Redner erläuterte die von der preußischen Landeskommission vorgelegte Resolution sowie die dazu gestellten Abänderungsanträge und Zusätze. Die bekannten Vorschläge des Genossen Eisner seien unannehmbar gewesen. Mit vollem Recht habe man gesagt, das Handeln nach den Vorschlägen Eisners käme einem Verrat unserer Grundsätze gleich. Auch die Vorschläge Bernsteins habe man ablehnen müssen. Wenn gesagt würde, die Zählung der Stimmen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sei nicht unbedingt notwendig, denn man habe doch bei den letzten Reichstagswahlen die Zahl der sozialdemokratischen Wähler feststellen können, so sei dies nicht richtig. Es wäre doch ein großer Unterschied zwischen der öffentlichen und der geheimen Wahl. Unbedingt müsse festgestellt werden, wer bei der öffentlichen Wahl für die Sozialdemokratie votiere. — Mit den Nationalliberalen ein Abkommen zu treffen, sei doch ganz undenkbar. Diese gehörten doch mit zu den größten Arbeiterfeinden, seien für einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen zu haben, auch seien sie ja begeistert dafür eingetreten, daß beim Bergarbeiterstreik Militär ins Ruhrrevier geschickt wurde. Sollte jedoch — wie teilweise befürchtet werde — der letzte Fortschrittler aus dem Landtage verschwinden, so hätten wir nicht die geringste Ursache, ihm auch nur eine Träne nachzuweinen. Solange das erbärmliche Wahlsystem noch bestehe, sei es ganz ausgeschlossen, eine wesentliche Aenderung in der Zusammensetzung des Landtages herbeizuführen. Eine viel bessere Waffe sei deshalb unsere Organisation, für deren Stärkung und weiteren Ausbau wir unermüdlich sorgen müßten. Der eigentliche Wahlkampf wird zweifellos an anderer Stelle ausgefochten als im Abgeordnetenhaus. Ueber das Wie und Wo würden die Genossen zu gegebener Zeit beraten und Beschlüsse fassen. Unsere volle Befriedigung könnten wir darüber aussprechen, daß die Resolution der Landeskommission ohne jede Abschwächung einstimmig angenommen wurde. Wenn man die Verhandlungen des Parteitages objektiv prüfe, so müsse man mit dem Verlauf und dem Ergebnis zufrieden sein. Auch die Genossen hätten alle im Wahlrechtskampf ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Unermüdlich müßten wir aber weiter agitieren und organisieren. Immer und immer wieder müßte es unsere ernsteste Aufgabe sein, die Massen aufzurütteln, in der Gewißheit, daß wir nur dann den Befreiungskampf in Preußen mit Erfolg führen könnten. Je mächtiger unsere Organisationen würden, um so sicherer würden die reaktionären Gelüste der Junker und sonstiger Arbeiterfeinde an ihnen zerschellen.

In der nunmehr folgenden

Diskussion

gab Genosse Schubert seiner Befriedigung über den Verlauf des Parteitages Ausdruck. Redner erwähnte die jüngste Tagung der Fortschrittlichen Volkspartei, auf der gesagt worden sei, die Annahme der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen bedeute ein Beugen unter das kaudinische Joch der Sozialdemokratie. Man müsse bei den fortschrittlichen Abgeordneten im Reichstag und im Landtage einen Unterschied machen. Im Reichstage würde ihnen immer etwas mehr auf die Finger gesehen als im Abgeordnetenhaus, wo sie doch oft viel reaktionärer seien als die Junker selbst. Mit Freuden sei die einstimmige Annahme der Resolution der Landeskommission auf dem Parteitag zu begrüßen gewesen. Unsere Aufgabe müsse es nun sein, dafür zu sorgen, daß überall — besonders auch auf dem Lande — nach der Resolution gehandelt würde.

Genosse Ledebour ging ebenfalls kurz auf die Tagung der preußischen Fortschrittler ein. Man habe sich gewaltig darüber aufgeregt, daß wir den Fortschrittlern Bedingungen gestellt hätten. Ein taktisches Zusammengehen sei jedoch nur möglich, wenn man sich eine gegenseitige Unterstützung zusichere. Was wir verlangten, wäre doch nicht einmal eine volle Gegenseitigkeit. Wir verlangten ja nicht einmal, daß für jeden Fortschrittler, der mit unserer Hilfe in den Landtag gewählt werde, auch ein Sozialdemokrat zu wählen sei. In Kreisen, in denen mehrere Abgeordnete gewählt würden, forderten wir nur ein Mandat. Habe zum Beispiel ein Kreis drei Abgeordnete zu wählen, so würden wir uns mit einem begnügen, während wir dafür zwei Kandidaten der Fortschrittler unterstützten. Die Praxis würde ergeben, daß wir viel mehr Fortschrittler unterstützten als umgekehrt. Nicht wir, sondern der Fortschritt würde beim Befolgen unserer Bedingungen ein gutes Geschäft machen. Setze er sich aber auf die Hinterbeine, so sei dies für uns nicht von allzu großer Bedeutung. Für uns sei die Erringung einiger Mandate keine Lebensfrage. Es wäre gewiß sehr angenehm, wenn wir einige Abgeordnete mehr in den Landtag senden könnten. Nie und nimmer dürften wir aber die Mandate erkaufen, wenn wir darauf verzichten sollten, die Massen aufzurütteln und zu brauchbaren Volkskämpfern zu erziehen.

Die intensive Agitation für unsere Grundsätze und Forderungen würden wir aber auch einschränken müssen, wenn wir die Eisner-Bernsteinschen Vorschläge angenommen hätten. Unverständlich bleibe es, wenn die Fortschrittler unsere Bedingungen — von denen sie doch große Vorteile haben — nicht annehmen würden. Was wir forderten, stehe doch im Programm der Volkspartei. Worin liege also das Entwürdigende? Es möge zugegeben werden, daß es mehrere der Fortschrittler ernst meinen. Personen könnten jedoch für uns nicht maßgebend sein, die Hauptsache seien die Grundsätze, zu denen sich der betreffende bekenne. Wir könnten nur den Kandidaten unterstützen, der die vollen Forderungen durchzusetzen verspreche und sich dazu verpflichte. Bei Mitgliedern der Volkspartei habe man doch schon die merkwürdigsten Dinge erlebt. Habe man doch in verschiedenen Kommunalverwaltungen, in denen der Fortschritt die Macht habe, das Wahlrecht verschlechtert aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

Redner führte noch einige Beispiele an, wie notwendig es sei, mit dem Dreiklassenwahlrecht endlich aufzuräumen. Er kam auf die letzten Vorgänge im Reichstage zu sprechen und das wertvolle Eingeständnis des Herrn Delbrück, daß kein Gesetz ohne Zustimmung der preußischen Minister zustandekommen könne. Wenn gesagt werde, die Politik des Reiches und Preußens müsse eine einheitliche sein, so sollte man doch zum mindesten auch dafür eintreten, daß das preußische Parlament auch nach dem gleichen Wahlrecht wie der Reichstag gewählt würde. Die kleine herrschsüchtige und raffgierige Sippe in Preußen habe eben das Heft in Händen und suche es mit allen Mitteln zu behalten. Ledebour forderte auf zum energischen Kampfe. Immer müsse versucht werden, die Indifferenten aufzurütteln. Reine Bahn müsse gemacht werden mit dem ganzen reaktionären Gesindel.

Der Vorsitzende stellte fest, daß die Generalversammlung mit den Beschlüssen des Parteitages und insbesondere mit der Haltung der Delegierten einverstanden war. Er wies noch auf die bevorstehenden Parteiarbeiten (Hausagitation, Vorarbeiten zur Landtagswahl usw.) hin und forderte zu reger Beteiligung auf.

Aus der Partei.

Die russische Arbeiterpresse im Jahre 1912.

Die Wiederbelebung der wirtschaftlichen und politischen Massenbewegung der russischen Arbeiterklasse im verflossenen Jahre hat es mit sich gebracht, daß die Arbeiterpresse, den unerhörtesten Verfolgungen zum Trotz, endlich festen Fuß gefaßt hat. Welch einen Umfang sie gegenwärtig erreicht, und welche Opfer sie gefordert hat, ist aus den nachstehenden noch unvollständigen Angaben ersichtlich. Das Wochenblatt „Swesta" (Stern) erschien in 60 Nummern, von denen 17 konfisziert und drei mit einer Strafe von 1500 Rubel belegt wurden. Das Blatt hatte 8 Gerichtsprozesse, die insgesamt 11 Jahre 5 Monate Gefängnishaft ergaben. Die Wochenblätter „Sdiwoje Djelo" und „Newski Geolos" erschienen in 24 Nummern, von denen 16 konfisziert und 3 mit einer Strafe von 1500 Rubel belegt wurden. Bisher hatten diese Blätter 3 Gerichtsprozesse, die insgesamt 2 Jahre 5 Monate Gefängnishaft ergaben; einige Prozesse schweben noch. Von den jetzt erscheinenden sozialdemokratischen Tageblättern in Petersburg brachte die „Prawda" 204 Nummern heraus, von denen 25 konfisziert und 4 mit einer Strafe von 1800 Rubel belegt wurden. Ferner wurden 3 Redakteure zu je 3 Monaten im Verwaltungswege verurteilt. Das zweite sozialdemokratische Tageblatt „Lutsch" brachte 86 Nummern heraus, von denen 29 konfisziert und 5 mit einer Strafe von 2250 Rubel belegt wurden. Die sozialdemokratische Monatsrevue „Rascha Sarja" wurde einmal konfisziert und einmal mit einer Strafe von 300 Rubeln belegt. Ein Redakteur wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, bei vielen Mitarbeitern und in der Redaktion fanden zahlreiche Haussuchungen statt. Wir übergehen die nicht minder heftigen Verfolgungen der russischen, lettischen, jüdischen, grusischen Arbeiterpresse in der Provinz, wie die Strafen gegen die Gewerkschaftsblätter. Insgesamt ergeben die behördlichen Verfolgungen nach unvollständigen Angaben folgendes Fazit: 97 Konfiskationen, 12950 Rubel Strafe, 21 Jahre 7 Monate Gefängnis, ein Fall lebenslänglicher Deportation, ein Jahr administrativer Verhaftung!

Jugendbewegung.

Kampf gegen die Arbeiterjugend in Königsberg in Preußen.

Am Sonntag, den 19. Januar, fand in Königsberg i. Pr. eine Jugendversammlung statt, in der Redakteur Marchionini einen Vortrag über das Thema hielt: „Preußische Geschichte vor 100 Jahren". Angesichts der demnächst gerade in Königsberg stattfindenden Jahrhundertfeier der Befreiungskriege von 1813 war dieses Thema für Königsberg ganz besonders aktuell. Auch die Polizei war durch zwei Beauftragte vertreten. Der Redner hielt einen rein historischen Vortrag und trotzdem die Beamten gespannt aufpaßten, konnten sie einen Grund zum Einschreiten nicht finden. Erst am Schluß des Referats, als der Redner noch zwei Sätze zu sprechen hatte, glaubte einer der Polizeibeamten zu entdecken, daß Politik erörtert werde. Als der Redner sagte, der König habe die versprochene Volksvertretung nicht gegeben und diese wäre erst 1848 auf den Barrikaden erkämpft worden, erhob sich einer der Beamten und sagte: „Herr Marchionini, Sie begeben sich aufs politische Gebiet". Zu der Versammlung gewendet fuhr der Beamte dann fort: „Ich fordere Sie auf, im polizeilichen Interesse den Saal zu verlassen." Auf die Frage, worin denn die politischen Erörterungen gefunden werden, erklärte er, das werde man im schriftlichen Bescheide erfahren. Er forderte dann nochmals alle Anwesenden auf, den Saal zu verlassen und fügte noch hinzu, er tue das „aus allgemeinen Befugnissen der Polizei, um strafbare Handlungen zu verhüten. Hierauf schloß der Versammlungsleiter, Genosse Krüger, die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Jugendbewegung. Inzwischen waren mehrere Kriminalbeamte und uniformierte Schutzleute herangeholt worden, die anscheinend schon in Bereitschaft gehalten worden waren. Diese hielten die sich entfernenden Versammlungsbesucher an, suchten die etwa 12 bis 15 Jüngsten und Kleinsten aus und nahmen sie nach der Polizeiwache mit, um ihre Personalien festzustellen.

Das Vorgehen der Beamten ist vollkommen unberechtigt, umsomehr, als eine Auflösung der Versammlung nicht ausgesprochen wurde. Beschwerde ist eingelegt, und am nächsten Sonntag findet eine neue Jugendversammlung statt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. R. 28. Die Scheidung der Ehe ist nicht zulässig, da Sie österreichischer Katholik sind. — **L. 110.** 1. Der Abzug ist nicht zulässig, sofern Ihre Schwägerin ordnungsgemäß gekündigt hat. 2. In der Regel ja, jedoch nur die im letzten Monat entzwei geschlagenen Gegenstände. 3. Amtsgericht. — **F. 62.** Nein. Es muß die Geburtsurkunde beigebracht sein. — **E. 22.** Sie brauchen die Miete dem Vertrage entsprechend nur in vierteljährlichen Vorausbezahlungen zu leisten. Würden Sie über das laufende und kommende Quartal hinaus bezahlen, so bestände die Gefahr, daß der Erwerber des Grundstücks oder Hypothekengläubiger für die spätere Zeit die nochmalige Bezahlung beanspruchen können. — **E. R. 100.** 3,50 Mark. — **A. G. 22.** Die Geschwister können, da sie zu den pflichtteilsberechtigten Erben nicht gehören, im Testament vollständig übergangen werden. — **A. B. 110.** Es läßt sich nur mit Zustimmung Ihres Mannes verfügen. — **Abonnent 1894.** Die Ueberführung in die Anstalt ist mit Zustimmung des Ehemannes möglich, sofern die Aerzte Geisteskrankheit annehmen, auch ist alsdann eine Entmündigung zulässig. Der Vormund würde über das Eigentum Verwaltung haben. Eine Scheidung wäre erst zulässig, wenn die Geisteskrankheit 3 Jahre andauert und nachgewiesen werden kann, daß eine Besserung nicht zu erwarten ist. — **M. 52.** Ja, am zweckmäßigsten auf dem Polizei-Präsidium. — **Eigentum.** Der Ehevertrag ist zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll zu erklären und alsdann ist die Eintragung in das Güterrechtsregister sowie die Publikation zu beantragen. Die Kosten würden sich bei dem angegebenen Objekt auf etwa 30 M. belaufen. — **Paul 13.** Sämtliche von Ihnen genannten Personen sind an sich zahlungspflichtig, je nach der Leistungsfähigkeit; sofern Ihre Frau so viel verdient, wie zu ihrem Unterhalt nötig ist, halten wir auch Sie zu einer Beisteuer von etwa 3—5 M. monatlich für verpflichtet, ebenso Ihren Bruder. Bei den anderen Personen fehlt die Höhe der Verdienstangabe, so daß sich da nichts Näheres sagen läßt. — **R. M. 84.** 1. Ja. 2. Geburtsurkunden sowie Militärpaß des Mannes. Beim Kirchenaustritt ist Taufschein oder Konfirmationsschein notwendig. 3. Ja. Für den Fall, daß im vorausgegangenen Kalenderjahr infolge Arbeitslosigkeit ein Verdienstausfall von mindestens einem Fünftel des steuerpflichtigen Einkommens eingetreten ist.

— **A. W. 84.** 1. u. 2. Ja. Werden Kosten liquidiert, so stellen Sie beim Magistrat einen Antrag auf Erlaß. — **E. H. 6.** 1. u. 3. Ihre Darstellung ist unverständlich. 2. Ja. — **English custom.** 1. Krankenversicherungspflichtig nicht, wohl aber invalidenversicherungspflichtig. Die Karte erhält die Aufwärterin auf dem Polizeirevier, in dessen Bezirk die Arbeitsstelle liegt. 2. Eigenhändig geschriebenes, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehenes Testament ist rechtsgültig. Sie können dasselbe auch in eigener Verwahrung behalten. Die Erklärung, daß die Leiche eingeäschert werden soll, geschieht am zweckmäßigsten gegenüber einem zur Führung eines Dienstsiegels berechtigten Beamten, z. B. auf dem Polizeirevier, bei dem Bezirksvorsteher, Schiedsmann, Armenvorsteher. — **E. W. 29.** 1. Noch bis 12 Uhr nachts, falls angebracht werden kann. 2. Nein, falls ordnungsgemäß gekündigt ist. — **F. B. Straßenbahn.** 1. Ja. 2. Die Gemeinde ist zur Tragung der Kosten nicht verpflichtet; wenn die Angehörigen sich dazu nicht bereit erklären, würde die Beerdigung in Eberswalde stattfinden. 3. Magistrat der Stadt Berlin. — **E. B. 100.** Als Vorarbeiter unterliegen Sie auch bei dem genannten Einkommen der Krankenversicherungspflicht; als Werkmeister oder Betriebsbeamter jedoch nicht. Ob das eine oder andere zutrifft, läßt sich erst sagen, wenn man Ihre Tätigkeit genauer kennt. — **R. H. 1003.** Sie können beim Amtsgericht Klage erheben. Auch würde auf Antrag voraussichtlich eine einstweilige Verfügung ergehen. — **M. Sch. 29.** Ob die Krankenkasse über die Dauer von 26 Wochen hinaus haftet, richtet sich nach dem Statut. Von Beendigung der 26. Woche ab kann Invalidenrente beansprucht werden, sofern die gesetzliche Wartezeit von 200 Beitragswochen erfüllt ist. Für das Sterbegeld bleibt die Krankenkasse noch ein Jahr nach erfolgter Aussteuerung haftbar, sofern die jetzige Krankheit die Ursache des Ablebens ist. — **Finow, 9.** Ihre Darstellung reicht nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **F. J. 90.** 1. und 2. Ja, sofern ein berechtigtes Interesse dargetan wird. — **A. D. 58.** 1. Das ist zulässig. 2. Zweckmäßigerweise ja. 3. Nein. 4. Der Eigentümer, eventuell der vom Gericht eingesetzte Verwalter. — **P. Z. 25.** 1. und 2. Die Abmachungen hatten Gültigkeit für das laufende und kommende Quartal. Nach Ihrer Darstellung also für die Zeit bis einschließlich Dezember vorigen Jahres. Sie können also Zahlung für die fragliche Zeit ablehnen. 3. Falls eine Kündigung bisher nicht erfolgt ist, ist auch der Ersteher an den alten Vertrag gebunden. — **J. R. 35.** Nach Ihrer Darstellung nein. — **Alter Abonnent Nr. 100.** 1. Der Inhalt ist ausreichend. Das Testament muß von einem der Teile eigenhändig geschrieben, mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen sein. Der andere Teil muß den eigenhändigen Zusatz machen, daß das Testament als das seinige gilt und ebenfalls diesen Zusatz mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen. 2. und 3. Nein. — **T. M.** Nein.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 23. Januar 1913.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Königgrätzer Straße. Brand.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Der Austausch-Leutnant.
Deutsches. König Heinrich IV. 2. Teil.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Dr. O. Heinroth: Bilder aus dem Vogelleben: Kuckuck und Ziegenmelker. Hörsaal 8 Uhr: Konstruktions-Ingenieur A. Keßner: Die Weltmacht des Eisens.
Kroll. Der gutsitzende Frack.
Kurfürsten-Oper. Stella maris.
Deutsches Opernhaus. Oberon.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Lessing. Das Prinzip.
Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin.
Kammerspiele. Schöne Frauen.
Groß-Berlin. Das Fürstenkind.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der heilige Antonius.
Kleines. Professor Bernhardi.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Komödienhaus. Die Generalsecke.
Rose. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wüstenmoral.
Schiller O. Wolkenkratzer.
Schiller-Charlottenburg. Die Schmetterlingsschlacht.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schufticana.

Anfang 8½ Uhr.

Lustspielhaus. Majolika.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Zaungast.
Walhalla. Goldener Leichtsinn.
Folies Caprice. In Sachen Katzenstein. Die Doppelfirma. Die Tochter der Braut.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Die Doppelgängerkomödie.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Gaßner-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Hedda Gabler.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Das Konzert.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Im weißen Rößl.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Schmetterlingsschlacht.**
Freitag, abends 8 Uhr, zum 1. Male: **Uriel Acosta.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Wolkenkratzer.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die Jüdin von Toledo.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Uriel Acosta.**

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königgrätzer Straße
Donnerstag, 7 Uhr, zum 1. Male: **Brand.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater am Nollendorfplatz 5.
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwank i. 3 Akt. v. Hennequin u. Weber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(Jr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Luisen-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Berlin-Hamburg-New York.** Gr. rom.-komisch. Ausstattungsstück von Ernst Ritterfeldt. Musik von Georg Jurinsky.
Freitag und Sonnabend, abends 8 U.: **Berlin-Hamburg-New York.**
Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung. Premiere: **Der Wunschpeter u. das Glücksglasmännlein.**
Voranzeige! Sonntag, ab 8 Uhr: Premiere: **„Und hätte der Liebe nicht . . .“**

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Volksstück m. Ges. in 3 Akten von Adolph L'Arronge. Musik von R. Bial. — Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Mein Leopold.
Sonnabend nachm. 4 Uhr:
Schneewittchen u. die 7 Zwerge.
Sonntagnachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Vorletzte Woche!
des grandiosen Programms.
Melsa **Ritschie Comp.**
Knill und Kroll. **Darius Yana.**
8½ Uhr:
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. **Leo Fall.** Usw.

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverk. 11—2 (Theaterk.)

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Jeden **Dienstag** und **Donnerstag:**
Großes bayerisches Bockbierfest
mit sensationell. Prämierungen.
Preise 15, 10 u. 5 M.
Bedienung durch echt bayr. Madl'n.
Kapelle des urkomischen
Seppl Weinzierl in München.
Vollständig neue Dekorationen!
— !! Stimmung !! —
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Passage-Panoptikum
50 wilde Weiber Männer Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Dr. O. Heinroth:
Bilder aus d. Vogelleben: Kuckuck u. Ziegenmelker.
Hörsaal 8 Uhr: Konstr.-Ing. A. Keßner: Zum 1. Male:
Die Weltmacht des Eisens.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 23. Januar:
Gastspiel in Puhlmanns Theater,
Schönhauser Allee 148.
Volkssohn und Fürstenkind.
Volksschauspiel in 4 Akt. v. P. Heyse.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anf. 8½ Uhr.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor.
Allabendlich 8¼ Uhr:
Goldener Leichtsinn.

Neue Welt
Arnold Scholz — Hasenheide 108/114
Elitetag.
Heute Donnerstag, den 23. Januar:
Keine Fleischnot!!
Großes Prager-Schinken-Essen
von Lucullus.
Anschnitt 9 Uhr. **Portion 80 Pf.**
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang **7** Uhr. Entree **30** Pf.
Wunderbare Alpendekoration.
Im neuen Saal: Großer Ball.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Donnerstag, 23. Jan., abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Berlins größte Attraktion!
Cäsarios
Löwen- und Tigergruppe.
Wiedervorführung
des bösartigst. Löwen Hercules.
Um 9¼ Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Die Feuer-Fontäne.
Wirklich brennendes Wasser.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 23. Jan., abends 7½ Uhr:
Größte Sensation des Tages!
Mac Norton
genannt das menschliche Aquarium
trinkt 50—100 Glas Bier in 5 bis 6 Minuten. Mac Norton kann deshalb mit Recht als der größte Alkoholiker bezeichnet werden.
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!!)
sowie die gesamten neuen Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
„Sevilla“

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke
Tägl. abds. ½8, Sonnt. ½6 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Burleske m. Gesang — und das **groß. Spezialitätenprogramm**
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Cavalleria schufticana.
Von Meysellini.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand der Spree!

Nißles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen
und Bockbierfest.
C. Nißle.

Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wendt u. A. Schütze.
64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten und bekannten
Hoffmanns Sänger
mit vollständig neuem Programm
Anfang **8** Uhr.
Nach der **Soiree:** **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 26. Januar 1913:

22. Stiftungs-Fest

in Kellers Neue Philharmonie, Köpenickerstr. 96/97.

Kammermusik-Abend.

MITWIRKENDE:

Das Schillertheater-Quartett: Prof. Florian Zajic (1. Violine) :: Frau Gertrud Steiner-Rothstein (2. Violine) :: Herr Hans Hasse (Bratsche) :: Prof. Heinr. Grünfeld (Cello) ::
Frl. Elsa Dankewitz (Gesang) :: Prof. Oscar Schubert (Klarinette) :: Herr A. Schaper (Fagott) :: Herr Otto Rembt (Horn) :: Herr Albert Conrad (Baß).

Vortragsfolge:

1. Quintett für Klarinette und Streichinstrumente in A-Dur — W. A. Mozart.
   Allegro, Larghetto, Menuetto, Allegretto con Variazioni.
2. Violinsolo: a) Adagio. b) Rondo aus der Haffner-Serenade . . . . — Mozart.
3. Schottische Lieder mit Triobegleitung . . . . . — L. v. Beethoven.
   a) Noch einmal. b) Der treue Johnie. c) Das Bäschen in unserem Sträßchen.

— Pause. —

4. Cellosolo: a) Adagio. b) Gavotte aus „Idomeneo“ . . . . . — W. A. Mozart.
5. Lieder: a) Meine Lieder, meine Sänge. b) Unbefangenheit. c) Der kleine Fritz an seine jungen Freunde — C. M. v. Weber.
6. Septett für Violine, Bratsche, Horn, Klarinette, Fagott, Violoncell und Kontrabaß . . . . . — L. v. Beethoven.
   Adagio-Allegro con brio. — Adagio cantabile. — Tempo di Menuetto. — Tema con Variazioni. — Scherzo-Allegro molto e vivace. — Andante con alla Marcia-Presto.

Konzertflügel: Ibach.

Eröffnung 6 Uhr. **Beginn 7 Uhr.**

Nachdem: BALL.

Eintrittskarten à 75 Pf. sind zu haben bei **Horsch,** Engelufer 15. **Reul,** Barnimstr. 42. **Vogel,** Lortzingstr. 37. **Kaczorowski,** Ravenéstr. 6. **Gottfr. Schulz,** Am Kottbuser Tor. **Weihnacht,** Grünstr. 21. **Radke,** Neue Jakobstr. 1—3, und in der Schule, Grenadierstrasse 37.

An der Kasse 1 Mark. 6/3*

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Katzenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10¾ halb. Kass.-Preise. Wein- u. Bier-Abt.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musikc. **Kaiser-Alexander-Reg.,** Dirig. Kgl. Musikdir. **Brase,**
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. **Eintritt 50 Pf.** **Anfang 8 Uhr.**
An allen **Wochentagen:**
Gr. Nachmittags-Konzert bei **freiem** Eintritt.

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(früher **Schippannowski**)
(Bahnh. Börse) **Spandauer Brücke** (Bahnh. Börse)
Vollständig renoviert
Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend :: mit großem Konzert
bei freiem Entree!
Traiteur Walter Seyring, früher Reichshallen, jetzt noch Konzerthaus „zum Hofjäger“.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokrat. Wahlverein f. den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bez. 380.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Händler

Karl Schulz

Landsberger Str. 4,
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
210/12 **Der Vorstand.**

Am Montag, den 20. d. Mts., verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, der Tischler 21506

Franz Clemens

im 52. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Die trauernde Witwe
Ida Clemens geb. **Danske,**
Antonstr. 33.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2½ Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Franz Clemens

Antonstr. 33, im Alter von 52 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Januar, nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes in der Müllerstraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
78/2 **Die Ortsverwaltung.**

Hierdurch teile ich sämtlichen Bekannten mit, daß meine Frau nach kurzem, schwerem Leiden am Montag früh sanft entschlafen ist.

Um ein ehrendes Andenken bittet 38a

Max Dauselt
nebst Verwandten.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden sowie bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des 14/1

Gastwirtes
Gustav Wettermann

sage ich hiermit allen seinen Genossen, Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichen Dank.

Frau Witwe Wettermann
geb. Aust
Naunynstraße 82.

Diese Woche!!

Inventur-

Extrapreise für
Buntpersische doppelseitige
Diwandecken

à M. 5,85—8,75 (bisher 10-15 M.)
einfachere Qualität 4,35 4,85

Bunte
Mokett-Plüsch-Diwandecken.
Moderne kleine Muster 16,85 (bisher 27 M.)
Mokett-Tischdecken 8,75 (bisher 15 M.)

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158
Habe nirgends Filialen!
Räumungs-Extraliste
(enorm billiger Angebote)
gratis und franko.

Nur 4 Tage

Unser
Inventur-Ausverkauf
schließt am 20. Januar 1913 mit dem
Ausverkauf
der
Hosen-Bestände

Alle Stoffhosen
für Herren und Jünglinge zu
herabgesetzten Preisen!

Pelze, Pelzwaren
soweit noch vorräf. **spottbillig**

Kleider-Werke
Baer Sohn

Sonntag von 12–2 geöffnet

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Str. 20
-Berlin- Gegr. 1891
11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 40 (Neueste Moden) kostenfrei

TAG Cigaretten

Cigaretten
der
Tabakarbeiter-Genossenschaft
Spezialität III

Sie unterstützen uns, wenn Sie bei Ihrem Cigarrenhändler unsere Cigaretten fordern.

Vertreter:
P. Horsch, Engelufer 15,
Cigaretten- u. Tabak-Großhandlung.

Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31,
4 Säle, Kegelbahn, Vereinszimmer, noch zu vergeben. **Fritz Walterstein.**

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Nur seinem hervorragend feinen Geschmack verdankt der

Kapitän-Kautabak

den guten Ruf, den er unstreitig besitzt. Machen Sie einen Versuch mit dem echten Kapitän-Kautabak und Sie werden von seiner Güte überzeugt sein.

Verkaufsstellen, wo auch die fl. **Kautabakdosen gratis** verabfolgt werden, weist gern nach: 52982*

C. Röcker, Berlin, Grünerweg 119 (Königst. 3861).

Sterbekasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter (Hetzelsche Kasse).

Sonntag, den 26. Januar 1913, vormittags 9½ Uhr pünktlich:

Generalversammlung
im
Vereinshaus Berliner Musiker,
Kaiser-Wilhelm-Straße 18m, unterer Saal.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Antrag auf Aenderung des § 15 des Statuts: Erhöhung der Sterbeunterstützung. 4. Antrag der Herren Oriwohl, Mohs und Liebetrau auf Aenderungen der §§ 21, 27, 28, 29 des Statuts und zwar auf a) Erhöhung der Remuneration für den Vorstand, b) Vergrößerung des Vorstandes, c) Beschlußfähigkeit des Vorstandes, d) Ausscheiden von Vorstandsmitgliedern, e) Vertretung des Rendanten, f) Jährliche Festsetzung der Remuneration. 5. Neuwahlen von Vorstandsmitgliedern (Vorsitzenden, Rendanten, 2. Schriftführer). 6. Neuwahl der Revisoren. 1982b*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.
J. A.: G. Wegner, Vorsitzender.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. kons. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—9.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Das Ideal der Hausfrau
ist eine
Singer Nähmaschine

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

Zu haben in sämtlichen Läden mit nebenstehendem „S"-Schild oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr, im Schullokal, Grenadierstr. 37:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Beiträge müssen bezahlt werden. 6/4*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83—85.
Verwaltung: Telephon: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweis: Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 23. Januar 1913, abends 8 Uhr in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21

Allgemeine Klempnerversammlung
Berlins und der Vororte.

Tagesordnung:
1. **„Die gegenwärtige Situation in unserem Beruf und was ist zu tun."** Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 111/8

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und da andererseits der **Ablauf des Tarifes** vor uns steht, ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen, insbesondere die Kollegen aus den Vororten, sowie diejenigen aus den **kleineren Betrieben.** Bringt auch die **Unorganisierten** mit. Die Vertrauensleute werden ersucht, um 7 Uhr im obigen Lokal zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 24. Januar 1913, abends 8½ Uhr: in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Gemeinsame
Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke u. Branchen.

Tagesordnung:
1. **Bericht über den jetzigen Stand unserer Vertragsbewegung.**
2. Verbandsangelegenheiten. 78/1

Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Patente etc. erwirkt u. verwertet anerk. schnell Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer Berlin, Gitschinerstr. 106, n. d. Pat.-Amt
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein" gratis u. franko

PREIS-Ausschreiben.

1500 M. Bar-Preise!
1. Preis 1000.— M.
2. „ 300.— „
3. „ 100.— „
10 Preise, à 10.— „
Ferner 100 Trostpreise zu je 10 Flaschen Eisen-Malzbier à 2 M.

Das schönste Bild braucht den passenden Rahmen,
Das beste Gebräu einen richtigen Namen.
Wir spornen jung und alt hierdurch an,
Für Eisen-Malzbier, genannt „Ferrmaltan",
Wie es hieß bisher provisorischerweise,
Einen Namen zu finden! Es gilt hohe Preise!
Für den, der den richtigen Namen ergründet,
Der den Wert des Bieres treffend verkündet,
Der mit einem Wort es kann kräftig beweisen,
Wie heilsam ein Bräu aus Malz und Eisen.
— — — — — — — — — — — —
Wer schafft den neuen Namen herbei,
Dem lohnt's die **Löwen-Brauerei.**

Bei der Preisverteilung werden nur Teilnehmer berücksichtigt, welche die Lösung gleichzeitig
mit 5 Etiketten Eisen-Malzbier und 5 Etiketten Löwen-Gold od.
mit 5 Etiketten Eisen-Malzbier und 5 Etiketten Löwen-Versand
bis zum **1. März 1913** in einem Kuvert mit der Aufschrift: **„Eisen-Malzbier"** versehen, an die untenstehende Adresse einsenden.

Das Preisrichter-Kollegium, bestehend, aus:
Frau *Dr. Lasker-Marco*
Herrn *Kommerzienrat R. Feuer*
Herrn *Prof. Dr. E. Hollaender*
Herrn *Justizrat M. Bleyberg*
und dem Vorstand der Löwen-Brauerei Akt.-Ges.,
wird seine **Entscheidung am 1. Osterfeiertage,** dem **23. März 1913,** bekanntgeben.

Löwen-Brauerei Akt.-Ges., Berlin N.
Flaschenbier-Abteilung.
Fernsprecher: Amt Norden 10370, 10371, 10372.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Machtzuwachs der Sozialdemokratie in den Groß-Berliner Gemeindeparlamenten.

Mit der Ausbreitung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation erobert die Sozialdemokratie ständig neue Gebiete; immer weiter und mächtiger dringt sie in die gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften ein. Ein beredtes Zeugnis davon legt der Bericht des Parteivorstandes ab. Auch in den beiden Berliner Vorortkreisen geht es rastlos vorwärts. Schranke fällt auf Schranke. Positionen, die uns jahrzehntelang verschlossen waren, werden im unaufhaltsamen Siegeslauf von der Sozialdemokratie genommen. Selbst die festesten Wälle beginnen zu zerbröckeln. Der Brandenburgische Provinziallandtag und die Kreistage müssen es über sich ergehen lassen, daß die roten Hechte in die idyllischen Karpfenteiche dringen und das beschauliche Dasein der Edelsten und Besten der Nation beunruhigen.

Diese Tatsache stimmt die sonst so kampfesfrohe „Deutsche Tageszeitung“ recht traurig, wofür wir volles Verständnis haben. Die Schuld an diesem Machtzuwachs unserer Partei glaubt sie den bürgerlichen Parteien zur Last legen zu können, die es an einer genügend scharfen Bekämpfung der „Roten“ fehlen lassen, indem sie sich gegenseitig bekämpfen, statt mit vereinter Kraft gegen die Vaterlandsfeinde vorzugehen.

Großmütig, wie die „Deutsche Tageszeitung“ immer ist, verzeiht sie den Schöneberger Liberalen Zobelscher Richtung, daß diese einen Sozialdemokraten zum Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter gewählt haben. Aber daß so etwas auch in Neukölln passiert, ist schier unbegreiflich; wo so schneidige Attacken gegen die vaterlandslosen Gesellen geritten worden sind. Vor allem hat es dem edlen Organ der langjährige Stadtverordnetenvorsteher angetan, der, ohne die Erlaubnis der „Deutschen Tageszeitung“ einzuholen, „von seinem Sessel herab, offen, deutlich und laut, so daß es jeder im Sitzungssaale hören konnte, zu seinem Stellvertreter den bisherigen sozialdemokratischen Beisitzer in Vorschlag brachte“. Ganz unglücklich und untröstlich ist das Organ Knuten-Oertels darüber, daß 16 Liberale ohne Murren dem Winke ihres Oberhauptes folgten. Mit Verlaub! Es waren 17 Liberale? Wir müssen den bitteren Stachel leider noch tiefer in den zartempfindenden edlen Körper drücken. Es waren auch etwa ein halbes Dutzend Alt-Bürgerliche, die für den Sozialdemokraten stimmten. „Und nun die Gründe für diese Vorspanndienstleistung der Sozialdemokratie?“ „Man wollte durch diese Wahl beweisen, daß man bemüht sei, zum Besten der Stadt mit der Sozialdemokratie in gutem Einvernehmen zu leben.“ Das Wohl der Stadt ist dem Organ für Kaiser und Reich weniger wichtig, als eine sinnlose Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wir erwarten nicht, daß die „Deutsche Tageszeitung“ soviel Einsehen besitzt, daß eben 31 Stadtverordnete von 72 eine Macht darstellen, die sich durch böswilliges und hochmütiges Ignorieren nicht gut abtun läßt.

Daß auch in anderen Vororten Bürgerliche zum Teil dieser vorhandenen großen sozialdemokratischen Minderheit Rechnung trügen, verdient den schärfsten Tadel, obwohl die „Deutsche Tageszeitung“ wissen sollte, daß Sozialdemokraten selbst im Reichstage in manchen Kommissionen sogar den Vorsitzenden stellen.

Voller Trauer verhüllt die Kämpferin für deutsche Art ihr Haupt, wenn sie an die Zukunft denkt. Klagend schreit sie es in die preußischen Lande hinaus: „In den Vororten mit Landgemeindeverfassung sind in Kürze Neuwahlen vorzunehmen. Die Sozialdemokratie hat die gegenwärtig ausliegenden Listen sorgfältig geprüft und wacht auf das genaueste darüber, daß kein stimmfähiger Genosse vergessen wird. Die Bürgerlichen aber sehen kaum die Listen ein. Leider ist zu besorgen, daß die Sozialdemokratie neue Mandate erobert. Die dritte Wählerabteilung ist in vielen Vororten bereits verloren, und in die zweite dringen die Sozialdemokraten immer mehr ein. Hier heißt es also handeln, um weiteres Vordringen zu verhindern. Aber es besteht wenig Hoffnung.“

Bei diesen verklingenden Klagelauten hört man, wie gramerfüllt die edlen deutschen Männertränen ob dieser Hoffnungslosigkeit auf die zottige Männerbrust kullern.

Soweit unsere Parteigenossen die Macht haben, werden und müssen sie darum kämpfen, daß immer neue Sitze in den Gemeindeparlamenten erobert werden und die Ideenwelt des Sozialismus immer mächtiger zur Entfaltung gelangt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im vierten Kreise hat das Lokal „Residenz-Festsäle, Landsberger Str. 31, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber weigert sich, den Revers zu unterschreiben, mithin sind die „Residenz-Festsäle“ von der Lokalliste zu streichen und für organisierte Arbeiter als gesperrt zu betrachten. — Die Prachtsäle des Lokals „Englischer Hof“, Alexanderstr. 27c, sind wieder eröffnet. Der Inhaber, Otto Pachura, stellt uns seine Räume zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Friedenau. Heute Donnerstag, abends 8½ Uhr, im Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 64: Mitgliederversammlung.

Treptow-Baumschulenweg. Heute Donnerstag, den 23. Januar, abends 8½ Uhr: Mitgliederversammlung in Serpentins Festsälen, Baumschulenstr. 78. Tagesordnung: Bericht vom preußischen Parteitag. Referent: Genosse Groger. Aufstellung der Wahlmänner zur bevorstehenden Landtagswahl. Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Rosenthal. Freitag, den 24. Januar, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den Zahlabendlokalen aus. — Die Gemeindewählerliste liegt bis zum 30. Januar im Gemeindeamt, Hauptstr. 22, Zimmer Nr. 1, werktags von 8—3 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr aus.

Nowawes. Der zweite und dritte Vortrag des Gen. Thurow über die Technik der Landtagswahlen sollen an den nächsten zwei Freitagabenden, also am 24. und 31. Januar, ebenfalls im Schmidtschen Lokal, Ecke Friedrich- und Wilhelmstraße, stattfinden.

Berliner Nachrichten.

Die Zusammenlegung von Polizeirevieren in Berlin

hatte Stadtverordnete veranlaßt, vor jetzt drei Monaten eine Anfrage an den Magistrat zu richten. Sie wünschten zu wissen, welche Stellung er dazu einnehmen werde. Der Magistrat verschob damals die Beantwortung, weil er auf nähere Information warten wollte. Diese ist ihm inzwischen gegeben worden in einem Schreiben, das der Polizeipräsident ihm übersandt hat.

Der Polizeipräsident sucht das Bedenken zu zerstreuen, daß aus der Zusammenlegung der Polizeireviere irgendwelche Nachteile für die Bevölkerung erwachsen könnten. Er weist auf die Erfahrungen hin, die mit der schon im Mai 1912 erfolgten Zusammenlegung der bisherigen Reviere 13, 14, 15 zu einem Großrevier 13 und der bisherigen Reviere 26, 29, 55 zu einem Großrevier 26 gemacht worden seien. Die Bureauarbeiten der bisherigen kleineren Reviere werden gemeinsam in dem Bureau ihres Großreviers erledigt, so daß — wie das Schreiben sagt — „der Verkehr des Publikums nur noch zum Großrevierbureau stattfindet“. Die bisherigen Polizeiwachen der zusammengelegten Reviere sind einstweilen noch beibehalten worden, und die Schutzleute treten nach wie vor von dort aus ihren Dienst an. Aus dem Schreiben ist nicht zu ersehen, ob das Publikum auch bei Bedarf polizeilichen Schutzes sich an das Großrevierbureau wenden muß, um durch dessen Vermittelung die Wache anzurufen. Nach endgültiger Einrichtung der Großreviere sollen diese kleinen Revierwachen wegfallen und die Mannschaften auf Wachen der Großreviere stationiert werden, doch will man das wegen der noch bestehenden Mietsverträge nur ganz allmählich durchführen. Die Forderung, kleine Reviere zu einem Großrevier zu vereinigen, wird in dem Schreiben als eine alte, immer wiederkehrende bezeichnet. Die gegenwärtigen Reviere seien als taktische Einheit zu klein, auch wünsche man zu Reviervorstehern ältere Beamte mit reicher Lebens- und Diensterfahrung. Aus jetzt 117 Revieren, deren Bevölkerungszahl zwischen 3400 und 45 000 schwankt, sollen 42 Großreviere geschaffen werden, so daß jedes durchschnittlich etwa 40 000 Bewohner hätte. Von diesen Großrevieren erwartet der Polizeipräsident eine Reihe Vorteile. Als ersten führt er an: „Erhöhung der Bereitschaft, Schlagfertigkeit, Geschlossenheit, Wucht und Stoßkraft des Einzelreviers durch Zusammenlegung der einheitlich zu verwendenden, etwa dreifach größere Mannschaft mit 120—130 Mann. Die gegenwärtig in jedem Bedarfsfalle notwendige Zusammenziehung zahlreicher Mannschaften, die einander und dem Vorgesetzten unbekannt sind, ist ein Notbehelf.“ Das klingt, wie wenn Herr v. Jagow sich auf Straßenschlachten präpariert. Als zweiten Vorteil nennt er die bei Schaffung von Großrevieren durchzuführende Trennung des eigentlichen Straßensicherheitsdienstes vom polizeilichen Verwaltungsdienst. Der Sicherheitsdienst auf der Straße soll „ausschließlich der uniformierten Schutzmannschaft“ verbleiben, dagegen soll der polizeiliche Verwaltungsdienst einer neugebildeten Verwaltungsexekutive überwiesen werden, d. h. Beamte, die „ihren Dienst in bürgerlicher Kleidung ausüben“. Zu ihrem Dienst gehört z. B. Kontrolle der Hausgrundstücke, der Gewerbe- und Handelsbetriebe, der Fabrikanlagen, des Schankwesens, der Hausierer, der Bettler, der Kinderarbeit usw. Gegenwärtig werde der Beamte durch die Kontrolle dem Sicherheitsdienst entzogen und umgekehrt. Die Uniform wirke bei der Kontrolle diensterschwerend, für die Bürgerschaft sei sie entbehrlich. Das Schreiben zählt noch eine Reihe anderer Dinge auf, die der Polizeipräsident sich von der Revierzusammenlegung verspricht. Sie sind im wesentlichen verwaltungstechnischer Art. Nachteile seien von der Zusammenlegung nicht zu erwarten, wird behauptet. In den kleinen Revieren liege das Bureau oft nicht in der Mitte, so daß weite Wege, in vielen über 1500 Meter, manchmal bis 3200 Meter, nötig seien. In den Großrevieren werde, wenn man die Bureaus in die Mitte lege, die Entfernung 1450 Meter nicht übersteigen. Wie groß sie werden kann, wenn auch hier nicht die Mittenlage gewählt wird, sagt das Schreiben nicht. Es wird beabsichtigt, nächstens ein drittes Großrevierbureau einzurichten. In diesem und in dem schon bestehenden Großrevier 26 soll auch die Mannschaft in einer Großrevierwache vereinigt werden.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten das Schreiben vorgelegt mit der Erklärung, er sei jetzt zur Beantwortung jener Anfrage bereit.

Die Städtischen Straßenbahnen 1912. Die Städtischen Straßenbahnen von Berlin haben im Jahre 1912 eine recht günstige Entwickelung genommen. Die Zahl der beförderten Personen hat um mehr als 2 000 000 gegen das Vorjahr zugenommen. Sie betrug 1912 im ganzen 23 268 280. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme von 2 255 276 Personen. Demgemäß sind auch die Betriebseinnahmen um mehr als 200 000 M. gestiegen. Sie betrugen im letzten Jahre 2 158 881 M. An Fahrscheinen zu 10 Pf. wurden allein fast 20 000 000 ausgegeben, genau 19 895 053. Mit der Hochbahn besteht bekanntlich ein Uebergangsverkehr. Für jede beförderte Person erhalten die Städtischen Straßenbahnen 5 Pf. Auf diese Weise wurden von ihnen 1 264 199 Personen befördert. Ueber 2 000 000 beträgt die Zahl der beförderten Personen auf Zeitkarten, nämlich 2 108 805. Zu diesen Verkehrsleistungen waren 4 473 590 Wagenkilometer notwendig. Die Motorwagen legten 2 518 102 Kilometer zurück. An Platzkilometern wurden nicht weniger als 180 068 826 geleistet. Die Zahl der Motorwagen ist im Laufe des Jahres von 50 auf 54 vermehrt worden, die der Anhängewagen von 31 auf 50. Die Städtischen Straßenbahnen beschäftigen jetzt 440 Personen. Die Länge des Netzes beträgt jetzt 15½ Kilometer Doppelgleis.

Die Polizei-Verordnung betr. den Straßenhandel vom 19. November 1904 wird dem Vernehmen nach ebenso, wie dies bereits mit der Straßenordnung geschieht, einer Revision unterzogen werden. Der Straßenhandel unterliegt bekanntlich gewissen Beschränkungen; er darf in einer Reihe von Straßenzügen und auf bestimmten Plätzen im allgemeinen überhaupt nicht ausgeübt werden, in einer Anzahl anderer Straßen usw. dagegen ist der Straßenhandel unter Benutzung von Fuhrwerk oder großen Behältnissen verboten. Er umfaßt auch ferner das Verteilen von Reklamezetteln, Geschäftsempfehlungen, Bekanntmachungen, Aufrufen, Drucksachen und Photographien. Nun soll, wie gemeldet, zu § 118 der neuen Straßenordnung eine Bekanntmachung erlassen werden, welche die Grundsätze angibt, nach welchen bei Erteilung der polizeilichen Erlaubnis zum Ausstellen von Waren usw., sowie zum Umhertragen und Umherfahren von sonstigen Ankündigungsmitteln in Zukunft verfahren werden wird. Im § 24 dieser Bekanntmachung ist eine Reihe von Straßen und Plätzen aufgeführt, für welche die Genehmigung zum Umhertragen und Umherfahren von Ankündigungsmitteln aus verkehrspolizeilichen Rücksichten grundsätzlich nicht erteilt werden wird. Da für den Straßenhandel dieselben Gesichtspunkte (Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs) maßgebend sind, so sollen beide Verordnungen miteinander in Einklang gebracht und möglichst auch gleichzeitig in Kraft treten. Die Straßen und Plätze, in denen das Umherfahren usw. von Ankündigungsmitteln untersagt ist, werden dieselben sein, für welche das Verbot des Straßenhandels gilt. Das Verzeichnis dieser Straßen würde danach nur einer der beiden Verordnungen beigefügt zu werden brauchen, so daß ein bloßer Hinweis auf dasselbe für die andere Verordnung genügen würde. In diesen Grenzen dürfte sich die Revision der Polizeiverordnung von 1904 bewegen.

Der Ausschuß der deutschen Turnerschaft gibt im Verein mit dem Jung-Deutschland-Bund ein gemeinsames Blatt heraus, welches „belehrend, unterhaltend und zu allen gesunden Leibesübungen anregend in frischer, froher Weise zu den Herzen der gesamten deutschen Jugend sprechen soll“. Die „Jung-Deutschland-Post“ erscheint wöchentlich im Verlage von Mittler u. Sohn. Pflicht aller Arbeiterturner ist es, der deutschen Turnerschaft so schnell wie möglich den Rücken zu kehren. Arbeiter, deren Bestrebungen dort bekämpft werden, gehören nicht in die deutsche Turnerschaft, sondern in die Arbeiterturnvereine.

Die Errichtung von Straßenfernsprechzellen in Berlin wird immer mehr zu einer Notwendigkeit. Die Entwickelung des Verkehrs und des geschäftlichen Lebens in Berlin bedingt schnelle Verständigung. Dieser dient schon längst das Telephon. Seit längerer Zeit hat man Versuche gemacht, in den Kiosken Fernsprechgelegenheit zu schaffen. Diese Einrichtung ist nicht genügend bekannt, andererseits aber unbenutzbar nach Schließung der Kioske. Außerdem sind die Kioske nur auf bestimmte Stadtgegenden beschränkt, erfüllen also nach keiner Richtung hin das Bedürfnis. Es ist nun erwogen worden, die Litfaßsäulen mit Fernsprechgelegenheit auszustatten. Dieser Vorschlag hat das Bedenken gegen sich, daß während der Nachtzeit sehr leicht Mißbrauch getrieben werden könnte. Auf Grund wiederholter Eingaben der Handelskammer hat sich auch die Reichspostverwaltung mit der Angelegenheit beschäftigt; sie will die geäußerten Wünsche erfüllen. Es liegt jetzt nur noch an den städtischen Behörden, Entgegenkommen durch Hergabe geeigneter Stellen zu beweisen, auf denen Straßenfernsprechzellen aufgestellt werden können. Der Magistrat hat sich in einem früheren Stadium ablehnend verhalten, weil er meinte, es ständen genügend Buden und Häuschen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, daß man nicht noch neue hinstellen könnte. Dieser Grund ist kein durchschlagender. Es handelt sich um ein öffentliches Interesse, dessen Befriedigung die Stadt keinen Widerstand entgegensetzen sollte. Die Tiefbaudeputation, die sich gestern mit der Angelegenheit befaßte, beschloß einstimmig, dem Magistrat die Zustimmung zu der Aufstellung von Fernsprechzellen auch auf Straßen und Plätzen zu empfehlen. Diese Zellen werden aus Preßglas hergestellt und lassen von außen den Schatten der in der Zelle befindlichen Personen erkennen, sodaß Mißbrauch vermieden wird; sind auch in architektonischer Beziehung von gefälligem Aussehen. Diese Straßenfernsprechzellen können auch in den Nachtzeiten jederzeit benutzt werden; sie sind als Fernsprechautomaten gedacht. In Charlottenburg ist eine solche Straßenfernsprechzelle schon aufgestellt. Es ist zu hoffen, daß diesmal der Magistrat der an sich wünschenswerten Verkehrserleichterung zustimmt.

Die Regelung des Verkehrs für Fahrzeuge in der Friedrichstraße zwischen Behren- und Dorotheenstraße ist bekanntlich in der Weise erfolgt, daß die von Norden kommenden Fahrzeuge die Friedrichstraße nach Süden in gerader Linie durchfahren, während die von Süden kommenden Fahrzeuge die Friedrichstraße an der Behrenstraße verlassen müssen und erst durch die Charlotten- und Dorotheenstraße wieder in die Friedrichstraße gelangen können. Diese Einrichtung hat sich bewährt. Die Verkehrsregelung gestattete sogar eine Verschmälerung des Fahrdammes auf 7 Meter und eine dementsprechende Verbreiterung der Bürgersteige in diesem Teile der Friedrichstraße. Da die Verengung des Fahrdammes einen Nachteil für den Verkehr nicht mit sich brachte, verbreiterte man versuchsweise die Bürgersteige in der Friedrichstraße zwischen Behrenstraße und Unter den Linden noch weiter, so daß der Fahrdamm nur eine Breite von 5,50 Meter behielt. Auch hierdurch ist eine nachteilige Wirkung für den Fuhrverkehr nicht eingetreten. Die Verbreiterung der Bürgersteige hat sich aber im Interesse des Fußgängerverkehrs als sehr vorteilhaft erwiesen und ist vom Publikum sehr angenehm empfunden worden. Die Tiefbaudeputation hat deshalb in ihrer gestern stattgehabten Sitzung beschlossen, auch in der Friedrichstraße nördlich der Linden bis zur Dorotheenstraße den Fahrdamm auf 5,50 Meter zu verschmälern und die Bürgersteige entsprechend zu verbreitern.

Die Verkaufspreise für Seefische sind für Donnerstag, den 23. Januar, wie folgt festgesetzt: Kabliau, klein 30 Pf., ohne Kopf 32 Pf., im Ausschnitt 35 Pf., Rotzungen 31 Pf. Die Zufuhr ist immer noch sehr ungenügend; es kamen Dienstag und Mittwoch in Cuxhaven und Bremerhafen nur zwei Dampfer zur Löschung. Die ausgelaufenen Dampfer befinden sich zum größten Teil noch auf hoher See, da die Fänge durch Stürme sehr erschwert werden. Bei der infolge knapper Zufuhr starken Nachfrage waren die Preise äußerst hohe und konnte nur durch Ueberschreitung des Maximalpreises ein geringer Teil des bestellten Quantums gedeckt werden. Auch Seemuscheln konnten nicht besorgt werden, da die Muschelbänke vereist sind.

Die Eisenbahnbrücke über die Spree beim Bahnhof Bellevue soll einem Neubau weichen. Infolgedessen ist es erforderlich, auch die unter dieser Eisenbahnbrücke befindliche Fußgängerbrücke neu herzustellen. Die Tiefbaudeputation hat beschlossen, die Brücke für Fußgänger nicht wie bisher im Zuge der Eisenbahnbrücke über die Spree zu führen, sondern die Brücke vielmehr zu verschieben und in der Richtung der Calvinstraße zu erbauen.

Orientierungstafeln in Promenadenstraßen sollen in Zukunft in den in Betracht kommenden Straßen zur Aufstellung gelangen. Diese Tafeln haben den Zweck, zur Orientierung der Droschkenführer zu dienen. Bei den breiten Promenadenstraßen ist es den Droschkenführern nicht möglich, die Hausnummern der auf der entgegengesetzten Seite des Fahrdamms belegenen Häuser zu erkennen. Es sollen nun an jeder Seite der Promenade Tafeln angebracht werden, die die Hausnummern der anderen Häuserseite enthalten, so daß die Wagenführer sofort erkennen können, an welcher Stelle sie auf die andere Straßenseite einbiegen müssen. Mit diesen Orientierungstafeln ist bereits in der Lothringer Straße ein Versuch gemacht worden, der sich bewährt hat. Jetzt soll diese Einrichtung allgemein in den Promenadenstraßen zur Durchführung gelangen.

Probewagen für die Nord-Südbahn sollen von der A. E. G. und von Siemens u. Schuckert hergestellt werden. Beide Firmen hatten auf eine Ausschreibung hin ganz eigentümlicherweise gleichlautende Offerten eingereicht. Die Tiefbaudeputation beschloß, jeder Firma den Auftrag auf Herstellung eines Probewagens im Betrage von 22 500 M. zu erteilen. Man wird nach der Lieferung sich dann entscheiden, welcher Firma weitere Aufträge gegeben werden. Die gelieferten Wagen werden vor Abnahme erst auf einer Probestrecke besichtigt werden. Siemens u. Schuckert besitzen eine solche bereits auf dem Nonnendamm, während die A. E. G. im Begriff ist, eine solche Probestrecke bei ihrem Werk in Hennigsdorf herzustellen.

Ein Erbschaftsschwindler scheint von London aus einen Fischzug in Deutschland zu unternehmen. Seinem Namen nach ist er selbst auch ein Deutscher. Ein „Rechtsanwalt Dr. Martin“ aus der Coptic Street 9 zu London W. 10. versendet an Einwohner des Deutschen Reiches die Mitteilung, daß ihnen aus einem amerikanischen Nachlaß ein Erbteil zugefallen sei. Er legt zugleich einen Fragebogen bei, um dessen Ausfüllung er ersucht. Auch dieser Bogen enthält einen Vordruck, der dem Briefkopf ähnlich sieht. Worauf es abgesehen ist, geht schon daraus hervor, daß „Dr. Martin“ erklärt, das Erbteil könne in dem betreffenden amerikanischen Orte nur ohne jede Kürzung durch das zuständige Gericht ausgezahlt werden. Deshalb habe der Erbberechtigte mit dem ausgefüllten Fragebogen zugleich 20 M. Kostenvorschuß einzusenden. Der Fragebogen enthält außer einigen Personalfragen das in deutscher Sprache abgefaßte und vorgedruckte Gesuch des Erben an die Erbschaftsverwaltungsstelle um Aushändigung des Erbteils. Keinem Gericht in der Welt aber wird es einfallen, lediglich auf ein

gerartiges Gesuch hin irgendeine Erbschaft auszuzahlen. Zur Warnung seien die Papiere näher beschrieben. Beide, Brief und Fragebogen, enthalten ein Aktenzeichen und eine Folionummer und die Bezeichnung Fernsprecher: Gerrard Nr. 1152 „Erledigung von Rechtsangelegenheiten aller Art, Ermittelungen von Erbschaftsangelegenheiten, Korrespondenz: Englisch, Deutsch und Französisch." Es wäre erwünscht, daß besonders auch die Provinzpresse auf Herrn Martin und seine Zuschriften aufmerksam machte, und daß Leute, die sich mit ihm schon in Verbindung gesetzt haben, ihre Erfahrungen mit dieser Erbschaftsangelegenheit unverzüglich ihrer Polizei mitteilten. Hier in Berlin werden solche Mitteilungen von der Kriminalpolizei im Zimmer 100 entgegengenommen.

Durch Erhängen machte der Arbeiter Malzahn seinem Leben ein Ende. Malzahn wohnte erst seit kurzem bei dem Hauswirt Klinke, Joachimstr. 5. Arbeitslosigkeit und Nahrungssorgen waren das Motiv des Unglücklichen.

Die Arbeiter-Samariterkolonne „Groß-Berlin" hielt am Sonntag, den 19. Januar, ihre diesjährige Generalversammlung ab. — Das Geschäftsjahr 1912 war ein arbeitsreiches, der Erfolg ein zufriedenstellender. Bei 199 gestellten Wachen wurden 452 Samariter in Dienst gestellt, welche 887 Unfälle behandelten; der beste Beweis für die Notwendigkeit des Bestehens der Kolonne, die ihre Hauptaufgabe in der Aufklärung der Arbeiterschaft erblickt. — Der Mitgliederbestand hat sich gegen das Vorjahr erfreulicherweise erhöht, so daß jetzt eine Mitgliederzahl von 132 aktiven Samaritern festgestellt werden konnte. — Die Kassenverhältnisse sind befriedigend; die Einnahmen betrugen 5945,28 M., die Ausgaben 5729,92 M. Im Jahre 1912 wurden bedeutende Neuanschaffungen gemacht, 40 Samariter vollständig neu ausgerüstet; zwei neue Zelte mit vollständiger Inneneinrichtung sind angeschafft, so daß die Kolonne für alle Fälle gerüstet ist. — Die Gründung von zwei weiteren Abteilungen, in Berlin-Zentrum und Charlottenburg, wurde beschlossen. — Aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Kolonne findet am 8. März im „Deutschen Hof", Luckauer Straße, eine besondere Feier statt. — Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes. — In allen Angelegenheiten der Kolonne erteilt der erste Vorsitzende Paul Krause, Neukölln, Oderstraße 46, bereitwilligst Auskunft. In Geldangelegenheiten wolle man sich an den Kassierer A. Vogt, Berlin, Ackerstraße 66, wenden.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung, dessen Mitgliederzahl sich seit der Eröffnung des Berliner Krematoriums fast verdoppelt hat, hat in seiner Generalversammlung beschlossen, bei einem monatlichen Beitrag von 50 Pf. den Mitgliedern im Sterbefalle die ganzen Kosten einer Feuerbestattung zu erstatten sowie mit auswärtigen Vereinen ein Kartell auf gegenseitige Hilfe bei Bestattung von Mitgliedern zu schließen. Die Geschäftsstelle ist bei Jerwin, Urbanstr. 6.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Vor einer gutbesuchten Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Scholz den Bericht vom preußischen Parteitag. Redner zeigte insbesondere, daß die von Eisner und Bernstein gemachten Vorschläge unmöglich Annahme finden konnten. Eine bedingungslose Unterstützung der Liberalen sei für uns undiskutabel. Das dem so ist, habe der Verlauf des freisinnigen Parteitages, insbesondere die Ausführungen Fischbecks, mit aller Deutlichkeit bewiesen. Am Schluß seines eingehenden Referats ersuchte Redner die Genossen, im bevorstehenden Landtagswahlkampf voll ihre Pflicht zu tun, damit die komplizierten Wahlarbeiten bewältigt und diesmal der Kreis Neukölln-Schöneberg für die Sozialdemokratie erobert werde. In der Diskussion ersuchte Genosse Faaß die Genossen, der Agitation unter den Landarbeitern mehr ihr Augenmerk zu schenken.

Charlottenburg.

Beihilfe für Schwangere. Minderbemittelten Schwangeren, welche in Charlottenburg wohnen, werden von dem Charlottenburger Hauspflegeverein vier Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfen gewährt, meist in Gestalt eines kräftigen Mittagessens in folgenden Speisungsanstalten: Charlottenburger Ufer 16, Nehringstr. 11, Wilmersdorfer Str. 111, Berliner Str. 137 und Alt-Moabit 89. Meldungen nimmt die Ernährungsabteilung des Hauspflegevereins Marchstr. 7f Dienstags und Freitags zwischen 10 und 11 Uhr vormittags, möglichst sechs Wochen vor der zu erwartenden Entbindung entgegen.

Lichtenberg.

Ueber den preußischen Parteitag berichtete in der Versammlung des Wahlvereins Genosse Glöckner. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verlauf und den Beschlüssen des Parteitages ohne große Diskussion einverstanden. Am Schluß der Versammlung ersuchte der Vorsitzende die Genossen, in Zukunft für regeren Besuch der Versammlungen sowie für bessere Teilnahme an den Parteiarbeiten Sorge zu tragen.

Britz.

Aus der Gemeindevertreter-Sitzung. Zunächst gab der Bürgermeister über den Fortgang des in einer früheren Sitzung beschlossenen Rosenparks Auskunft. Es sind 52 Entwürfe eingegangen, von diesen standen 8 zur engeren Wahl; davon wurden 3 Entwürfe mit den ausgesetzten Preisen bedacht, einer wurde angekauft und soll zur Ausführung gelangen. Alle Entwürfe sind jetzt in der Aula der neuen Schule in der Chausseestraße ausgestellt und können von jedermann bis Sonnabend, den 25. Januar, täglich von 1—6 Uhr nachmittags besichtigt werden. Der Eintritt ist frei. — Dann wurden 16 000 Mark als uneintreibbare Armenpflegekosten niedergeschlagen. Die Britzer Ortskrankenkasse soll in eine den Bestimmungen des neuen Versicherungsgesetzes entsprechende Kasse umgewandelt werden, die sich auch auf die Landbevölkerung erstrecken soll. Die Tatsache, daß unsere Vertreter bei der Besetzung fast aller Kommissionen übergangen werden, dieselben daher manche wünschenswerte Aufklärung nicht erhalten können, führt oft zu sehr lebhaften Debatten, namentlich wenn über solche ihnen unbekannte Punkte der Tagesordnung in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt wird. Der Standpunkt des Herrn Tied: Macht geht vor Recht mag auf ostelbische Verhältnisse noch anzuwenden sein, vor den Toren Berlins ist er bereits, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überwunden.

Johannisthal.

Ueber Schulhygiene referierte in der gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dr. Alfred Bernstein. In vorzüglicher Weise wußte der Referent seine Zuhörer zu interessieren, indem er der heutigen mangelhaften Schulhygiene unsere Forderungen auf diesem Gebiete gegenüberstellte. Unsere Vertreter in Gemeinde- und Stadtparlamenten müßten immer wieder versuchen, die bürgerliche Gesellschaft an ihre sozialen Pflichten zu erinnern. Eine wirkliche Schulhygiene, eine harmonische geistige sowie körperliche Ausbildung der Schulkinder werde aber erst in der sozialistischen Gesellschaft zur Wirklichkeit werden. Diese herbeiführen zu helfen durch Eintritt in die Organisation und durch unermüdliche Mitarbeit in derselben sei Pflicht all derer, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt. Die Genossen Gonschur und Dühring stimmten in der Diskussion dem Referenten zu. Zum Punkt Landtagswahlen wurden die vom Vorstande vorgeschlagenen Wahlmännerkandidaten bestätigt. Bei den Ergänzungswahlen zum Bildungsausschuß wurde die Genossin Lauser gewählt. Unter Verschiedenem verlas der Vorsitzende einen eingelaufenen Brief, in dem Genosse Pfing und Frau, Kaiser-Wilhelm-Straße, Konfitürengeschäft, ihren Austritt aus dem Wahlverein erklären.

Weißensee.

10 009 Gemeindewähler verzeichnet die diesjährige noch bis zum 30. Januar für jedermann zur Einsicht im Rathause ausliegende Gemeindewählerliste. Es entfallen auf die 1. Abteilung 126, auf die 2. Abteilung 1393 und auf die 3. Abteilung 8490 Wähler. Ein Wähler der 1. Klasse verfügt demnach über ebenso viel Recht wie 11 Wähler der 2. Klasse und 69 Wähler der 3. Klasse. Jede Klasse wählt 8 Vertreter, der größte Teil der Wähler der 1. und 2. Abteilung hat Stimmrecht auf Grund seines Besitzes im Ort und läßt sich bei der Wahl mit einer Vollmacht vertreten; nicht selten kommt es vor, daß mehrere Parteien mit ein und derselben Vollmacht an den Wahltisch erscheinen. Für den Wahlvorstand ist das gewöhnlich eine heikle Situation. Je näher die Schönheiten des Dreiklassenwahlrechts betrachtet werden, desto mehr verfällt dasselbe dem Fluche der Lächerlichkeit. Seine Beseitigung nicht nur für das preußische Dreiklassenparlament sondern auch für die Kommune wird zu einer immer dringender werdenden Pflicht.

Ober-Schöneweide.

Die Frage der zukünftigen Be- und Entwässerung des Ortsgebietes harrt immer noch der Lösung. Trotz langjähriger Verhandlungen mit der Stadt Berlin betreffs Wasserlieferung aus dem im Bau begriffenen Werk in der Buhlheide sowie Anschluß der Schmutzwasserkanalisation an das Berliner Rieselfeld Hellersdorf hat eine Einigung nicht erzielt werden können. Die sich ergebenden Schwierigkeiten haben auch in neuerer Zeit zu Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Lichtenberg geführt. Bekanntlich hat Ober-Schöneweide von dieser Gemeinde nach einem Monopolvertrage Wasser für den alten Ortsteil zu dem horrenden Preise von 30 Pf. pro Kubikmeter zu entnehmen; es ist sogar in diesem Vertrage bestimmt, daß die Entnahme des zur Straßenbesprengung erforderlichen Wassers von dort zu erfolgen hat. Die Verhandlungen drehen sich deswegen um die Frage, wie diese drückende Last durch Schaffung eines für das gesamte Ortsgebiet geltenden annehmbaren Einheitswasserpreises los zu werden ist. Auch muß die zukünftige Wasserlieferung so gestaltet werden, daß nicht mehr die Interessenten als Einzelabnehmer, sondern die Gemeinde als Großabnehmer auftritt und dementsprechend dann den Wasserbezugspreis ihrerseits festlegt. Das Gemeindewasserwerk, welches ursprünglich nur für den Ortsteil Ostend geschaffen wurde und ohne größere Erweiterungen bald am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt sein dürfte, wird dann stillgelegt werden; ebenfalls wird die Ortskläranlage, welche durch ihre Gerüche sich oft unliebsam bemerkbar macht, nach Ableitung der Abwässer in ein Rieselfeld eingehen und in eine Pumpstation umgewandelt werden.

Heinersdorf (Niederbarnim).

Die Ersatz- und Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung in der 3. Abteilung fanden am Dienstagnachmittag von 5—7 Uhr statt. Bekanntlich hatte der Kreisausschuß die im März und April des Vorjahres vorgenommenen Wahlen für ungültig erklärt, da Wahlbier und ähnliche Dinge auf den Ausgang derselben mitbestimmend gewesen sind. Der Kampf selbst spielt sich in unserem so dicht vor den Toren Berlins gelegenen Ort zwischen dem Grundbesitzer- und Bürgerverein ab. Der angeblich — die gesunde Opposition — vertretende Bürgerverein kommt über die plattesten persönlichen Redensarten nicht hinaus. Forderungen prinzipieller Art, wie Ausbau der Schule, der Armen- und Wassenpflege, der Abänderung des zum Himmel schreienden Wahlunrechts, der sozialen Fürsorge sind den Leuten unbekannte Begriffe. Wie sollte es auch anders sein in einem Verein, in dem Magistrats- und pensionierte Polizeibeamte das Heft in den Händen haben. Dazu kommt, daß durch das Fehlen fast jeder Industrie, und durch die grenzenlose Abhängigkeit der in der Gärtnerei und Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter eine Arbeiterbewegung nur sehr schwer Fuß fassen kann. Auf diese Weise sind die Herren im Gemeindeparlament hübsch unter sich. Es erhielten die Kandidaten des Grundbesitzes — die Herren hatten diesmal auch einen wirklichen Arbeiter mit aufgestellt — 55, die des Bürgervereins 45, während für unsere Genossen nur 13 Stimmen aufgebracht werden konnten. Damit hat in allen drei Fällen Stichwahl zu erfolgen. Unsere Genossen werden sich bei der Stichwahl strikte der Stimme enthalten.

Ruhlsdorf.

In einer imposanten Versammlung unter freiem Himmel sprach Genosse Dr. Moses über das Thema: „Auf zum Kampf gegen Junker und Pfaffen". Der Referent geißelte in scharfen Worten die unfreien Zustände Preußens, die in der Bevormundung des Volkes durch die Polizei am besten zum Ausdruck kämen. Am Schlusse seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte der Redner die Anwesenden auf, bei der bevorstehenden Landtagswahl für die sozialdemokratischen Wahlmänner einzutreten. Genosse Schneider ermahnte die Versammlung, einzutreten in die sozialdemokratische Partei und in derselben für bessere Verhältnisse in Preußen mitkämpfen zu helfen. Mit einem begeisternden Hoch auf die sozialdemokratische Partei wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Reinickendorf.

Den Verkauf russischen Fleisches eingestellt haben sämtliche Schlächter im mittleren Ortsteil (Haupt- und Residenzstraße mit ihren Nebenstraßen). Angeblich soll der Konsum so gering gewesen sein, daß den Schlächtern das Fleisch verdorben sei. Doch ist das purer Schwindel. Wäre es nach dem Willen der Schlächter gegangen, dann wäre wohl manche Hausfrau vom Kauf russischen Fleisches abgeschreckt worden. Wahr ist wohl, daß den Schlächtern der Konsum des russischen Fleisches zu groß geworden ist. Und lediglich die Angst um ihren etwas geschmälerten Profit diktiert den Schlächtern ihr Verhalten und läßt sie das Odium auf sich nehmen, mit den Agrariern um die Wette die Aushungerung des Volkes zu betreiben. Wie wenig stichhaltig der angeführte Grund ist, beweist die einfache Tatsache, daß der Gesamtabsatz der gleiche geblieben ist, daß also der Umsatz derjenigen Schlächter, die russisches Fleisch verkaufen, ein größerer geworden ist. Der Gemeindevorstand versucht, dem nicht zu verkennenden und dringenden Bedürfnis auch insoweit gerecht zu werden, als er von dieser Woche ab nicht nur wie bisher Donnerstags, sondern auch Montags russisches Fleisch an die Schlächter verabfolgt. Während der Bedarf auf etwa 28 Zentner pro Woche geschätzt war, stellte er sich von Anfang an auf vierzig Zentner und ist schnell auf zirka 80 Zentner gestiegen. Insgesamt wurden bis jetzt seit Anfang November eingeführt 232 Zentner Rind- und 845 Zentner Schweinefleisch, außerdem eine erhebliche Menge Lungen und Lebern. Und diese Zahlen wären wahrlich weit größer, wenn eine Anzahl Schlächter nicht von vornherein alles getan hätten, um durch außerordentlich starke Knochenbeilagen, absichtlich unappetitliches Zerteilen der Tiere usw. den Käuferinnen den Kauf russischen Fleisches zu verekeln. Da alle diese Versuche doch nicht zum gewünschten Ziele führten, ließen die Schlächter schließlich die Maske fallen und beschlossen in ihrer Innungsversammlung im Dezember, den Verkauf russischen Fleisches einzustellen. Allerdings war dieser Beschluß nur möglich durch die Anwesenheit der großen Zahl in Reinickendorf dominierenden Großschlächtermeister. Daß sich aber die Ladenschlächter diesem Beschlusse nur allzugern fügen, beweist das sicherlich auf Verabredung beruhende Vorgehen der Schlächter im mittleren Ortsteil, das anscheinend jetzt auch vom Gemeindevorstand verurteilt wird. Und doch ist der Gemeindevorstand von der Mitschuld an diesen Zuständen nicht freizusprechen. Mit Händen und Füßen hatten sich die Schlächter von Anfang an gegen den Verkauf gewehrt und doch hatte der Gemeindevorstand ihn diesen aufgedrängt. Als dann bald darauf die bekannten Klagen laut wurden, beantragten unsere Genossen, daß auch in Reinickendorf, wie schon vorher in Berlin, Wilmersdorf und Pankow, der Konsumgenossenschaft der Verkauf russischen Fleisches übertragen werde. Doch der Gemeindevorstand wußte, was er den erst- und zweitklassigen Gemeindewählern — „wir arbeiten ja nur für Sie, meine Herren!" — schuldig ist. Im dreimal geheiligten Profitinteresse mußte dieses Attentat auf den Geldbeutel der „armen, nahe am Rande des Bankrotts stehenden" Schlächtermeister vereitelt werden, und die Petenten wurden beschieden: „daß der Gemeindevorstand und die Finanzkommission in gemeinsamer Sitzung beschlossen haben, Ihren Antrag auf Zulassung der in Reinickendorf vorhandenen Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft zum Verkauf russischen Fleisches abzulehnen, da dies mit dem mit der hiesigen Fleischerinnung getroffenen Abkommen nicht vereinbar erscheint". Und die Herren Schlächtermeister? Sie scheren sich den Teufel um den Vertrag und zeigen nun dem geblaßmeierten Gemeindevorstand und der verehrlichen Finanzkommission, was sie mit den getroffenen Abmachungen für vereinbar halten.

Nowawes.

Die Errichtung von Hinterhäusern am Park Babelsberg verbietet eine neue Polizeiverordnung, deren Erlaß in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen wurde. In Betracht kommt hierbei der Ortsteil, der von der Wilhelmstraße, Hermannstraße und dem Park Babelsberg begrenzt wird. Die Veranlassung zu dieser neuen Verordnung gab der Bezirksausschuß, der mit Rücksicht auf die Nähe Babelsbergs nicht nur das Verbot der Errichtung von Hinterhäusern, sondern auch die Anlage ungewöhnlich tiefer Vorgärten forderte. Später erklärte er sich bereit, von der letzteren Forderung Abstand zu nehmen, wenn die Gemeinde das erwähnte Bauverbot erlassen würde.

Hermsdorf i. M.

Aus der Gemeindevertretung. Nach Mitteilungen des Gemeindevorstehers ist der Gasverbrauch im Monat November gegen das Vorjahr um nur 4000 Kubikmeter gestiegen. Der Grund hierfür liegt in der Einführung der elektrischen Beleuchtung. Bei Festsetzung der Verwaltungs- und Unterhaltungskosten usw. für das Rechnungsjahr 1912 der Kanalisationsgebührenordnung wurde beschlossen, 4 Proz. von dem staatlich veranlagten Grund- und Gebäudenutzungswert zu erheben.

Ein Antrag der „Hermsdorfer Bodenaktien-Gesellschaft" betreffend die Anbaufähigkeit der Berliner und Bismarckstraße wurde zurückgestellt; es soll erst das Resultat des neuen Eingemeindungsvertrages zwischen der Gesellschaft und der Gemeinde abgewartet werden.

Zur Verhandlung stand alsdann die auch jedem Gemeindevertreter zugegangene Resolution des „Hermsdorfer Grundbesitzervereins". Die darin enthaltenen heftigen, zu Unrecht erhobenen Vorwürfe gegen die Gemeindeverwaltung und gegen die Mehrheit der Gemeindevertretung veranlaßten unsere Genossen zu Anträgen, die den Zweck hatten, diese Leute für die Zukunft möglichst aus den Debatten des Gemeindeparlaments fernzuhalten. Seit Jahren kämpft hier eine nach oben einflußreiche Gruppe — es gehören ihr Männer von Rang, Bildung und Besitz an — vergeblich um die Herrschaft der Gemeindeverwaltung. Und so werden eben Gemeindeverwaltung und Gemeindevertretung nach dem Grundsatz: „Der Zweck heiligt die Mittel" angegriffen und heruntergerissen. Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde sind nichts seltenes; und auch die jetzt vorliegende Resolution ist an den Landrat als Beschwerde gesendet worden. Natürlich um den Landrat zum Eingreifen in die Selbstverwaltung der Gemeinde zu veranlassen. Folgende Anträge unserer Genossen hierzu, die Sohrauer begründete, wurden gegen drei Stimmen angenommen: 1. Ueber die vorliegende Resolution des Grundbesitzervereins zur Tagesordnung überzugehen. 2. Den Gemeindevorsteher zu beauftragen, Eingaben und Anträge des „Hermsdorfer Grundbesitzervereins" in Zukunft nicht wieder der Gemeindevertretung vorzulegen."

Birkenwerder.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Der Antrag, die Wahl unseres Genossen Albert Wartenberg für gültig zu erklären, wurde von der Gemeindevertretung einstimmig angenommen. Herr Artur Schulz frug an, warum die 4 Forensen der Grundbesitzer beanstandet worden sind. Vom Gemeindevorsteher wurde erklärt, daß die 4 Stimmen, auch wenn dieselben dem Kandidaten der Grundbesitzer zugezählt, an dem Resultat der Wahl nichts ändern würden. Hierauf wurde Wartenberg vom Gemeindevorsteher eingeführt. Die Jahresabrechnung für 1911 weist eine Verwaltungseinnahme von 110 806,96 M. und eine Ausgabe von 106 024,16 M., mithin ein Ueberschuß von 4782,80 M. auf. Der Antrag der freiwilligen Feuerwehr, einen provisorischen Steigerturm auf dem Brandtschen Grundstück zu errichten, wurde der Baukommission überwiesen. Das Ortsstatut betreffend die Anliegesteuer wurde einer Aenderung unterzogen.

Nehmt Einsicht in die Gemeindewählerlisten,

die nur noch bis zum 30. Januar in den Gemeindebureaus ausliegen. Ueberzeuge sich jeder davon, ob er auch in der Liste vermerkt ist, damit er bei einer eventuell stattfindenden Wahl auch sein Wahlrecht ausüben kann.

Eichwalde. Eichwalde. Außer im Gemeindebureau, wo die Wählerliste an Wochentagen von 9—1 Uhr und Sonntag von 10—12 Uhr ausliegt, kann im Lokal von Wilke sowie abends von 6 Uhr ab bei den Genossen Matthes, Kaiser-Friedrich-Platz, und Brüschke, Bahnhofstr. 75, die Liste eingesehen werden.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Weißensee. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, Gemeindevertretersitzung im Rathause, Albertinenstr. 6.

Steglitz. Freitag, den 24. Januar, abends 6 Uhr, im Rathaussaal.

Friedrichshagen. Freitag, den 24. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Rathause, Friedrichstr. 87.

Wittenau-Borsigwalde. Heute Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, im Rathause. Zur Beratung steht u. a. der Erlaß einer Polizeiverordnung betr. die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben; Aufhebung der früheren Verordnung.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Versammlungen.

Zentralverband der Kürschner. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt Montagabend eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Kassenbericht konnte noch nicht vorgelegt werden, da wegen der erfolgten Einführung neuer Beitragsmarken die genaue Abrechnung noch nicht fertiggestellt worden sei. Einen kurzen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr erstattete der Vorsitzende Frize, wobei er alle bemerkenswerten Vorgänge streifte. Das Jahr 1912 habe mit einem hartnäckigen Kampfe in der Mützenbranche begonnen. Am 15. Februar hätten jedoch die Arbeiter und Arbeiterinnen schweren Herzens die Arbeit ohne Erfolg wieder aufnehmen müssen. Die stets um diese Jahreszeit einsetzende gute Konjunktur sei im letzten Jahre ausgeblieben und hätten die Unternehmer dadurch einen Druck auf die Arbeiter ausüben können. Im März habe man Stellung zur Kündigung des Tarifs für die Pelzbranche genommen, von einer Bewegung jedoch aus taktischen Gründen Abstand genommen. Aufgeschoben sei aber nicht aufgehoben, und so trete jetzt die Frage in den Vordergrund, ob man nicht die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit erheben müsse. In diesem Jahre sei ein Jahrzehnt verflossen, seitdem in der Pelzbranche der Neunstundentag errungen wurde. Als gute Vorboten könnten die erfolgreich durchgeführten Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit in Wien und New York jedenfalls angesehen werden. In den letzten Monaten habe man sich mit der Ausarbeitung eines Tarifs für die Heimarbeiter in der Mützenbranche beschäftigt. Von diesem Tarif, der den in Frage kommenden Unternehmern bereits unterbreitet wurde, erhofft man eine Gesundung der Verhältnisse in der Mützenindustrie. — Ueber die Lage des Arbeitsmarktes im verflossenen Jahre machte Redner folgende Angaben: In der Pelzbranche waren im Arbeitsnachweis 380 männliche und 220 weibliche Arbeitsuchende eingezeichnet; offene Stellen waren für 331 männliche und 336 weibliche Arbeiter vorhanden. Besetzt wurden 178 Stellen von männlichen und 138 von weiblichen Arbeitern. In

der Mützenbranche waren 305 Arbeitsuchende (146 männliche und 249 weibliche) vorhanden; offene Stellen 377 (69 für männliche und 308 für weibliche Arbeiter); besetzt wurden 206 Stellen (45 von männlichen und 161 von weiblichen Arbeitern). — Wie aus den weiteren Ausführungen des Redners hervorging, war die Tätigkeit des Vorstandes im letzten Jahre eine äußerst rege. Auch wurde wieder ein Zeichenkursus arrangiert, der jedoch größeres Interesse seitens der Mitglieder erfordert hätte. — In der Diskussion wurde keinerlei Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt. — Die nunmehr erfolgte Neuwahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Fritze erster, Nietsch zweiter Vorsitzender, Dittmann erster, Steinebach zweiter Kassierer, Hildebrand erster, Darms zweiter Schriftführer, Minne, Sack, Sommerfeld, Stolzenberg und Frau Rösler Beisitzer. Die Sektionsleiter werden in den in Frage kommenden Sektionsversammlungen gewählt.

Am Schluß der Versammlung appellierte der Vorsitzende mit warmen Worten an die Mitglieder, unermüdlich für den weiteren Ausbau der Organisation zu arbeiten. Die Scharte, die der Verband im letzten Jahre erlitten habe, müsse doppelt wieder ausgewetzt werden. Wenn das Unternehmertum noch so brutal sei, so liege es dennoch in der Hand der Arbeiter, sich von dem Joche zu befreien, sich bessere Verhältnisse zu erringen.

Aus der Frauenbewegung.

Der Deutsche Reichsverein für Frauenstimmrecht

veranstaltete am 21. d. M. einen Vortragsabend zur Gründung der Ortsgruppe Berlin. Dr. Johanna Elberskirchen-Bonn vertrat in ihrem Referat die Forderung des Reichstagswahlrechts für Frauen und Männer und polemisierte gegen die Frauenstimmrechtsvereine, die diese Forderung nicht erheben. In der Diskussion, die Frau Ilse Müller-Oestreich leitete, wurde besonders die reaktionäre Schwenkung des Deutschen Bundes für Frauenstimmrecht scharf kritisiert und die Notwendigkeit einer Neugründung betont.

Recht interessant war die Mitteilung von Johanna Elberskirchen, daß gerade die männlichen Mitglieder der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen in den Frauenstimmrechtsgruppen des Westens gegen das Reichstagswahlrecht für Frauen wühlen!

Der Frauentag in Oesterreich findet am 9. März statt. Die diesjährige Kundgebung für die volle politische Gleichberechtigung der Frau kann sich bereits auf einen Teilerfolg berufen: Ein Beschluß des Abgeordnetenhauses vom Dezember v. J. hat die Frauen in Oesterreich den Männern vereinsgesetzlich gleich gestellt. Wenn das Gesetz wahrscheinlich auch erst am 1. Mai in Kraft tritt, wird der Frauentag doch im Zeichen dieses Sieges stehen. Am 9. April 1910 hielten die Genossinnen Wiens in einer großen Versammlung die erste öffentliche Demonstration für die Reform des Vereinsgesetzes ab. Damals spotteten noch die bürgerlichen Abgeordneten. Heute ist die Forderung unserer Genossinnen Beschluß. — Auch in diesem Jahre wird eine eigene Propagandaschrift „Der Frauentag" herausgegeben.

Aus aller Welt.

Das Selbstbewußtsein des Feldwebels.

Vor der Lothringer Kaserne in Münster kam es am Dienstagabend zu einem schweren Auftritt zwischen einem Studenten und einem Feldwebel. Letzterer brachte dem Studenten mehrere Säbelhiebe über den Kopf bei und verletzte ihn schwer. Der Student wartete vor der Kaserne auf einen Offizier und wurde von dem Feldwebel zum Weitergehen aufgefordert. Als er sich weigerte und den Feldwebel beleidigte, zog dieser blank. Der Schwerverletzte mußte ins Hospital gebracht werden.

Sankt Antonius gegen Maul- und Klauenseuche.

Das große Problem der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche scheint auf sehr einfache Weise gelöst werden zu können. Man braucht sich nur an den heiligen Antonius zu wenden.

Der „Sprecher am Niederrhein" meldet aus Amern St. Anton folgendes:

> Am 17. d. M. ist das Fest des hl. Antonius, des Einsiedlers. Wenn jemand ein dringendes Anliegen hat, so komme er zur uralten Gnadenstätte des Heiligen und rüste sich mit demselben kindlichen Vertrauen zu seiner Macht und Güte, das Unzähligen seiner Verehrer im Laufe der Zeit erwünschte Erhörung gebracht hat. Gaben frommer Verehrer dienen zur Verschönerung des dem heiligen Antonius geweihten Gotteshauses, darum bemesse jeder Pilger seine Gabe nach der Größe und Dringlichkeit seines Anliegens! Tatsache ist, daß die Maul- und Klauenseuche die Pfarrgemeinde Amern St. Anton bisher verschont hat; unsere schlichtgläubigen Leute schreiben's dem Schutze ihres mächtigen Kirchenpatrons zu; die „aufgeklärte" Welt möge die Nase darüber rümpfen!
>
> Wir verpflichten uns, die Nase nicht zu rümpfen, wenn die ultramontanen Abgeordneten, die hoffentlich nicht zu sehr von der Sünde der Aufklärung erfaßt sind, dem Sankt Antonius vertrauen und infolgedessen auf die Grenzsperre als agrarisches Kampfmittel gegen die Seuche verzichten. Wir fürchten aber, die frommen Herrschaften verleugnen dann ihren Heiligen.

Ein hartes Urteil.

Zu nicht weniger als einem Monat Gefängnis verurteilte die Strafkammer zu Oldenburg den Transportarbeiter Oeltjembrunner. Im Verlaufe eines Streiks, der vor einigen Wochen bei der Firma Meentzen in Oldenburg stattfand, soll O. einen Arbeitswilligen mit den freundlichen Bezeichnungen „Spitzbube" und „Hungerleider" bezeichnet und gegenüber der Ehefrau des betreffenden Streikbrechers eine verklausulierte Drohung gebraucht haben. Wenn es sich um Streikbrechers Majestät handelt, wird eine im Kampfe um Weib und Kind gefallene Aeußerung eines Streikenden mit drakonischer Strafe belegt.

350 Menschen ertrunken.

Aus Arabien wird durch den Telegraphen über eine schreckliche Katastrophe berichtet, die mit einem Schlage zahlreiche Menschenleben vernichtete. Eine Karawane indischer Pilger wurde bei Elhambra, halbwegs zwischen Medina und Yamteo durch das plötzliche Anschwellen eines Gebirgsbaches überrascht. Die ganze Karawane wurde hinweggeschwemmt. 350 Menschen sind ertrunken, die Leichen sind noch nicht geborgen, nur 50 konnten sich retten.

Ueber eine andere Katastrophe, die der vorstehend gemeldeten sehr ähnelt, berichtet ein Telegraphenbureau folgendes: Während des russischen Epiphaniasfestes hat sich in dem Orte Orieckow ein schreckliches Unglück zugetragen. Das Fest wird gewöhnlich unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung auf dem Eise gefeiert. Orieckow liegt unweit Moskau im Gouvernement Wladimir in einer sumpfigen Gegend, die vom Kowrow-Fluß durchzogen wird. Während eines Massentanzes auf dem Eise brach die Eisdecke plötzlich ein ein über zweihundert Personen stürzten in die eisigen Fluten. Nur wenigen gelang es, sich aus dem eiskalten Wasser zu retten. Die Mehrzahl fand ihren Tod in den Fluten.

Kleine Notizen.

Schwerer Unfall im Dresdener Elektrizitätswerk. Am Dienstagabend kurz vor 11 Uhr trat im Arbeitsraume des Dresdener elektrischen Beleuchtungswerkes Kurzschluß ein, wodurch ein Arbeiter schwer und ein zweiter Arbeiter leichter verletzt wurde. Durch den Unglücksfall trat eine die ganze Stadt umfassende Störung in der öffentlichen Beleuchtung ein, so daß viele Straßen in Dunkelheit lagen. Die verletzten Arbeiter wurden nach dem Krankenhaus übergeführt.

Des Bergmanns Los. Auf der Zeche Hektor Perm des Georgs-Marien-Gewerks- und Hüttenvereins bei Osnabrück wurde Dienstagnachmittag durch einstürzende Erze ein Bergmann verschüttet; ein anderer konnte sich retten. Da die Bergungsarbeiten nur langsam fortschreiten können, besteht keine Hoffnung, den Verschütteten zu retten.

Die Opfer der „Veronese". Die Gesamtzahl der bei der Katastrophe des Dampfers „Veronese" Umgekommenen wird nunmehr auf 64 angegeben. Ein eigenartiger Zufall brachte es mit sich, daß ein kleines in Windeln gewickeltes Kind von zehn Monaten von den Wellen lebend ans Land gespült wurde, so daß es unverletzt gerettet werden konnte.

Die Pest. In der im Dongebiet liegenden russischen Dorfschaft Pristenskoje, wo die Pest zuerst aufgetreten ist, sind insgesamt acht Pestfälle festgestellt worden, von denen sechs tödlich verliefen. In den benachbarten Ortschaften sind noch elf Kranke vorhanden.

Von einem Felsblock erschlagen. Auf der Nordseite der Insel Helgoland wurde der elfjährige Knabe Max Arnold von einem abbröckelnden Felsen getroffen, erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

Schwere Havarie eines deutschen Dampfers. Der deutsche Dampfer „Orion" ist in der Nähe von Sunderland gestrandet. Das Schiff ist in zwei Teile gebrochen und vollkommen wrack.

Marktpreise von Berlin am 21. Januar 1913, nach Ermittelungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,64 bis 19,70, mittel 19,52—19,58, geringe 19,40—19,46. Roggen, gute Sorte 16,90 —,—, mittel —,— —,—, geringe —,— —,— (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,30—18,30, mittel 17,00—17,60, geringe 16,40—16,90. Hafer, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (frei Wagen und ab Bahn).

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,80—6,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,40—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,50—24,00.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde". Sitz Berlin. Wanderfahrten am Sonntag, den 26. d. M.: 1. Strausberg—Annatal—Strausberg. Abf. Schlesischer Bahnh. 6.33 vorm. 2. Wannsee—Potsdam. Abf. Schlesischer Bahnh. 7.06 vorm. 3. Tegel—Marwitz—Velten. In Marwitz (Gasthof Peschel) Abendrast mit Pellkartoffel- und Heringessen. Treffpunkt Tegel, Endstation der Straßenbahn 8½ Uhr vorm. 4. Grünau—Zeuthen. Abf. Schlesischer Bahnh. 2.07 nachm.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 6 U. M.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 6 U. M.
Swinemünde	750	O	2	bedeckt	2	Haparanda	759	N	2	wolkenl	—11
Hamburg	752	N	4	bedeckt	2	Petersburg	763	SW	1	bedeckt	—10
Berlin	749	S	1	bedeckt	1	Scilly	762	SSO	4	bedeckt	8
Frankf. a. M.	756	W	3	bedeckt	4	Aberdeen	763	Still		wolkenl	—2
München	757	SW	5	bedeckt	2	Paris	764	WNW	2	bedeckt	4
Wien	756	SO	2	Nebel	—2						

Wetterprognose für Donnerstag, den 23. Januar 1913.

Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 21. 1. cm	seit 20. 1. cm [1]	Wasserstand	am 21. 1. cm	seit 20. 1. cm [1]
Memel, Tilsit	228 [2]	—12	Saale, Grochlitz	116	—2
Pregel, Insterburg	—3	+2	Havel, Spandau [3]	70	+2
Weichsel, Thorn	143	+1	„ Rathenow [3]	66	+9
Oder, Ratibor	120	+5	Spree, Spremberg [3]	90	0
„ Krossen	106 [4]	—16	„ Beeskow	99	—1
„ Frankfurt	134 [4]	—2	Weser, Münden	216	+2
Warthe, Schrimm	78 [5]	+6	„ Minden	318	+10
„ Landsberg	-10 [4]	—4	Rhein, Maximiliansau	414	—4
Netze, Vordamm	56 [4]	—30	„ Kaub	253	+42
Elbe, Leitmeritz	—4	+18	„ Köln	330	+48
„ Dresden	—148	+2	Neckar, Heilbronn	170	+48
„ Barby	120 [4]	—3	Main, Hanau	177	+4
„ Magdeburg	101 [5]	—3	Mosel, Trier	330	+40

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstand. — [4] eisfrei. — [5] Treibeis.

Am 24. d. M. feiert der Schlosser

August Korn,

Zeughofstr. 10,

sein 25jähriges Jubiläum bei der Firma F. Prehn, Pücklerstraße 40. 6391

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz

10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Kranken- u. Sterbe-Zuschußkasse der Schneider und verw. Berufsgenossen Berlins und Umgegend

Bureau: SO. 16, Engelufer 12.

Sonntag, den 26. Januar 1913 abends 8 Uhr, im Lokale „Corona-Prachtsäle", Kommandantenstraße 72:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. u. 4. Quartal, Jahresbericht.
2. Kassenangelegenheiten.
3. Wahl des gesamten Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 281/19

Mitgliedsbuch legitimiert.

J. A.: Der Vorstand.

Phänomen GOLD

Feinste Cigarette

2 ₰

Gegr. Stiller 1867

Inventur-Verkauf

der alten Stiller-Firma

Man achte genau auf die Geschäfte der alten Stiller-Firma!

Da der Andrang in den Nachmittagsstunden sehr groß ist, bitten wir, zum Einkauf möglichst die Vormittagsstunden zu benutzen.

Ortskrankenkasse
für das
Bierbrauergewerbe
zu Berlin, Kaiser-Wilhelmstr. 18a.

Die in der Generalversammlung am 26. November 1912 beschlossene Abänderung des Statuts betreffend Erhöhung des Sterbegeldes ist am 7. Januar d. J. vom Bezirksausschuß in folgender Fassung genehmigt worden:

II. Abänderung
zum
revidierten Statut der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe
zu Berlin
vom 27. November 1905.

Artikel I.

§ 20 Zeile 16, Abs. 2: a, b, c, d, e lautet fortan:

a)	für Mitglieder der	I. Klasse	von	160,—	M.
b)	„ „ „	II.	„	120,—	„
c)	„ „ „	III.	„	108,—	„
d)	„ „ „	IV.	„	72,—	„
e)	„ „ „	V.	„	52,—	„

Artikel II.

Vorstehende Abänderung tritt mit dem Tage der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 26. November 1912.

Der Vorstand
der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe
zu Berlin.
Otto Ullrich, Vorsitzender.

Genehmigt durch Beschluß vom 7. Januar 1913.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.
Abteilung II.
Wagner.

II C. 100. 12 / 1.

Die Erhöhung des Sterbegeldes tritt demnach vom 23. Januar 1913 in Kraft.

21515 **Der Vorstand.** Otto Ullrich, Vorsitzender.

Masken-Garderobe
Willi Ernst.
Köpenicker Straße 53b, I.
Amt Mpl. 14089.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10 Proz. Preisermäßigung.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge
zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben von
Max Grunwald
Heft 4 u. 5:
Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland
von
Wilhelm Schröder
Preis 75 Pf.
Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
von
Konrad Haenisch.
Preis 40 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannplan 6. Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gebrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Betten, Stand 9,—. Brunnenstraße 70, im Keller. 1900R*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Getragene Herrengarderobe. Leihhaus Brunnenstraße 70. 28398*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Winterpaletots, Wäsche spottbillig. Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 2931R*

Teppiche (Farbenfehler), Gardinen, Steppdecken, enorm billig. Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Vorwärtsleser 10 Prozent! 29293*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maystoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. *

Kanarienhähne 4,00, flotte Sänger 6,00, Schützenstraße 11/12 I. 13/19*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Kaufen Sie spottbillig von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüsch-Mänteln, Kostümen, Kleidern (hochelegant). Große Posten Pelzstolas, Pelzgarnituren, früher bis 200, jetzt 20—75 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 2938R

Teppiche! Spottbilliger Inventur-Verkauf! Riesenauswahl, darunter wenig fehlerhafte Prachtstücke 5,50, 6,75, 10,50 bis 72,00. Vorleger, Läuferreste spottbillig nur in Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten zehn Prozent Rabatt. Prachtkatalog gratis. *

Gebrauchte Nähmaschinen billig Bellmann, Gollnowstraße 26. 2058R*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzbadewannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Brennholz, ofenfertig, Buche, Erle oder Kiefer, 10 Säcke (1 Meter Inhalt) 9,—; Anzündeholz 20 Säcke 2,50, 10 Säcke 5,—, frei Keller. Sägewerk Heinrich Scholz, Lohmühlenstraße 4, Moritzplatz 781. 27468*

Betten. Stand 11,00, 16,00, hochfeine 21,00, Winterpaletots, Winterjoppen, Gehrockanzüge spottbillig. Leihhaus Osten, Königsbergerstraße 19. 2937R*

Seidenseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 6,50, große Schlafdecken, graufarbig, 1,10, Normal-Schlafdecken 1,65. Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. *

Sportliegewagen 8 Mark, Oberstraße 32, Seitenflügel 4 Treppen. †108

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt im Inventurausverkauf.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Bettdecken, Rouleaus jetzt fabelhaft billig.

Gardinenreste. Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 usw. E. Weißenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik an der Koppenstraße.

Teppiche mit Webefehlern 7,50, 9,50, 11,50, 13,50, 16,50, 19,50, 22,50, 25,50, 29,50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Restbestände. 1—3 Fenster Tuchportieren, Plüschportieren, Madrasportieren, neueste Muster, Fenster 2,85, 3,50, 3,95, 4,85, 5,75, 6,50, 7,50, 9,50, 11,50, 14,50, 18,00 usw. Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken, Leinendecken, Plüschdecken 1,35, 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,65, 4,25, 4,85, 5,50, 6,75, 8,50, 9,70 bis 45 Mark.

Steppdecken, Simili-Seide, vornehme Ausführung 3,75, 4,85, 5,75, 6,50, 7,85, 9,50, 12,50, 14,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Diwandecken, zurückgesetzte, 3,95, 4,75, 5,65, 6,50, 8,25, 9,75, 12,50, 15,50 bis 50,00.

Läuferstoffe, Möbelstoffe, Linoleumreste, Schlafdecken und Reisedecken, fabelhaft billig. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 2911R*

Gestickte Erbstüllstores 3,65. Echt Spachtelstores 7,25, Sezessionstüllstores 1,85. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2952R*

Littauers berühmte Nähmaschinen, Teilzahlung, kulanteste Bedingungen. Gebrauchte Maschinen spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 65. *

Geschäftsverkäufe.

Kohlengeschäft mit schöner Wohnung (2 Stuben, Küche) wegen Verzug nach außerhalb sofort zum Inventarpreis billig verkäuflich. Huttenstraße 35. †83

Grammophongeschäft, kleines, Laufgegend, für Mechaniker, Schlosser als Nebenerwerb geeignet, das Frau oder Tochter versehen kann, sofort billig zu verkaufen. Auskunft Weißenburgerstraße 44, Grammophongeschäft.

Restauration, nachweislich gutgehend, billig zu verkaufen, zu erfragen Neukölln, Steinmetzstraße 98, Russe. †62

Gutgehendes Eckrestaurant, Zahlstelle, Vereine, krankheitshalber billig verkäuflich. Brauereiräume. Näheres „Vorwärts", Weißensee, Sedanstraße 105. †142

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 89, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Nußbaum-Kleiderspind, Wäschespind, Plüschsofa 27, Regulator 5, Bettstellen mit Betten, ganze Wirtschaft. Neukölln, Niemetzstraße 6, Reiter. †26

Privatleuten verkaufe englische Nußbaumwirtschaft, noch neu, mit hochmodernen küchenmöbeln, Küchengeschirr, Gaskrone, Teppich 195,—, Säulentrumeau 20,—, Umbausofa 40,—. Avram, Neue Schönhauserstraße 11, II. Händler verbeten. *

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstraße 6, am Kottbuserstor. 29263*.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Jessenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901R*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Hartmann, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Preisauszug der Möbelfirma Josef Kamerling u. Co., Kastanien-Allee 56, Ecke Weinbergsweg, und Brückenstraße 6, Jannowitzbrücke, Ladeneingang. Geschnitzte Halbodenschränke, Spiegelvertikos 38,00, Ausziehsofas, Muschelschränke 27,00, Kommoden, Spiegelspinden, Trumeau 29,00, Ausziehtisch, Stühle, Küchenschränke, Speisezimmerbüfetts 85,00, Schreibtische, Sofaumbaue, Spiegelschränke 45,00, englische Bettstellen 33,00, Ruhebetten 21,00. Durch Barmasseneinkäufe sind unsere Lager überfüllt, daher unsere Leistungsfähigkeit. 2108b*

Inventur-Verkauf! Mahagoni-Büfett, innen eiche, erstklassige Arbeit, mit Säulen und reicher Schnitzerei, früher 350,— jetzt 260,—. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn.

Spottbillig! Fast neu, 2 Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Ebersohn, Bötzowstraße 30 I. 211/7

Brautleuten passend, moderne Nußbaumwirtschaft, fast neu, prachtvolles Plüschsofa, Umbau, billig. Zorndorferstraße 4, I, Diele. 14/2

Aufkleideschrank. Garderobenspind, Kleiderspind, Bettstellen, Trumeau. Janthe, Müllerstraße 35a.

Verzugshalber guterhaltene Stuben- und Kücheneinrichtung zu verkaufen. Neukölln, Richardstraße 68, Hof, 3 Treppen rechts. †26

Nußbaumwirtschaft, teils neu, Küche verkauft junger Parteigenosse Familienverhältnisse halber spottbillig. Dartsch, Göhrenerstraße 8, Ausgang 1. Abends von 7 Uhr ab. †

Musikinstrumente.

Pianinos. Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534R*

Pianino billig Kuglerstraße 15, I links (Schönhauserallee). †71

Mandoline in künstlerischer Weise lehrt Machowsky, Lohmühlenstraße 62, Eisenerbrücke. †17

Bilder.

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 2248R

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Lothringerstraße 40. Filialen: Steglitz, Schloßstraße 116. Wilmersdorf, Uhlandstraße 100. Charlottenburg, Kantstraße 57. 1203R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 2907R

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin" hat in seinen Geschäften Neue Schönhauserstraße 9, Brunnenstraße 145, Badstraße 9, Müllerstraße 13, Turmstraße 25, Charlottenburg, Spandauerberg 29, allergrößte Auswahl und kolossal billige Preise. Beste Bezugsquelle für jedermann. Neue Fahrräder, ohne Gummi 29,— an, mit Gummi 35,—, 42,—, 48,—, 55,—. Gebrauchte 10,— an. Laufdecken 1,75 an, Gebirgsreifen mit extra starker Lauffläche 4,50, 5,50, 6,50. Luftschläuche 1,75, 2,25, 3,—, Sättel 1,45, Karbidlaternen mit großer Blende 1,50, 1,75, 2,25, 3,50, Oellaternen 0,65, 1,—, Rucksäcke 0,60, Gepäckträger 0,60, Pedale 0,85, Ketten 0,95, Engländer 0,20, Schraubenzieher 0,05. Reparaturen in eigenen Werkstätten gewissenhaft, schnellstens und billigst. Emaillierung 3,50, Vernickelung. Elektrische Taschenlampen und Taschenfeuerzeuge. *

Kaufgesuche.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 1/12*

Platinabfälle, Gramm 5,70, Altgold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber bis 3,85, Blattgold, Kehrgold kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. *

Platinabfälle, alte Goldsachen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Kehrgold, Goldwatten, Quecksilber, Stannial sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Broh, Edelmetallschmelze, Berlin S, Köpenickerstraße 29. Teleph. Moritzplatz 6958. 2904R*

Goldschmelze. Altgold, Altsilber, Gebisse, Platina, höchste Preise. Goldschmied Bruckard, Mulackstr. 22, nahe Rosenthalerstraße. 1901b*

Fahrradankauf, höchstzahlend, Weberstraße 42. (Postkarte.) 13/9*

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. *

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kaska, Neukölln, Erkstraße 3. *

Zahngebisse. Zahn bis 1,25, Platinabfälle 5,75, Goldsachen, Silbersachen, Kehrgold, Goldwatten, Stanniolpapier, Zinn 3,75, Quecksilber 3,80, Kupfer 1,30, alle „Metalle" höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31. 2894R*

Silberschmelze kauft gegen beste Bezahlung Gold, Platin, Zahngebisse, Quecksilber, Stanniol, Staubgold, Polierschliff. Sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, sowie alle Metalle. Wwe. Marie Nieper. Nur Köpenickerstraße 137. 2955R*

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 3, am Rosenthaler Tor (Telephon.) 7638R*

Platin 5,70, Zahngebisse, Goldeinkauf, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlend Müller, Teltowerstraße 10.

Platinabfall, Silberabfall, Stanniol, Quecksilber höchstzahlend Schmelzerei Friedrichstraße 130, Hof (Karlstraße). 14/3

Unterricht.

Technikum Hoppe, Berlin, Mathiesenstraße 13. 200/161

Pension bei Technikumdirektor, Villenvorort Berlins. Näheres durch Haasenstein u. Vogler, Berlin W. 8, unter D. B. 2792. 200/17*

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Sviatsky-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 448R*

Fahrstuhlführer. Mercatorium, Scharrenstraße 11/12, am Petriplatz. Gründliche Ausbildung als Kesselwärter für Zentralheizung und als Fahrstuhlführer auf alle Systeme. Mäßiges Honorar. Anschließend polizeiliche Prüfung. 2944R*

Verschiedenes.

Zeugen, welche gesehen haben, wie Dienstag, den 20. August v. J., abends ½8 Uhr, an der Ecke Reichenberger- und Megnitzerstraße ein achtjähriges Mädchen überfahren wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Friedrich Lukowski, Ratiborstraße 11, Quergebäude III gebeten. 21485

Kunstopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 24399*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. 1098b*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Festdichtungen. Große Frankfurterstraße 67. 1973R*

Haararbeiten, fertig, schick, spottbillig. Turbane 0,95 bis 8,00, Zöpfe (70 Zentimeter lang) 7,75, 18 Locken 3,45. Alles garantiert echtes Menschenhaar. Auch Anfertigung aus eigenem Haar. Haarspezialist Schröpel, Kottbuserdamm 83/85, erste Etage, Eingang Sanderstraße. Kein Laden. Damenbedienung. 2890R*

Kunstopferei Große Frankfurterstraße 67. 2399R*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Aufpolsterung billigst. Hobusch, Dresdenerstraße 24. 2153b

Wäsche wird sauber gewaschen, Laken, Leibwäsche, vier Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. Frau Berta Schulz, Köpenick, Friedrichshagenerstraße 1. 2140b

Vermietungen.

Geschäftskeller Ackerstraße 104.

Wohnungen.

Andreasstraße 70, kleine Wohnung billig. †48*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, separat, vermietet Hippe, Anklamerstraße 32.

Möblierte, freundliche Schlafstelle für Herrn vermietet Maske, Drontheimerstraße 12 IV. †99

Saubere Schlafstelle für Herrn. Tamme, Paseswalkerstraße 8, zweiter Aufgang, vorn 3 Treppen, Bahnhof Wedding. †99

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht einfach möbliertes Zimmer Nähe Moritzplatz. Offerten „Th. [illegible] mit Preisangabe „Vorwärts", Rüdersdorferstraße 67.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ein Gürtler und ein Mechaniker werden für lohnende Beschäftigung verlangt. H. Bennert, Charlottenburg, Wielandstraße 42. 13/2

Schleifer verlangt Christiansen, Reinickendorf-West, Berlinerstraße 21.

Untertaillen-Arbeiterin, bessere Sachen. Droller, Schützenstraße 68.

Mädchen, leichte Handarbeit (ausschneiden). Scheinhardt, Kamerunerstraße 9. †96

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10—2 Uhr vormittags oder 6—8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1—2. 2939R*

Zeitungsfrauen für die Tour Hollmannstraße sofort verlangt. Meldungen Zimmerstraße 60 im Laden, „Berliner Tageblatt". 13/15*

Mehrere Kesselschmiede, Rohrbieger und einen Vorzeichner sucht zu sofort für dauernde Beschäftigung
Pommersche Eisengießerei und Maschinenfabrik Akt.-Ges. Stralsund.

5000 Mark
Provisions-Einkommen
und mehr verdienen unsere **Akquisiteure** für eine konkurrenzlose Insertionsart in großen Tageszeitungen. Anstellungsofferten von soliden, fleißigen, energischen u. redegewandten Herren unter **„Reisender"** an Postschließfach 229, **Leipzig,** erbeten. 1905*

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen tüchtigen, zuverlässigen
Vorzeichner
(Anreißer).
Bevorzugt werden solche, welche bereits in Motorenfabriken ähnliche Posten bekleidet haben. Offerten unter L. 4 an die Expedition dieser Zeitung.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:
Für Einsetzer die Bauten der Firma **Großkopf & Schulz,** Sächsische Str. 8: Sämtliche Bauten in der Lasterstraße, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 113, Schöneberg, Heil- und Hewaldstraßen-Ecke.
Für Holzarbeiter aller Branchen die Propellerwerke **Garuda,** Neukölln, Naumburger Straße 12.
Für Klavierarbeiter und Tischler die Pianofabrik **Spätz** in Gera, Filiale Berlin, Potsdamer Str. 29.
Für Kistenmacher die Firma **Coulnick & Co.,** Reichenberger Str. 155, und **Hinz Nachf.,** Zeughofstr. 3.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.